Berliner Zustände 2006

Berliner Zustände 2006

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung

Herausgeber: apabiz, ADNB des TBB, MBR, Netzwerkstelle Moskito, ReachOut

Berliner Zustände 2006

Mit 155 Angriffen im Jahr 2006 (2005: 116) stieg die Anzahl rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten so hoch wie nie zuvor seit dem Bestehen von ReachOut. Die meisten der 258 von uns gezählten Opfer erlitten Körperverletzungen. Damit liegen die Zahlen weit über den von den Ermittlungsbehörden bisher erfassten Delikten. Ansteigende Zahlen allein zeichnen kein lebendiges Bild der gegenwärtigen Situation. Erst mit einem genaueren Blick auf die Opfer, die Tatmotive, die Angriffsorte und die gesellschaftlichen Debatten werden das bedrohliche Ausmaß und die Folgen der Angriffe zumindest annähernd begreifbar. So zeigt dieser Bericht auch, wie rechte Gewalt und die Diskurse um sie den Lebensalltag der (potenziellen) Opfer und die Arbeit der UnterstützerInnen prägen.

Im Berliner Bezirk Pankow haben BürgerInnen mit rassistischen Argumentationen gegen einen Moscheebau im Ortsteil Heinersdorf mobilisiert. Die organisierte rechtsextreme Szene trat zwar auf den Spielplan, doch hielt sie sich im Verlauf der Eskalation im Hintergrund: Die Zuspitzung des Konfliktes und die Radikalisierung der Positionen – eine Aufgabe, die sonst die NPD mit dem Ziel der Wortführerschaft innerhalb von Protesten dieser Art so gerne übernimmt – wurde zugenüge von einem Teil der BürgerInnen ausgeführt. Die Arbeit der Netzwerkstelle [moskito] wurde im Jahr 2006 entscheidend durch die Ereignisse in Pankow geprägt, deren Verlauf hier nachgezeichnet und interpretiert wird.

Lautstarke Störungen und gewaltsame Übergriffe beherrschten die Berichterstattung über den Wahlkampf der NPD in Berlin. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) differenziert dieses Bild und beschreibt die verschiedenen rechtsextremen Interventionen im öffentlichen Raum als Herausforderung für zivilgesellschaftliches Engagement.

Im September 2004 begab sich der Schwarze Kreuzberger Herr A. in eine Kneipe in Berlin-Kreuzberg, um ein Fußballspiel zu sehen und ein Bier zu trinken. Die Angestellte weigerte sich, ihn zu bedienen, mit der Begründung, dass es sich um eine geschlossene Gesellschaft handele. Herrn A. war klar, dass dies ein Vorwand war. Er verließ zunächst das Lokal und sprach mit den Kunden, die draußen vor der Kneipe saßen. Diese bestätigten ihm, dass dies eine öffentliche Kneipe sei. Gemeinsam mit zwei anderen Kunden begab sich Herr A. erneut in die Kneipe, um sich zu beschweren. Wieder wies ihn die Tresenkraft an, das Lokal zu verlassen, mit der Begründung, dass es hier keinen Platz für ihn gäbe und benachrichtigte die Polizei. Herr A. erkannte, dass es sich hierbei um eine Diskriminierung aufgrund seiner Hautfarbe handelte. Die Polizei, die in der Zwischenzeit hinzukam, verwies Herrn A. erneut aus dem Lokal mit dem Hinweis auf das Hausrecht.

Die Berliner rechtsextreme Szene ist 2006 in einer Entwicklung begriffen, die sich zwischen der Anbindung an die NPD und JN einerseits und der Auflösung von Kameradschaftsstrukturen mit gleichzeitig wachsender Straßengewalt anderseits abspielt. Dabei scheint sich die NPD trotz ihrem Mangel an aktiven Parteikadern für die bewegungsorientierten Neonazi- und Mischszenen derzeit als einzige übergreifende Struktur zu etablieren – schließlich hat sie sich in Berlin gegenüber dem gewaltbereiten Spektrum besonders weit geöffnet. Um den organisierten Rechtsextremismus und seine Aktivitäten zu betrachten, ist es ob der ständigen Veränderungen notwendig, sich an Gruppen, Orte und Namen von Einzelpersonen zu halten.



21.05.2006 / Berlin-Friedrichshain
S-Bahnhof Frankfurter Allee
Drei alternative Jugendliche werden von zwei Neonazis mit Schlagstöcken angegriffen und verletzt. Die Jugendlichen wehren sich mit Abwehrspray und können fliehen. Foto: Jörg Möller

Vorwort

von Birgit Rommelspacher

Rechtsextreme Gewalttaten *sind in Berlin im letzten Jahr dramatisch angestiegen. Die Polizei meldet 110 Gewaltdelikte (2005: 52); ReachOut hat sogar 155 gewalttätige Übergriffe gezählt (2005: 116). Die Zahlen von ReachOut liegen naturgemäß höher, werden hier doch auch die Berichte der Betroffenen mit erfasst und nicht nur die Übergriffe, die zur Anzeige kommen. Auch wenn die Zahlen erheblich voneinander differieren, die Trendaussagen stimmen überein: Die rechten Gewalttaten sind im letzten Jahr enorm angewachsen – laut Polizeistatistik sogar über 100%.*

Wie lässt sich dieser starke Zuwachs erklären? Eine der Antworten finden wir in der Analyse der Aktivitäten der NPD, die die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) vorlegt hat. Der Landesverband der NPD hat im Wahljahr 2006 alle rechtsextremen Kräfte in Berlin zu bündeln versucht. Es wurden sowohl Wahlabsprachen mit anderen rechtsextremen Parteien getroffen als auch AktivistInnen der gewaltbereiten Kameradschaftsszene in den offensiv geführten Straßenwahlkampf eingebunden. Dabei wurde dieser Kampf oft genug auch tätlich ausgetragen. Der Wahlerfolg der NPD – sie konnte in vier Bezirksverordnetenversammlungen einziehen – steigerte die Attraktivität der Partei in Berlin, vor allem aber das Selbstbewusstsein ihrer AktivistInnen und AnhängerInnen in der gewaltbereiten rechtsextremen Szene.

Für diesen Zusammenhang zwischen politischer Mobilisierung und Anstieg von Gewalt spricht auch der Bundestrend: Hier sind rechte Straftaten zwar insgesamt im Vergleich zu 2005 „nur“ um 8% angestiegen, aber einen ähnlich extremen Anstieg wie in Berlin ist laut Bundesinnenministerium jedoch vor allem in den Ländern zu verzeichnen, in denen die NPD Wahlerfolge erzielt hat, nämlich in Sachsen (von 168 auf 208) und Mecklenburg-Vorpommern (von 62 auf 103).

Aber auch der generelle Zuwachs rechter Gewalt im gesamten Bundesgebiet weist darauf hin, dass das politische Klima in der BRD immer mehr von rechten Positionen bestimmt wird. So zeigen auch die Untersuchungen der Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer eine stetige Zunahme nationalistischer und „fremdenfeindlicher“ Einstellungen in der Bevölkerung. Diese werden von einem politischen Diskurs gestützt, der beispielsweise muslimische EinwanderInnen unter den Generalverdacht des Terrorismus stellt oder aber Flüchtlinge generell des Asylbetrugs verdächtigt. Die inzwischen minimalen Anerkennungsquoten bei Asylverfahren ebenso wie die teils unmenschliche Duldungspolitik lassen das Bild einer von allen Seiten umstellten und von Überfremdung bedrohten Nation entstehen und schüren damit Abschottungsphantasien und Bedrohungsängste. Diese bekommen dann die als „fremd“ kategorisierten Menschen tagtäglich zu spüren.

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher ist Professorin für Psychologie mit dem Schwerpunkt Interkulturalität und Geschlechterstudien an der Alice Salomon Fachhochschule und Privatdozentin an der Technischen Universität Berlin



23.03.2006 / Berlin-Friedrichshain. Ein Punk wird an der Samariterstraße von einem Neonazi beschimpft, bespuckt und mehrfach auf die Fahrbahn gestoßen.
Foto: Jörg Möller

So war ein gezieltes Eingreifen der NPD rund um die Auseinandersetzung um die Errichtung der Ahmadiyya-Moschee in Berlin-Heinersdorf gar nicht mehr notwendig, da Teile der bürgerlichen Proteste schon von sich aus die Argumentationen der Rechten übernahmen. Der Moscheebau wurde dabei als Ausdruck des Agierens einer „Terrorzelle“ bezeichnet, als „Treffpunkt von Selbstmordattentätern“ und als „Akt der Landnahme“ im Sinne der „Islamisierung und Überfremdung von Pankow“. Die Feindseligkeit gegenüber Muslimen scheint hier, laut Bericht der Netzwerkstelle moskito, normaler Bestandteil in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geworden zu sein. Die Konflikte um den Moscheebau in Pankow-Heinersdorf spiegeln diese Entwicklung.

So ist die rechte Gewalt nur die Spitze des Eisbergs einer von den Betroffenen alltäglich erfahrenen Diskriminierung und Herabwürdigung. Der Bericht des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin des TBB zeigt, dass die meisten Befragten solche Diskriminierungen sowohl auf Behördengängen, aber auch bei der Wohnungssuche, beim Abschluss eines Versicherungsvertrages oder dem Besuch einer Gaststätte erfahren müssen. Diese Tatsache führt nicht zuletzt dazu, dass sich nach den Untersuchungen von Heitmeyer 80% der Menschen mit Migrationshintergrund in dieser Gesellschaft als Bürger zweiter Klasse fühlen.

Diese Diskriminierungen sind also ein struktureller Bestandteil dieser Gesellschaft, was sich auch in den entsprechenden Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung widerspiegelt. Das heißt jedoch nicht, dass die Bevölkerung sich insgesamt mit diesen Positionen uneingeschränkt identifiziert. Denn die „Mitte“ unterscheidet sich vom „Rand“ dadurch, dass sie ambivalent ist. Sie hat nicht nur nationalistische Einstellungen und Überfremdungsängste, sondern fühlt sich zugleich auch den Prinzipien von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet. Sie weiß beispielsweise durchaus, dass die BRD Einwanderung braucht und die Internationalisierung der Gesellschaft unabdinglich ist. Es gilt also, weltoffene Einstellungen und demokratisches Engagement in der Mehrheitsbevölkerung zu stärken, denn ein we-

sentliches Ergebnis der Rechtsextremismusforschung ist, dass das Verhältnis zum politischen System, zur Demokratie, der entscheidende Prädiktor für rechtsextreme Einstellungen ist. Weder die ökonomische Deprivation noch die soziale sondern vor allem die politische Deprivation ist es, so das Ergebnis der neuen Untersuchung von Decker und Brähler[1], die rechte Einstellungsmuster fördert.

Mit einem Verbot der rechten Parteien und Organisationen ist es deshalb nicht getan. Im Gegenteil: Dies kann sogar kontraproduktiv sein, da es die Zivilgesellschaft von ihrer demokratischen Verantwortung entlastet und zugleich das Bild vom starken Staat nährt, der schon alles in Ordnung bringt. Tatsächlich werden in kaum einem europäischen Land so schnell Verbote gegenüber rechten Organisationen ausgesprochen wie in Deutschland. Insofern sind Verbote nur dann hilfreich, wenn sie zugleich auch mit einer Mobilisierung der demokratischen Zivilgesellschaft einhergehen.

Die große Bedeutung demokratischer Einstellungen als immunisierender Faktor gegenüber dem Rechtsextremismus erklärt zu einem Großteil auch den Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, denn im Osten ist die Systemdistanz deutlich stärker ausgeprägt als im Westen und nimmt heute immer noch weiter zu. Dementsprechend zeichnet sich auch der Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor allem durch seine Gewalttätigkeit aus: Im Osten werden im Vergleich zum Westteil der Stadt fünfmal so viele Gewalttaten verübt. Allerdings zeigt ein genauerer Blick auf die Bezirke, dass der enorme Zuwachs sich auf bestimmte östliche Bezirke konzentriert, nämlich auf Friedrichshain und den Prenzlauer Berg. Das hat damit zu tun, dass der organisierte Rechtsextremismus seine Aktivitäten in letzter Zeit speziell auf diese Bezirke verlagert hat. Auch spielen sich die Auseinandersetzungen zwischen rechten und linksalternativen Jugendlichen derzeit in erster Linie im Bezirk Friedrichshain ab. Die Angriffe gegenüber den linken und alternativen Jugendlichen machen – nach den rassistischen Übergriffen – den höchsten Anteil an Gewalttaten von Seiten der RechtsextremistInnen aus. Die TäterInnen kommen zu einem großen Teil aus dem Spektrum der aktionsorientierten Kameradschaftsszene, aber auch aus anderen rechts orientierten Szenen. Die Veränderungen zwischen und innerhalb der rechtsextremen Organisationen beschreibt der Artikel aus dem apabiz. Hier wird auch die Dominanz und Anziehungskraft der NPD in diesem Spektrum deutlich, deren Entwicklung weiter genau beobachtet werden muss.

Um rechte Gewalt zu bekämpfen, bedarf es nicht nur gezielter polizeilicher und juristischer Gegenmaßnahmen, sondern es müssen auch die nationalistischen und rassistischen Einstellungen in der Bevölkerung und die Diskriminierungspraxen in der Gesellschaft bekämpft werden. Allerdings hat die Bundesregierung, trotz des weiteren Anstiegs der Gewalttaten, ihre Anstrengungen diesbezüglich nicht verstärkt, sondern baut sie im Gegenteil ab, indem sie die bisher vom Bund geförderten Projekte, die sich die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft zum Ziel gesetzt haben, in die Entscheidungsbefugnis der jeweiligen Bundesländer übergibt. Sie sollen nun als Mobile Interventionsteams im Krisenfall kurzfristig und zeitlich begrenzt eingreifen. Einem solchen Konzept liegt ein Verständnis von Rechtsextremismus zugrunde, das diesen als ein umgrenztes und akut auftretendes Problem versteht. Damit verfehlt es genau den Zusammenhang zwischen der „Mitte“ und dem „Rand“ der Gesellschaft, der für die Tragfähigkeit rechtsextremen Gedankenguts und seiner gewalttätigen Ausdrucksformen so zentral ist. Die Absage an die bisherigen Projektkonzeptionen bedeutet nicht nur einen unverantwortlichen Umgang mit neu entwickelten Kompetenzen und Strukturen, sondern ist auch ein fatales Signal an die Bevölkerung.

Der Rechtsextremismus ist aus demokratischen Gesellschaften nicht wegzudenken. Er ist ein Teil von ihr, insofern sich in ihm die Widersprüche dieser Gesellschaft in zugespitzter Weise artikulieren. Wie stark er sich allerdings in einer Gesellschaft breit machen kann, ist eine Frage der politischen Kultur eines Landes. Und hier verweisen die Daten von 2006 auf eine erschreckende Entwicklung. Die Anschläge sind im Vergleich zum Vorjahr extrem angestiegen, entsprechend intensiviert werden sollten auch die Anstrengungen, um dagegen anzugehen. <<

Anmerkung

1 Die politische Deprivation ist gekennzeichnet durch Aussagen wie: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Und: „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“. Decker, Oliver & Brähler, Elmar (2006). Vom Rand zur Mitte Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Einleitung

von Eike Sanders und Ulli Jentsch (apabiz)

Rückblickend hat das Bundeskriminalamt festgestellt, dass das Jahr 2006 ein Rekordjahr rechtsextremer Gewalttaten war. Doch was sagen offizielle Zahlen alleine aus? Die Polizei stellt in ihren Statistiken das dar, was sie erfährt. Im kriminalistischen Jargon sehen wir hier das »Hellfeld« des Bereiches Rechtsextremismus. Und dann werden diese Zahlen interpretiert, wie beispielsweise durch den Berliner Kriminaloberrat Klaus Gäth: »Berlin hat hauptsächlich mit Propagandadelikten zu tun, (...) zum Glück weniger [mit] Gewalt.«[1]

Der vorliegende Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung wird von fünf Berliner Projekten erstmals gemeinsam veröffentlicht. Mit dem Titel »Berliner Zustände 2006« spielen wir auf die jährlichen Berichte des Bielefelder Soziologieprofessors Wilhelm Heitmeyer an, die »deutschen Zustände«.

Die Vorlage eines Schattenberichtes könnte die Erwartung wecken, dass hier Initiativen im Gegenzug zu den offiziellen Darstellungen das »Dunkelfeld«, also die offi-



03.02.2006 / Berlin-Mitte
Drei Frauen werden in der Rosenthaler Straße in der Nähe des Hackeschen Marktes aus einer Gruppe von sechs Männern und zwei Frauen heraus zuerst von einem der Männer gegen eine Hauswand gestoßen. Als die betroffene Frau sich verwundert umdreht, werden die Frauen sexistisch beleidigt. Erst jetzt registrieren sie, dass die Gruppe eindeutig wie Skinheads gekleidet ist. PassantInnen bleiben ebenfalls stehen bis die Skinheads sich entfernt haben. Foto: Jörg Möller

ziell nicht erfassten Schattenseiten beschreiben. Das ist jedoch nur zum Teil der Fall.

Die beteiligten Projekte haben alltäglich mit Menschen und deren Lebenssituationen zu tun, die in den öffentlichen Statistiken nicht auftauchen. Dabei versuchen sie die anderen, unbekannteren Dimensionen der rassistischen und rechtsextremen Bedrohung zu verstehen, um die Fragen der Hilfesuchenden angemessen beantworten zu können. Dadurch sind Einblicke in Vorgänge möglich, die mit den polizeilichen Kriterien nicht erfasst werden. Sei es, weil die Grenze zur kriminellen Handlung nicht überschritten wurde, sei es, weil die Opfer die Polizei nicht einschalten können oder wollen. Um diese Schattenseiten des »Phänomens Rechtsextremismus« geht es also auch.

Gleichzeitig beschreibt aber jedes Projekt in einem eigenen Beitrag auch einen wesentlichen Aspekt der allgemeinen Entwicklung des vergangenen Jahres aus einer eigenen Perspektive, mit einer eigenen Schwerpunktsetzung auf eine Facette des Berliner Rechtsextremismus.

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher verfasste freundlicherweise für uns das Vorwort. Der Journalist Norbert Siegmund kritisiert am Beispiel eines prominenten jugendlichen Neonazis in einem kommentierenden Bericht den Umgang der Justiz mit rechtsextremer Gewalt. Über die Statistik der Gewalttaten berichtet die Opferberatungsstelle ReachOut und bettet die tiefergehende Analyse der Hintergründe in eine Betrachtung gesellschaftlicher Diskurse. Die Pankower Netzwerkstelle moskito resümiert die islamfeindlichen Aktionen in dem Stadtteil Heinersdorf, wo der rassistische Protest gegen den Moscheebau weitestgehend ohne die organisierten Rechtsextremen auskam. Einen detaillierten Rückblick auf den Wahlkampf und die Strategien der Berliner NPD und die damit verbundenen Herausforderungen für das zivilgesellschaftliche Engagement liefert die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR). Das Problemfeld der alltäglichen rassistischen (u.a.) Ungleichbehandlung und Ausgrenzung sowie die Rahmenbedingungen der Anti-Diskriminierungsarbeit werden vom Anti-Diskriminierungs-Netzwerk Berlin (ADNB) beleuchtet. Abschließend steuert das apabiz einen Überblick über die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus im vergangenen Jahr bei, in dem es vor allem um die bewegungsorientierte Neonaziszene und ihre Verbindungen aber auch Abgrenzungen zu NPD und JN geht. Als Heft im Heft liegt die Chronik der rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten in Berlin 2006 bei.

Zusammen machen all diese Beiträge der Initiativen deutlich, dass es um die Interpretation dessen geht, was Rechtsextremismus eigentlich ist, woher er kommt und wie er bekämpft werden kann. Denn Zahlen sprechen nicht für sich, weder die polizeilichen noch die aus wissenschaftlichen Untersuchungen. Sie müssen interpretiert werden und in Beziehung gebracht werden zu dem, was wir vom Rechtsextremismus sonst wissen - im Falle der Berliner Initiativen heißt das vor allem auch, dem Alltag der betroffenen und der engagierten Menschen Rechnung zu tragen.

Anmerkung

1 »Berliner Kriminaloberrat: Strafverfolgung kann Probleme nicht lösen«, Deutschlandfunk vom 2. Januar 2007, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/57832 (eingesehen am 2. Januar 2007)

18.06.2006 / Berlin-Prenzlauer Berg
Eine afro-amerikanische Frau wird auf dem Flohmarkt von einem Standbetreiber rassistisch beschimpft, heftig am Arm gepackt und geschubst. Die Frau benachrichtigt die Polizei, die aber nicht kommt. Mit ihrer Freundin geht sie zu dem Organisator des Flohmarktes, der versucht den Standbetreiber zu beschwichtigen anstatt ihn zur Rede zu stellen. Der Standbetreiber beleidigt erneut die Frau rassistisch in Anwesenheit des Organisators. Foto: Jörg Möller



Die aufhaltsame Gewaltkarriere des Neonazis Dennis E.

Oder: Warum sich Demokraten nicht allein auf Gerichte verlassen dürfen. Von Norbert Siegmund (RBB)

Schönefeld im Juni 2006: Neonazis schlagen und treten einen 15-jährigen Berliner Schüler krankenhausreif. Mutmaßlich beschimpfen sie ihn als „Scheiß Nigger" und drohen, ihn zu töten. Die hemmungslose Gewalt solcher Schläger macht Angst. Noch mehr Angst macht der Umgang mancher Richter mit ihr.

Für das jugendliche Opfer sind nicht nur die lebensbedrohlichen Verletzungen bitter und die Ängste, die es vielleicht ein Leben lang mit sich herumtragen wird. Ebenso bitter dürfte die Erkenntnis sein, dass diese Tat vermeidbar war, dass die Justiz mutmaßlichen Tätern schon vorher hätte das Handwerk legen können.

Einer der mutmaßlichen Angreifer von Schönefeld ist Dennis E., Anfang 20, ein szenebekannter Neonazi und NPD-Aktivist. Zudem bewegt er sich seit Jahren im Umfeld verbotener neonazistischer Kameradschaften. Bei rechtsextremen Aufmärschen tritt er als Ordner auf. Bisweilen sichert er mit offenkundig militanten „Kameraden" den Lautsprecherwagen. Vor den Kommunalwahlen 2006 erwägt Dennis E. als NPD-Spitzenkandidat für Treptow-Köpenick anzutreten. Sein Bewährungshelfer rät ihm ab – mit Rücksicht auf laufende Strafverfahren.

Seit seiner Jugend beschäftigt Dennis E. die Justiz. Diebstahl, Sachbeschädigung, Widerstand, Bedrohung, gefährliche Körperverletzung – unablässig üben sich Staatsanwälte und Jugendrichter darin, Verfahren gegen ihn einzustellen, ihn zu ermahnen oder zu verwarnen – durchweg mit höchst fragwürdigem Erfolg. Jeweils folgt die nächste Tat auf dem Fuße. Ende 2002, nach einem Überfall auf einen Zeitungshändler, versucht ein Richter einen ultimativen „Schuss vor den Bug": Die Entscheidung über eine Jugendstrafe wird für ein Jahr und 6 Monate auf Bewährung ausgesetzt. Doch die Warnung beeindruckt offenkundig nicht.

Anfang April 2003 ist Dennis E. mit von der Partie, als etwa 25 Neonazis in Britz und in Rudow auf „Ausländerjagd" gehen. Die Schläger sind bewaffnet mit Flaschen sowie einem Baseballschläger, in den das Wort

Norbert Siegmund ist Reporter und Fernseh-Autor für den Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) und die ARD. Seit Anfang der 90er Jahre hat er in einer Vielzahl von Beiträgen über Rechtsextremismus und rassistische Gewalt berichtet. Norbert Siegmund promovierte über Terrorismus und Nachrichtendienst-Kontrolle.

Hass eingeritzt ist – die letzten beiden Buchstaben geschrieben im Stile des SS-Symbols. Ein junger Mann wird zusammengetreten und lebensbedrohlich verletzt. Bis heute leidet er an den Folgen. Für den Schläger Dennis E. hingegen hat der Fall zunächst keine Konsequenzen, obwohl er unter Bewährung steht.

Über drei Jahre wird sich das Strafverfahren hinziehen – mit fatalen Folgen. Offenbar gewinnt Dennis E. schon bald den Eindruck, dass er die Justiz nicht fürchten muss. Im April 2004 macht er mit bei dem bis dahin brutalsten rassistischen Überfall in Berlin. Gemeinsam mit einem weiteren szenebekannten Neonazi überfällt er in Köpenick einen vietnamesischen Imbissbesitzer. Mit einem Knüppel wird derart heftig auf den Kopf des Mannes eingeschlagen, dass der glaubt, die Angreifer wollten ihn töten. Wieder sind die Verletzungen lebensbedrohlich, wieder wird ein Opfer wohl für den Rest seines Lebens leiden müssen. Doch nicht wegen versuchten Mordes, sondern lediglich wegen gefährlicher Körperverletzung wird Dennis E. zu zwei Jahren Jugendhaft verurteilt. Erneut wird die Strafe zur Bewährung ausgesetzt, während das Ansehen des Dennis E. in der Kameradschaftsszene wächst.

Die lebensbedrohliche Ausländerhatz von Rudow verhandelt das Landgericht erst im Mai 2006, über drei Jahre nach der Tat! Mit der Vorstrafe von 2 Jahren ist das Höchstmaß für eine Bewährungsstrafe erreicht. Deshalb muss Dennis E. nun damit rechnen, zu einer hohen Gesamtstrafe verurteilt zu werden, die für ihn nur Gefängnis bedeuten kann. Doch wieder meinen es Richter gut mit ihm. Sie verurteilen Dennis E. erneut zu zwei Jahren Jugendstrafe, verzichten aber ausnahmsweise darauf, eine Gesamtstrafe zu bilden. Folge: Die Einzelstrafe kann abermals zur Bewährung ausgesetzt werden. Was Richter „gerade noch vertretbar“ nennen, können Laien kaum nachvollziehen: Insgesamt vier Jahre Jugendstrafe für zwei lebensbedrohliche Angriffe – und trotzdem muss Dennis E. keinen einzigen Tag ins Gefängnis.

Ein Richterspruch mit verheerenden Folgen? Vier Wochen nach dem neuerlichen Bewährungsurteil kommt es zu dem Angriff gegen den 15-jährigen in Schönefeld. Erneut steht ein Prozess an. Wieder wurde ein Opfer, nunmehr das dritte, lebensbedrohlich verletzt. Muss erst ein Mensch sterben, bevor Gerichte einem offenkundig unverbesserlichen Nazi-Schläger Einhalt gebieten?

Neonazistische Gewalttäter machen Angst. Noch mehr Angst machen mir solche Richter. Fahrlässig nähren sie den rassistischen Hochmut von Tätern, die sich unbestraft wähnen, während ihre Opfer manchmal lebenslang leiden müssen. Fahrlässig nähren solche Urteile im rechtsextremen Milieu ein gefährliches Missverständnis, nämlich dass rassistische Anschläge Kavaliersdelikte seien und die Täter insgeheim geduldete „Vollstrecker eines heimlichen Mehrheitswillens“.

Rassismus gibt es in jeder Gesellschaft, die Verlierer produziert. Dort finden sich immer auch jene, die es nötig haben, auf andere herabzublicken – ein im Grunde erbärmliches Phänomen, das so alt sein dürfte, wie die Menschheit. Wir werden es wohl niemals überwinden. Doch wie viel Raum Rassisten im Alltag genießen und wie gefährlich Neonazis sein dürfen, das haben wir in der Hand. Dass wir uns dabei nicht allein auf die Justiz verlassen dürfen, zeigen Fälle wie die des Dennis E. und der Blick auf die Statistik. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten steigt dramatisch.

Trotz des einst proklamierten „Aufstands der Anständigen“ mangelte es lange am Anstand von Zuständigen, die das Problem nicht wahrhaben wollen. So mussten geschätzte Zeitungskollegen den deutschen Sicherheitsbehörden das Ausmaß rechtsextremer Gewalt in Deutschland und die Zahl der Todesfälle erst vorrechnen. Ein realistisches Bild wurde wohl nur möglich, weil sich vielerorts, wo Polizeiberichte nicht alles sagen, wahrhaft Anständige zuständig fühlen – in zivilgesellschaftlichen Initiativen und Netzwerken, die rassistische und rechtsextreme Umtriebe beobachten und über sie aufklären, sowie in der Opferberatung. Erst ein realistisches Bild befähigt uns, wirksame Strategien zu entwickeln gegen Gefahren, wie sie von Dennis E. und seinen geistigen Ziehvätern ausgehen – und von allzu blauäugigen Richtern. <<

25. Februar 2006 / Berlin-Hellersdorf. Am U-Bahnhof Hellersdorf werden gegen 4.20 Uhr drei Hip Hopper aus einer Gruppe von 6 Personen angegriffen. Dabei rufen die Angreifer unter anderem: »Jetzt zeig ich Dir was ´nen richtiger Deutscher kann!« und »Scheiss Kanacke!«. Foto: Jörg Möller



ReachOut ist ein Beratungsprojekt für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Unterstützt und beraten werden auch deren Angehörige, FreundInnen und ZeugInnen eines Angriffs. ReachOut recherchiert rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik. Außerdem bietet das Projekt antirassistische, interkulturelle Bildungsprogramme an. In diesem Artikel berichtet ReachOut über die Statistik der Gewalttaten und bettet die tiefergehende Analyse der Hintergründe in eine Betrachtung gesellschaftlicher Diskurse ein.

Zum massiven Anstieg rechter Gewalt in Berlin 2006

Zahlen allein sprechen nicht für sich

Mit 155 Angriffen im Jahr 2006 (2005: 116) stieg die Anzahl rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten so hoch wie nie zuvor seit dem Bestehen von ReachOut. Die meisten der 258 von uns gezählten Opfer erlitten Körperverletzungen. Damit liegen die Zahlen weit über den von den Ermittlungsbehörden bisher erfassten Delikten. Ansteigende Zahlen allein zeichnen kein lebendiges Bild der gegenwärtigen Situation. Erst mit einem genaueren Blick auf die Opfer, die Tatmotive, die Angriffsorte und die gesellschaftlichen Debatten werden das bedrohliche Ausmaß und die Folgen der Angriffe zumindest annähernd begreifbar. So zeigt dieser Bericht auch, wie rechte Gewalt und die Diskurse um sie den Lebensalltag der (potenziellen) Opfer und die Arbeit der UnterstützerInnen prägen.

Von Sabine Seyb, ReachOut



Statistische Aufarbeitung der Angriffe in Berlin 2006

Die statistische Aufarbeitung der rechten Gewalt in Berlin 2006 bezieht sich auf die von uns erstellte »Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen« in Berlin. Darin enthalten sind Meldungen der Polizei, der Medien, von lokal bzw. bezirklich arbeitenden KooperationspartnerInnen und die Informationen der Betroffenen. Die statistischen Erhebungen von ReachOut erfolgen auf der Grundlage der Kriterien, die von den CIVITAS-geförderten Opferberatungsprojekten erarbeitet wurden. In der gemeinsamen Datenbank hierzu werden Informationen zu den Angriffen in den jeweiligen Bundesländern und zur Beratung der Opfer erfasst. Maßgeblich für die Erfassung eines Angriffs sind die zugrundeliegenden Straftatbestände (Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, Körperverletzung, (versuchte) Tötung und Brandstiftung) und die Tatmotive der AngreiferInnen. Ob die Opfer Anzeige erstattet haben, spielt dabei keine Rolle.

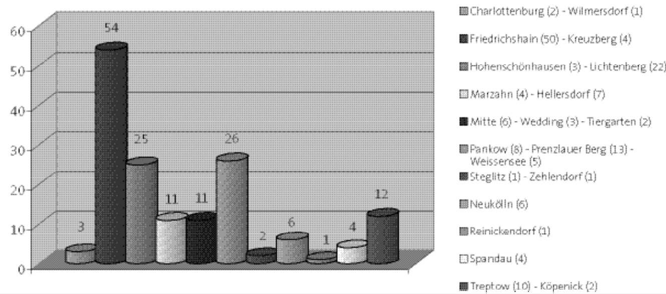
Dunkelfeld und Abweichungen zu den offiziellen Zahlen

Zur berlinweiten Chronik ist anzumerken, dass nicht alle Opfer, die von ReachOut beraten werden, möchten, dass der Angriff auf sie dokumentiert wird. Aus Furcht vor weiteren Bedrohungen lehnen sie jegliche Form der Öffentlichkeitsarbeit ab. Dies respektieren wir selbstverständlich. So konnten für das vergangenen Jahr bisher 148 (2005: 113) von insgesamt 155 (2005: 116) Angriffen in die Chronik aufgenommen und somit veröffentlicht werden. Fälle rassistisch motivierter Polizeigewalt werden nicht als Angriffe gezählt und gesondert dokumentiert.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich eine Vielzahl der bedrohlichen Situationen unterhalb von Straftatbeständen bewegt und nicht durch organisierte Rechtsextreme verursacht wird. Doch selbst wenn es sich um Straftaten handelt, werden oft keine Anzeigen erstattet. Die Betroffenen befürchten häufig aufgrund der räumlichen Nähe zwischen Opfern und TäterInnen weitere Repressionen und Bedrohungen.

Auch wenn wir davon ausgehen können, dass die Menge der von uns erfassten Fälle von Jahr zu Jahr zuverlässiger das Ausmaß rechter, rassistischer, antisemitischer und homophober Gewalt abbildet, bleibt die Dunkelziffer nach wie vor hoch. Das zeigt sich bspw. in den Beratungsgesprächen, in denen die Betroffenen uns berichten, dass sie in der Vergangenheit bereits mehrfach bedroht und angegriffen wurden, uns bis dahin aber keine Informationen darüber vorlagen.

Aus der „Lagedarstellung der politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2006“ geht hervor, dass 110 Gewaltdelikte im Bereich PMK rechts zur Anzeige gebracht wurden. Im Vergleich zu 2005 (52 Delikte) bedeutet das eine Zunahme um mehr als 100%, die vor allem durch einen massiven Anstieg von Körperverletzungen (2005: 44; 2006: 98) zustande kommen dürfte. Besonders auffällig sei hierbei die Entwicklung der „fremdenfeindlich“ motivierten Körperverletzungen, die sich um 172% auf 47 registrierte Fälle (2005: 15) erhöht hätten, so die



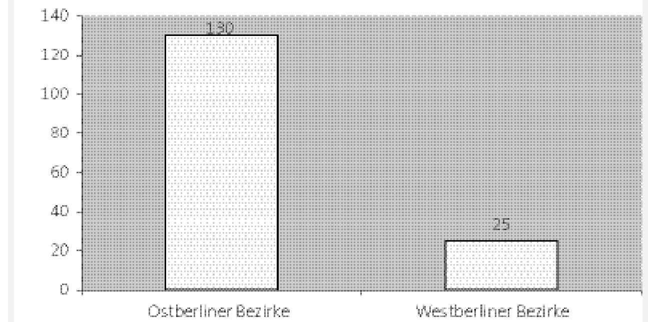
Aus den Informationen, die ReachOut bisher vorliegen, kann geschlossen werden, dass vor allem für Friedrichshain, Lichtenberg und Prenzlauer Berg im Vergleich zum Vorjahr ein besorgniserregender Anstieg von Angriffen verzeichnet werden muss. Der auffälligste Rückgang an Angriffen ist im Bezirk Treptow-Köpenick zu beobachten.

50 (2005:25) Angriffe und somit die meisten der im gesamten Jahr 2006 dokumentierten Angriffe verzeichnen wir in Friedrichshain, 22 Angriffe (2005:17) fanden in Lichtenberg und 13 in Prenzlauer Berg (2005: 6) statt. Von insgesamt 11 Angriffen erfuhren wir aus Treptow-Köpenick (2005:24), davon 8 in Treptow (2005:13) und 3 in Köpenick (2005:11). 5 und damit die meisten Gewalttaten im Westteil Berlins ereigneten sich in Neukölln (2005:1). Für Berlin lässt sich basierend auf unserer Angriffsstatistik festhalten, dass nach wie vor die meisten Angriffe in den Ostberliner Bezirken zu verzeichnen sind. Dies entspricht auch den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden.

Die hohen Angriffszahlen besonders im Bezirk Friedrichshain lassen sich vor allem auf die dortigen Verkehrsknotenpunkte (S-Bahnhof Frankfurter Allee, Ostkreuz, Warschauer Straße, Tramlinie M5, M10, U-Bahnlinie 5) zurückführen. Dort sind es vor allem alternative und linke Jugendliche, die am häufigsten angegriffen werden. In Friedrichshain existieren viele Kneipen und Treffpunkte, die für diese Szene attraktiv sind. So ist davon auszugehen, dass gerade in diesem Bezirk Opfer und TäterInnen besonders häufig aufeinander treffen. Für Lichtenberg und Prenzlauer Berg gilt, dass sich dort eine ganze Reihe von Treffpunkten der rechtsextremen Szene, auch Wohngemeinschaften, befinden, von denen die Angriffe vermutlich häufig ausgehen. Bei dem Rückgang der Angriffszahlen in Treptow-Köpenick vermuten wir, dass die gleichen TäterInnen mittlerweile in anderen Bezirken aktiv sind.

Es sind demzufolge gerade nicht die Ostberliner Außenbezirke, in denen hohe Angriffszahlen zu verzeichnen sind, sondern vielmehr innerstädtische Bezirke, die sowohl für die AngreiferInnen als auch für die Betroffenen als Verkehrsknotenpunkte, als Wohnorte und/oder Treffpunkte von Bedeutung sind.

Grundsätzlich gilt: Je effektiver und dichter unser Netz bezirklicher KooperationspartnerInnen geknüpft werden kann, je bekannter unsere Arbeit in einem Bezirk wird, desto mehr Meldungen über Angriffe erhalten wir von dort. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass unsere Chronik von Jahr zu Jahr die tatsächliche Situation in einem Bezirk genauer wiedergibt. Nach wie vor müssen wir allerdings feststellen, dass wir aus Bezirken wie bspw. Reinickendorf oder Spandau, in denen wir zur Zeit nicht aktiv sein können, wenige oder keine Angriffsmeldungen erhalten.<<



Darstellung der Polizei. Die Differenz zwischen den Zahlen der Behörden und den Erkenntnissen von ReachOut ist jedoch noch höher, als die genannten Gesamtzahlen vermuten lassen. Während die Ermittlungsbehörden unter Gewaltdelikten verschiedene Straftaten wie Körperverletzungen, schwere Körperverletzungen, Widerstandsdelikte, Landfriedensbruch und schweren Raub zusammenfassen, werden in der Angriffsstatistik 2006 von ReachOut Körperverletzungen, schwere Körperverletzungen, Raub, Nötigungen, massive Bedrohungen und einige wenige schwerwiegende Sachbeschädigungen dokumentiert und gezählt. Zudem werden Angriffe angezeigt, von denen wir nichts erfahren, weil die Ermittlungsbehörden diese nicht veröffentlichen.

Die offiziellen Zahlen - bundesweit

Auch bundesweit ist für 2006 ein Anstieg um ca. 20 % und damit ein neuer Höchststand rechtsextremer Straftaten zu verzeichnen. Das zeigt die Übersicht, die im Auftrag der Bundestagsabgeordneten Petra Pau aufgrund ihrer monatlichen schriftlichen Anfragen erstellt wurde. Das Zahlenmaterial ist unvollständig und lässt keine tiefergehenden Erklärungen zu. Die Gewaltdelikte bspw. werden vom Bundesinnenministerium nicht nach konkreten Straftatbeständen aufgeschlüsselt.

Dennoch ergeben sich aus den Antworten des Bundesinnenministeriums auf Petra Paus Anfragen folgende Tendenzen: Während das Bundesinnenministerium 2005 bundesweit 10.271 „politisch motivierte Straftaten rechts“ angab, wurden für das Jahr 2006 bisher 12.240 Delikte erfasst. Auch eine deutliche Zunahme der Gewalttaten ist zu verzeichnen: Waren es 2005 bundesweit 588, sind es 2006 726 vorläufig erfasste Gewaltdelikte. Erfahrungsgemäß muss noch mit einem erheblichen Anstieg der Zahlen gerechnet werden. Dies liegt vor allem an den Nachmeldungen, die von den jeweiligen Bundesländern im Laufe der ersten Monate des neuen Jahres geliefert werden.

Berechnet man die Anzahl der Delikte in den jeweiligen Bundesländern pro 10.000 EinwohnerInnen standen 2005 Sachsen (1.746 Delikte) und Berlin (1.195 Delikte) an den vordersten Stellen. Insgesamt wurden 588 Gewaltstraftaten offiziell erfasst. Dagegen gehen die CIVITAS-geförderten Opferberatungsstellen 2005 allein für die neuen Bundesländer und Berlin von 614 rechtsextrem, rassistisch und antisemitisch motivierten Gewalttaten aus. 2006 verzeichnen die Projekte mit insgesamt 820 Angriffen einen dramatischen Anstieg.

Rassistisch motivierte Gewalt - rassistische Einstellungsmuster: Die „Mitte der Gesellschaft“

Rassismus ist nach unseren Erkenntnissen im vergangenen Jahr in Berlin das häufigste Motiv bei den von ReachOut dokumentierten Angriffen. Deswegen reflektieren wir an dieser Stelle zwei der neuesten wissenschaftlichen Studien und konzentrieren uns auf deren Ergebnisse im Hinblick auf rassistische Einstellungsmuster und die Verankerung rassistischen Denkens in der Bevölkerung. Gerade in Zeiten, in denen die Aktivitäten der NPD und anderer rechtsextremer Organisationszusammenhänge im Fokus des öffentlichen Interesses stehen, halten wir die Analyse rassistischer Einstellungen, die eben auch nach unserer Einschätzung weit verbreitet sind und auf Akzeptanz in nahezu allen Bevölkerungsgruppen treffen, für unentbehrlich.

Zur Gesamtsituation in Deutschland erscheint seit nunmehr fünf Jahren die Studie „Deutsche Zustände“ (Hrsg.: Wilhelm Heitmeyer: Deutsche Zustände, Folge 5, Ffm. 2007). Im Dezember 2006 erschien der fünfte Teil. Im Mittelpunkt stehen dabei Untersuchungen zur »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«. Dazu zählen nach der Definition von Heitmeyer neben »Fremdenfeindlichkeit« und Rassismus religiöse Abwertungen und Diskriminierungen, die sich vor allem gegen Jüdinnen und Juden und Muslime und Muslimas richten. Darüber hinaus richten sich Hass und Abwertung auch gegen Obdachlose, Homosexuelle, Behinderte und Frauen.

Die beteiligten WissenschaftlerInnen der Studie kommen zu dem Ergebnis, dass „fremdenfeindliche“ Einstellungen von Jahr zu Jahr konstant zunehmen. Knapp 50% der Deutschen seien fremdenfeindlich eingestellt. 20% neigen zu rechtspopulistischen Vorstellungen. So gebe es nach wie vor eine eindeutige Zustimmung zu der Aussage, dass zu viele „Ausländer“ in Deutschland lebten und man sie in ihre Herkunftsländer schicken solle, wenn die Arbeitsplätze knapp würden.

Ein weiterer Befund der Analyse zeigt: je ausgeprägter der Nationalstolz, der Stolz Deutscher/ Deutsche zu sein sei, so Heitmeyer, desto signifikanter werden „fremdenfeindliche“ Einstellungen. Die Aufwertung der eigenen Gruppe bedeutet immer auch eine Abwertung der sogenannten Fremden.

Dies ist gerade auch im Rückblick auf das vergangene Jahr und die Fußballweltmeisterschaft aufschlussreich. Der viel bejubelte und gelobte positive Bezug auf die deutsche Fahne und das Nationalgefühl muss u.E. immer als Gefahr für all diejenigen begriffen werden, die als nicht dazu gehörig definiert werden.

Ähnliche Erkenntnisse bezüglich der rassistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft gehen auch aus einer Studie hervor, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben wurde (Oliver Decker/Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006). Die Autoren kommen zu dem Ergebnis: Rechtsextreme Einstellung sind vorwiegend in der Mitte der Gesellschaft verankert und kein Problem des Randes oder bestimmter Altersgruppen. Für die Studie wurden bundesweit ca. 4700 Männer und Frauen über 14 Jahren in 210 Städten und Gemeinden befragt.

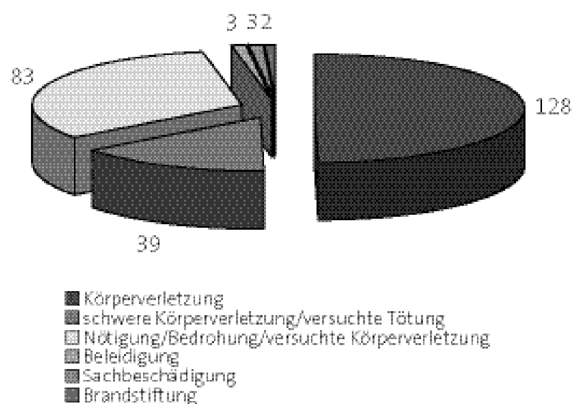
Auch wenn die Art solcher Studien bzw. die zugrunde liegenden Befragungen – das gilt im Übrigen auch für die Studie von Heitmeyer – durchaus kritisch reflektiert werden müssen, bleiben die Ergebnisse erschreckend. Zu kritisieren wäre beispielsweise, inwiefern Fragen, die rassistische oder antisemitische Grundannahmen implizieren, solche Einstellungen nicht sogar noch verstärken und vorhandene, durchaus sinnvolle Tabus bei den Befragten brechen. Mehr als ein Viertel der Deutschen stimmen grundsätzlich rassistischen Aussagen zu. Bei Aussagen wie „die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ stimmen fast 36% zu und 21,7% stimmen teilweise zu. 35% finden: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“, fast 30% sind mit dieser Aussage teilweise einverstanden.

Die Wissenschaftler kommen zu dem Schluss, dass die „Ausländerfeindlichkeit“ vor allem bei AnhängerInnen etablierter Parteien auf ein entscheidendes Problem verweise: „Die öffentlich dokumentierte Akzeptanz von Ausländerfeindlichkeit macht diese zu einer ebenso akzeptierten politischen Position. (...) Deshalb ist bei diesem Thema höchste Sensibilität von politischen Akteuren gefordert, denn von Politikern vertretener Rassismus führt zu Massenrassismus.“ (S. 167f)

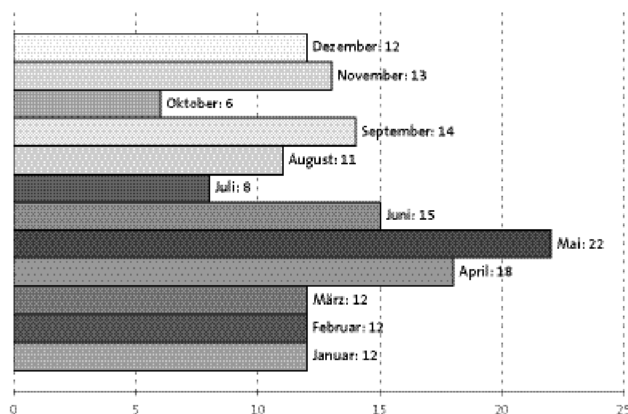
Zur Bekämpfung von Rassismus, so die Autoren, gehöre zunächst einmal die Beseitigung struktureller Rassismen, bspw. Gesetzesnormen, die nur für MigrantInnen gelten würden.

Die Debatte über die „No-go-areas“ im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft

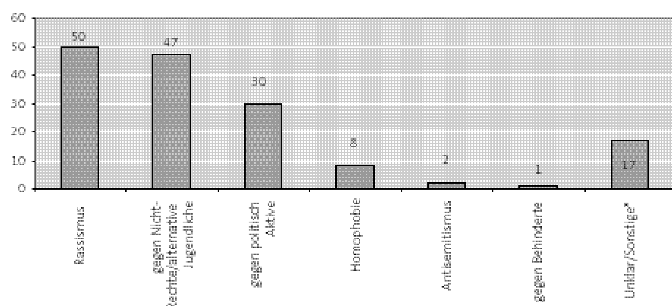
Die Auseinandersetzung um die „No-go-areas“ in den Wochen unmittelbar vor der Weltmeisterschaft findet an dieser Stelle ein besondere Würdigung, weil sie die Arbeit von ReachOut in den Monaten April–Juni 2006 ganz



Die meisten der insgesamt 258 von uns gezählten Angriffen erlitten Körperverletzungen.



Die auffällig vielen Angriffe im Mai fanden zum größten Teil am Himmelfahrtstag (Herrentag/Vatertag) und dem darauffolgenden Wochenende statt.



Im Jahr 2006 war der größte Teil der Angriffe rassistisch motiviert. Hier stellen wir eine Veränderung zu 2005 fest, als nicht-rechte, alternative Jugendliche die am häufigsten betroffene Gruppe war. Außerdem werden politische AktivistInnen, die sich offen gegen Rechtsextremismus engagieren, nach wie vor häufig angegriffen.

*Unklar: Wenn Menschen unvermittelt, ohne es sich selbst erklären zu können und ohne dass es einschlägige Beschimpfungen gab, von rechten TäterInnen angegriffen werden.

*Sonstige: Bspw. sexistisch motivierte Angriffe auf Frauen von rechten Tätern.

entscheidend geprägt, teilweise sogar dominiert hat.

Auslöser für die Debatte war eine Pressemitteilung der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ und des Afrika-Rates vom 20. April 2006. Darin wird auf das Motto der Fußball-Weltmeisterschaft „Die Welt zu Gast bei Freunden“ mit der Überschrift „Zuhause bei Feinden?“ Bezug genommen. Es gebe in Berlin und Brandenburg für Menschen afrikanischer Herkunft sogenannte „No-go-areas“. Dort seien diese einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, rassistisch motiviert angegriffen zu werden. Man werde, so die AutorInnen, „zum Schutz von tausenden Menschen afrikanischer Herkunft, die zur Fußballweltmeisterschaft nach Deutschland kommen werden, (...) einen Katalog mit Vorsichtsmaßnahmen veröffentlichen.“ Zudem sollte vom Afrikarat eine Liste von „No-go-areas“ erstellt werden. Bestätigung fanden diese von den Medien vielbeachteten Äußerungen am 17. Mai 2006 im Deutschlandradio. Interviewt wurde Uwe-Karsten Heye: „Ich glaube, es gibt kleinere und mittlere Städte in Brandenburg und auch anderswo, wo ich keinem raten würde, der eine andere Hautfarbe hat, hinzugehen. Er würde es möglicherweise lebend nicht wieder verlassen.“

Das Spektrum der darauf folgenden Reaktionen war beachtlich: Es reichte von Empörung von Seiten der brandenburgischen Landesregierung über Beschwichtigungsversuche des Berliner Innensenators bis hin zu klaren Zustimmungen von Bundestagsabgeordneten wie Sebastian Edathy. Sebastian Edathy, Mitglied der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Innenausschusses, verwies darauf, dass auch er zu bestimmten Zeiten nicht alleine nach Treptow-Köpenick fahren würde. Ehrhart Körting, der am 19. Mai ebenfalls im Deutschlandradio interviewt wurde, betonte dagegen: Edathys Äußerung sei eine „gefühlte Sorge“. „Ich glaube sie (die dunkelhäutigen BesucherInnen, d.A.) können überall in der Stadt rumlaufen.“

Vor allem aber das Interesse, die Neugier und die Suche nach harten Fakten von Seiten der nationalen und internationalen MedienvertreterInnen beeinflussten schließlich in ganz erheblichen Maße die Arbeit von ReachOut. Fast täglich erhielten wir sehr kurzfristige Interviewanfragen, Statistiken mussten auf den neuesten Stand gebracht und Gesprächstermine vereinbart werden. Gleichzeitig forderten politische AkteurInnen Fakten von uns: Entweder, um ihre eigene These der „No-go-areas“ zu beoder eben zu widerlegen. Und nicht zuletzt gerieten die Opfer selbst in den Fokus des öffentlichen Interesses. Einzelschicksale wurden veröffentlicht, die Folgen eines Angriffs aufgezeigt und die Arbeit der Beratungsprojekte gewürdigt.

Positiv an der Debatte war, dass der Umstand der tatsächlich zunehmenden Angriffe, der sich bereits im Mai 2006 deutlich abzeichnete, öffentlich diskutiert werden konnte. Rechtsextremismus und Rassismus wurden über mehrere Wochen als gesellschaftliche Probleme benannt und diskutiert.

Dennoch ist der Versuch, klar umrissene „No-go-areas“ zu definieren äußerst problematisch. Die Festlegung impliziert, dass es absolut sichere Orte bezüglich rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten geben könnte. Zumindest für Berlin gilt, dass die Angriffssituation nach unseren Erkenntnissen weitaus komplizierter ist. Nahezu überall in Berlin finden Angriffe zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten statt, am häufigsten im öffentlichen Raum. Zudem kann nicht allein die Anzahl der Delikte Auskunft darüber geben, wie sich die Situation in einem Bezirk, an einem Bahnhof etc. für potenzielle Opfer darstellt. Das hängt auch davon

ab, welche Plakate, Aufkleber, Symbole im öffentlichen Raum zu sehen sind und wie sich PassantInnen bei einem Angriff in der Vergangenheit verhalten haben bzw. mit welcher Feindseligkeit Menschen konfrontiert sind, die als nicht zur Mehrheitsgesellschaft dazugehörig gelten. Außerdem müssen wir davon ausgehen, dass auch in Berlin Stadtteile oder zumindest Kieze existieren, in denen sich potenzielle Opfer aus berechtigter Angst vor Angriffen kaum noch, zumindest nicht alleine oder eben nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen. So sinken die Angriffszahlen mitunter auch, weil sich dort all diejenigen, die nicht in ein rechtes, rassistisches Weltbild passen, nicht mehr selbstverständlich bewegen.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass potenzielle Opfer auch in Bezirken leben, die als gefährlich für sie gelten. Manche entscheiden sich ganz bewusst dafür zu bleiben, andere haben nicht die Möglichkeit umzuziehen. Diese Bezirke als „No-go-areas“ zu deklarieren, würde bedeuten, den Betroffenen die Verantwortung für ihre Sicherheit zu übertragen und deren Lebenswirklichkeit komplett auszublenden. Wenn dann doch ein Angriff geschähe, wären sie schlimmstenfalls selbst schuld. Schon jetzt werden Opfer häufig mit Fragen konfrontiert, warum sie sich überhaupt zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten aufhielten. Schließlich wisse man ja, wie gefährlich das sein könne. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die Sicherheitskräfte würden aus der Verantwortung entlassen, den Schutz und die körperliche Unversehrtheit aller Menschen, unabhängig von ihrem Aussehen, ihrer Herkunft und ihrem sozialen Status zu gewährleisten.

Rechtsextremismus als jugendtypisches Phänomen?

Im öffentlichen Diskurs überwiegt für den Bereich der rechtsextrem motivierten Straftaten und hierbei besonders für die Gewaltdelikte nach wie vor die Behauptung, es handele sich um ein „jugendtypisches Problem“. Die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden in den zurückliegenden Jahren widersprechen diesem hartnäckigen Vorurteil. Auch die jüngsten wissenschaftlichen Ergebnisse zeigen, dass sich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eben gerade nicht vorwiegend bei Jugendlichen zeigen. Die Autoren der Studie „Vom Rand zur Mitte“ zeigen ganz im Gegenteil, dass vor allem RentnerInnen, VorruheständlerInnen und arbeitslose Erwachsene eine besondere Affinität zu rechtsextremen Einstellungen haben.

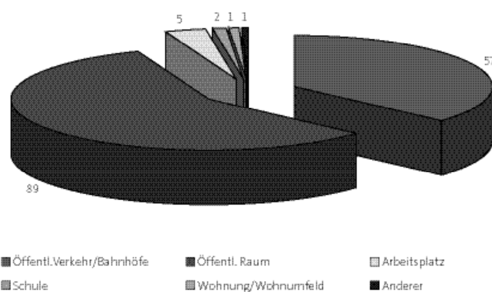
Dennoch: Jugendliche Täter bzw. rechtsextrem orientierte Jugendliche stehen nach wie vor im Vordergrund der öffentlichen Darstellungen. Vor allem bei der Konzeptionierung von geeigneten Handlungsansätzen gegen Rechtsextremismus und Rassismus dominieren Jugendliche nach wie vor als Zielgruppe. Diese verzerrte Wahrnehmung läuft übrigens konträr zu den Erfahrungen der potenziellen Opfer rechter/rassistischer Gewalt. Sie sind täglich mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen rassistischen Handelns konfrontiert und wissen, dass sie jederzeit an jedem Ort unabhängig vom Alter der meist männlichen Täter angegriffen, beleidigt und erniedrigt werden können.

Eine Reduktion von Rassismus und Rechtsextremismus auf ein Jugendphänomen bedeutet für sie die Verharmlosung des Problems und eine Ignoranz gegenüber der Lebenswirklichkeit der Betroffenen.

Seit 2004 hat der Berliner Verfassungsschutz in seine Statistik die sogenannten „Rechts-Links-Auseinandersetzungen“ aufgenommen. Dies legt den Schluss nahe, dass es sich hier um gleichberechtigte Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegne-

04.03.2006 / Berlin-Friedrichshain, S-Bahnhof Frankfurter Allee. Eine Frau wird von einer Gruppe von etwa fünfzehn Jugendlichen zu Boden gestoßen und mit einem Fahrradschloss mehrfach ins Gesicht geschlagen. Die Geschädigte wird mit mehreren Platzwunden ins Krankenhaus gebracht. Foto: Jörg Möller





Es lassen sich Schwerpunkte rechtsextrem, rassistisch motivierter Angriffe und Bedrohungen herauskristallisieren. Die Mehrzahl der Opfer wird im öffentlichen Raum angegriffen. Hier lassen sich im Vergleich zu den Vorjahreszahlen auch keine Unterschiede feststellen. Mit „öffentlichem Raum“ bezeichnen wir alle öffentlich zugänglichen Orte, die sich nicht im unmittelbaren Wohnumfeld befinden. Die Zahl der Angriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen ist nach wie vor sehr hoch. Dadurch wird die Mobilität der (potenziellen) Opfer erheblich eingeschränkt; lange Umwege müssen von den Opfern in Kauf genommen werden.

Für bestimmte Bezirke gilt, dass ein Großteil des öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes von den (potenziellen) Opfern als Gefahren- bzw. als Angstzone erlebt wird. Das führt dazu, dass öffentliche Plätze, Parkanlagen und Straßenzüge, die von der rechten Szene stark frequentiert sind, von den Betroffenen vor allem in den Abendstunden gemieden werden.

Insbesondere Bahnhöfe werden immer wieder als Orte genannt, an denen Übergriffe stattfinden. Dies stimmt mit den Angaben der Betroffenen, die unser Beratungsangebot wahrnehmen, überein. Von den Opfern häufig beklagt wird die Untätigkeit und die mangelnde Unterstützung der anderen Fahrgäste und des Personals. Allerdings existieren aus dem Bereich öffentlicher Verkehrsmittel auch positive Beispiele von Verhaltensweisen der Fahrgäste und des Personals, die Anderen Mut machen können, Bedrohte zu unterstützen.

Obwohl die Kategorie „Wohnumfeld“ statistisch unbedeutend ist, führen wir sie gesondert auf, da ein Angriff in der unmittelbaren Umgebung der Wohnung oder direkt in der Wohnung schwerwiegende Auswirkungen auf die Lebensqualität und die Möglichkeiten der Verarbeitung eines Angriffes hat. Dieser Angriffsort kann in der Regel nicht gemieden werden. Außerdem halten wir es auch im Hinblick auf mögliche Handlungsansätze für sinnvoll, gerade hier die Entwicklungen zu beobachten.<<

rInnen handele. Suggeriert wird zunächst, dass es keine klare Unterscheidung zwischen Opfern und TäterInnen geben könne. Wir halten das für Augenwischerei. Schaut man sich dann das Kleingedruckte im VS-Bericht 2005 an, wird in einem Nebensatz erwähnt: „Konkrete Anhaltspunkte, die auf die Ursache des Anstieges schließen lassen, sind aus den vorliegenden Sachverhalten, bei denen es sich in allen Fällen um Körperverletzungen zum Nachteil vermeintlich oder erkannter Personen der „linken Szene“ handelte, nicht zu erkennen.“ (Berliner VS-Bericht 2005, S. 333)

Die Folgen eines Angriffs für die Opfer

Menschen nicht-deutscher Herkunft müssen ihren Alltag in einem Klima der allgegenwärtigen Diskriminierung im Wohn- und Arbeitsumfeld und von Seiten der Behörden gestalten. Ihre Ausgrenzungserfahrungen gehen weit über die direkte Bedrohung durch Rechtsextreme hinaus. Rassistische Stereotypen werden in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor als selbstverständlich betrachtet, so dass nur selten eine Solidarisierung mit den Opfern stattfindet.

Das gilt auch für andere Opfergruppen: Sozial Benachteiligte (vor allem Wohnungslose), Punks, nicht-rechte Jugendliche und Behinderte sind mit gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen konfrontiert, die soziale, kulturelle und politische Ab- und Ausgrenzungsmechanismen fördern, ihr Alltag ist häufig durch Diskriminierungserfahrungen geprägt.

Unsere Recherchen und besonders die Gespräche mit den Betroffenen, zeigen, dass potenzielle Opfer an keinem Ort und zu keiner Tageszeit wirklich sicher sind. Das wird vielen erst dann bewusst, nachdem sie bedroht, geschlagen und gedemütigt wurden. Häufig kommt ihnen niemand zur Hilfe. Die Gleichgültigkeit und die heimliche oder offen gezeigte Zustimmung der PassantInnen und Umstehenden ist mindestens genauso verletzend und schmerzhaft wie die körperlichen Wunden, die die Opfer davontragen. Ihr Vertrauen in ihre Umwelt und in ihre Mitmenschen wird bis ins Mark erschüttert – nichts ist mehr so wie es war.

Eine weitere Folge der allgegenwärtigen Bedrohungs- und Ausgrenzungssituation ist, dass die erlittenen Angriffe von den Betroffenen nicht thematisiert werden. Sei es aus Angst, Schwäche zu zeigen, sei es, um möglichst schnell zu vergessen oder sich aus Selbstschutz bzw. aufgrund anderer existentieller Sorgen zu weigern, sich mit den Gewalterfahrungen intensiver auseinander zusetzen. Wenn Gewalt- und Bedrohungssituationen alltäglich werden, versuchen viele sich mit der Situation so gut es eben geht zu arrangieren, d.h. häufig sich damit abzufinden.

Wenn die Betroffenen in den jeweiligen Bezirken relativ isoliert leben von Bezugsgruppen oder

Einrichtungen, die ihnen Unterstützung und Sicherheit geben könnten, sind die Handlungsspielräume gering und die psychische Belastung enorm groß. Aufgrund dieser Situation können die Folgen eines Angriffes Ohnmacht, Angst, Unsicherheit, Misstrauen, Rückzug, Isolation bis hin zu posttraumatischen Belastungsstörungen und schließlich mangelnden Möglichkeiten zur Integration sein. Häufig werden vor allem männliche Opfer von Angriffen für das, was ihnen angetan wurde, selbst verantwortlich gemacht.

So berichten uns Klienten immer wieder, dass sie nach einem Angriff in ihrem Umfeld aber auch von Seiten der Polizei mit Fragen konfrontiert werden: Warum sie überhaupt diesen Ort aufgesucht hätten, warum sie sich provokativ kleiden würden (dies ist vor allem bei jungen Punks der Fall) oder warum sie den verbalen Äußerungen der TäterInnen Beachtung geschenkt hätten etc.. Durch diese Form des Umgangs mit den Opfern, kommt es häufig zu einer sekundären Traumatisierung.

Eine Hierarchisierung der Opfer?

In der Unterstützung der Opfer und vor allem in der medialen Berichterstattung fällt ein Aspekt in den letzten Jahren auf. Wir beobachten, dass ein Angriff häufig dann auf öffentliches und politisches Interesse stößt, wenn die Opfer eingebunden sind in Strukturen, die gesellschaftlich und politisch eine hohe Anerkennung und Akzeptanz erfahren. Ein sehr gutes Beispiel hierfür ist der Angriff auf die Wahlkampfhelfer der SPD in Hellersdorf. Zu recht zeigten sich sowohl der Regierende Bürgermeister, als auch andere politische AkteurInnen betroffen und empört über den perfiden Angriff, sprachen öffentliche Verurteilungen aus und sicherten den Opfern ihr Mitgefühl und Unterstützung zu. Dementsprechend häufig und ausführlich haben die Medien über den Angriff und die Folgen berichtet.

Das bezeichnen wir als vorbildliche Vorgehensweise und eine angemessene Aufmerksamkeit für die Opfer. Gleichzeitig wurde den Tätern und ihren AnhängerInnen klar signalisiert, dass deren brutales Vorgehen in keiner Weise toleriert wird. Als Beratungseinrichtung würden wir uns wünschen, dass Opfer, die nicht per se über eine ähnliche Lobby verfügen – beispielsweise junge PunkerInnen oder Flüchtlinge – die gleiche Aufmerksamkeit, die gleiche Empathie erfahren und die gleiche Empörung gegenüber den TäterInnen bekundet wird. So wären sicher unsere Bemühungen, Unbeteiligte während eines Angriffes zum Helfen und Eingreifen zu motivieren und die Opfer besser zu schützen weitaus Erfolg versprechender. <<



13.07.2006 / Berlin-Friedrichshain. Gegen 10.30 Uhr wird ein Mann ghanaischer Herkunft in der Bänschstraße von zwei Männern angegriffen. Er wird mit Fäusten u.a. ins Auge geschlagen und auf dem Boden liegend weiter getreten. Ein Zeuge, der den Angriff aus dem Fenster seiner Wohnung mitbekommt, benachrichtigt die Polizei. Die Täter können festgenommen werden. Foto: Jörg Möller

25.05.2006 / Berlin-Prenzlauer Berg. In der Schönhauser Allee wird gegen 15.40 ein Mann türkischer Herkunft, von vier Männern getreten und geschlagen. Foto: Jörg Möller



Anti-islamischer Rassismus am Beispiel Heinersdorf

Angst vor »Kreuzberger Verhältnissen«

Im Berliner Bezirk Pankow haben BürgerInnen mit rassistischen Argumentationen gegen einen Moscheebau im Ortsteil Heinersdorf mobilisiert. Die organisierte rechtsextreme Szene trat zwar auf den Spielplan, doch hielt sie sich im Verlauf der Eskalation im Hintergrund: Die Zuspitzung des Konfliktes und die Radikalisierung der Positionen – eine Aufgabe, die sonst die NPD mit dem Ziel der Wortführerschaft innerhalb von Protesten dieser Art so gerne übernimmt – wurde zugenüge von einem Teil der BürgerInnen ausgeführt. Die Arbeit der Netzwerkstelle [moskito] wurde im Jahr 2006 entscheidend durch die Ereignisse in Pankow geprägt, deren Verlauf hier nachgezeichnet und interpretiert wird. Von Annika Eckel, Netzwerkstelle [moskito]

Die Aufgabe der Netzwerkstelle moskito ist es, in Berlin-Pankow Anlaufstelle und Knotenpunkt für die BürgerInnen, für Jugendliche, Gruppen, Initiativen, Schulen, MultiplikatorInnen zu sein. Um Alltagsrassismus und Rechtsextremismus wirksam entgegentreten zu können, bedarf es einer Vernetzung und des Zusammenwirkens verschiedenster Akteure im Gemeinwesen. moskito resümiert die islamfeindlichen Aktionen in dem Stadtteil Heinersdorf, wo der rassistische Protest gegen den Moscheebau weitestgehend ohne die organisierten Rechtsextremen auskam.

Der Grundstein für die Moschee der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde in der Heinersdorfer Tiniusstraße ist gelegt. In seinem Grußwort hieß der Bezirksbürgermeister die Mitglieder der Gemeinde willkommen und begrüßte, „dass sie sich nicht durch die im Kern fremdenfeindlichen Proteste von ihrem Bauvorhaben“ haben abbringen lassen. Diese Formulierung nahmen einige PankowerInnen zum Anlass, den Rücktritt des Bezirksbürgermeisters zu fordern, da sie verleumderisch sei und eines deutschen Amtsträgers unwürdig.

Auf einem benachbarten Privatgrundstück protestierten derweil etwa 50 MitstreiterInnen der „Interessengemeinschaft Pankower-Heinersdorfer Bürger e.V.“ (ipahb) gegen den Moscheebau indem sie über einen Lautsprecher Parolen einer vergangenen Demonstration mit ca. 800 TeilnehmerInnen abspielten. Ebenfalls anwesend war der rechte Liedermacher und NPD-Kreisvorsitzende Pankows Jörg Hähnel mit einigen KameradInnen, der – trotz der immer wieder betonten Abgrenzung der ipahb von rechtsextremen Gruppierungen – nicht des Privatgrundstücks verwiesen wurde.

Somit spiegelt auch die Grundsteinlegung die Verlaufslinien und Akteure der Proteste gegen den Moscheebau in Pankow Heinersdorf wieder. Von Beginn an mischte sich rassistische Ausgrenzung mit Vorurteilen, Stereotypen und diffusen Ängsten. Wie in vielen anderen aktuellen Diskussionen über das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft, wie beispielsweise um die Rütli-Schule, wurde sichtbar, dass Feindseligkeit gegenüber MuslimInnen zunehmend als „normal“ gilt. Die Ablehnung des Islam und die Stigmatisierung als primitiv und dem Westen unterlegen wird benutzt, um diskriminierende Praktiken gegenüber Menschen muslimischen Glaubens zu rechtfertigen. Hieraus resultierende ethnisch-kulturelle Argumentationsweisen offerieren zahlreiche Brückenschläge zu den völkischen Argumentationen der NPD und anderen rechtsextremen Parteien und Gruppierungen.

Die Tonleiter rassistischer und völkischer Argumentationen und Weltbilder wurde innerhalb der Konflikte um den Moscheebau so gut von anderen Akteuren gespielt, dass letztlich für die NPD kein exklusives Politikfeld mehr vorhanden war.

Eskalation einer Bürgerversammlung

Als „Terrorzelle“ wird die Moschee in zahleichen Flugblättern, Briefen, in Internetforen und auf Webseiten seit Ende März 2006 bezeichnet, ihr Bau als „Akt der Landnahme“ oder als Trojanisches Pferd.[1] Damals eskalierte die Stimmung auf einer Bürgerversammlung, zu der der Pankower Bezirksbürgermeister sowie der BVV-Vorsteher in die Turnhalle einer Heinersdorfer Grundschule geladen hatten. Eigentlich sollten dort Sachinformationen vermittelt und gemeinsam mit dem Imam und anderen Mitgliedern der muslimischen Gemeinde vorhandene Bedenken geklärt werden. Doch dazu kam es nicht, denn auch von anderer Seite war zu der Bürgerversammlung mobilisiert worden, u. a. mit Flugblättern des Titels „Moschee im Dörfli nee!“, die an Bäumen und Bushaltestellen hingen.

Eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn war die Turnhalle mit 500 Menschen völlig überfüllt – weitere 700 Leute mussten draußen bleiben. Die Stimmung wurde drinnen wie draußen zunehmend aggressiver. Etwa eine halbe Stunde nach dem geplanten Versammlungsbeginn beendete die Polizei die Veranstaltung mit der Begründung, dass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne. Die wenigen Anwesenden, die sich offen für das Bauvorhaben und ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und Religion im Bezirk stark machten, hatten einen schweren Stand. Die Hemmschwelle zwischen Verbalrassismus und tätlicher Bedrohung war fließend. Eine Frau wurde als „Vaterlandsverräterin“ beschimpft, ein kurzhaariger junger Mann pöbelte drei Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde aggressiv an. Als mehrere Mitglieder der muslimischen Gemeinde nach Ende der Veranstaltung von der Polizei durch die Menge geführt wurden, skandierte diese lauthals „Haut ab, haut ab!“ und schüttelte ihre Fäuste in Richtung der Muslime.

Einige erzürnte Bürger/Innen betonten auf Nachfrage, dass ihre Aussagen nicht so absolut gemeint seien, und man habe ja eigentlich nichts gegen Ausländer. Aber nach Heinersdorf passe eben keine Moschee. Man wolle unter sich bleiben.

Anti-islamische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft

Die Angst vor „Kreuzberger Verhältnissen“ habe wohl kaum etwas mit rechter Gesinnung und Ausländerfeindlichkeit zu tun[2] - dieser und ähnlichen Äußerungen[3] auf der Bürgerversammlung und in den darauf folgenden Monaten ist eine fremdenfeindliche/ rassistische Grundhaltung gemeinsam, bei der der Islam als monolithische und totalitäre Religion dargestellt und einer aufgeklärten, christlichen „Deutschen Wertegesellschaft“ gegenüber gestellt wird. Die Grenzen zwischen Islam und Islamismus verschwimmen in der öffentlichen Diskussion und lassen den islamischen Glauben differenzlos als inkompatibel mit der „abendländischen Tradition“ erscheinen. Die Bemühungen der Ahmadiyya-Gemeinde als gut integrierte StaatsbürgerInnen muslimischen Glaubens wahrgenommen zu werden, verpuffen vor diesem Bild der Gleichsetzung von Islam = Islamismus = Terrorismus. Zum Teil scheint es, als seien

Muslime kein integraler Bestandteil der Gesellschaft, sondern ein Sicherheitsrisiko. Sie werden so aus der sogenannten „Deutschen Wertegesellschaft" hinausdefiniert.
Einem rassistischen Blick auf migrantische Communities als eine homogene Gruppe wird eine religiös definierte Identität hinzugefügt, die Stereotypenbildung und Ausgrenzung weiter vorantreibt. Es scheint, als habe Religion neben kulturalistischen und biologistischen Kategorien als eine weitere Spielart rassistischer Argumentationsweisen an Bedeutung hinzugewonnen. Der Begriff anti-islamischer Rassismus soll dieser Entwicklung Rechnung tragen und versucht zugleich, nicht auf umstrittene Begrifflichkeiten wie Islamophobie[4] zurückzugreifen. Er betont zugleich, dass es sich um eine Variante rassistischer Argumentationsmuster handelt, was bedeutet, dass bei weitem nicht alle Formen von Diskriminierung, mit denen Menschen muslimischen Glaubens konfrontiert sind, sich auf Islamfeindlichkeit bzw. Islamophobie zurückführen lassen.

„Heinersdorf soll christlich bleiben!" Die Betonung der Christlichkeit als wichtiges Versatzstück einer abendländischen, deutschen Identität wird als unvereinbares Gegenstück zum Islam dargestellt. Aus der Gegenüberstellung religiöser Identitäten wird eine Ablehnung hergeleitet, die auf der einen Seite diskriminierende Positionen als islam-kritisch zu verschleiern hilft und auf der anderen Seite so weit geht, dass religiöse Einwände in eine kulturell-soziale Abgrenzung transformiert werden. Islam wird zu einer ethnischen Kategorie. Die Argumentationsweise der ipahb und anderen GegnerInnen, eine Moschee solle deswegen nicht in Heinersdorf gebaut werden, weil in Pankow keine Muslime wohnten, ist nicht nur falsch, sondern offenbart auch die Annahme, dass Muslime an äußeren Merkmalen wie Hautfarbe, Herkunft etc. erkennbar wären und negiert das Grundrecht auf freie Religionsausübung. Dies beinhaltet eine Definition von „Alteingesessenen" bzw. Pankower BürgerInnen, die implizit auch immer Ausschlusskriterien definiert im Sinne von: „Du bist nicht wie wir, du gehörst nicht hier her". Auf der Webseite der ipahb im Text „ABC des Nachdenkens"[5] werden die in Deutschland lebenden Muslime als „Gäste" bezeichnet, die angetreten seien, durch Missionierung „unsere Heimat, unser Vaterland in das Haus des Krieges zu verwandeln."[6] Diese

19.05.2006 / Berlin-Friedrichshain. Eine Gruppe alternativer Jugendlicher wird im Volkspark Friedrichshain unvermittelt von einer Gruppe von etwa 20 Neonazis (äußeres Erscheinungsbild) mit Schlagstöcken und Flaschen zusammengeschlagen. Acht der Angreifer werden in der Virchowstraße festgenommen. Foto: Jörg Möller



Formulierungen weisen deutliche Schnittmengen mit völkischen Definitionen von Zugehörigkeit und Definitionen von Volkstum auf.

Angetreten mit dem Ziel, den Moscheebau in Heinersdorf zu verhindern, hat die ipahb die Auseinandersetzungen zu einem „Kulturkampf“ erklärt, in dem sie ihre Positionen zunehmend zuspitzt und polarisiert, um mobilisierungsfähig zu bleiben. Unterstützung für diesen „Kulturkampf“ bekam die ipahb berlin- und bundesweit.[7] So forderte beispielsweise auch der evangelische Bischof Wolfgang Huber Anfang Januar 2007, die Gemeinde müsse erklären, warum sie den Standort gewählt habe, da es keine Angehörigen der Glaubensrichtung in dem Ortsteil geben würde.[8]

Anti-islamische Argumentationsweisen verknüpfen sich mühelos mit klassischen Formen der Stereotypenbildung. So behauptet die ipahb auf ihrer Webseite bei ihrem sogenannten „Ahmadiyya-Quiz“[9], dass lediglich fünf Mitglieder der Gemeinde erwerbstätig seien und der Rest von „Zuwendungen des Deutschen Staates“ lebe. Des Weiteren wird in diesem Quiz kolportiert, dass es sich bei der Ahmadiyya-Gemeinde um eine „fundamentalistische islamische Sekte“ handele. Die entworfenen „Überfremdungsszenarien“ von einer „islamischen Bundesrepublik“ tun ihr übriges. Hier können völkische Positionen, die tief in vielen gesellschaftlichen Gruppen verwurzelt sind, mühelos andocken.

„Haut ab! Haut ab!“ – NPD und rechte Gruppierungen nutzen die Stimmung

Sowohl bei der Bürgerversammlung wie auch bei den Demonstrationen in Pankow gegen die Moschee im vergangenen Jahr waren VertreterInnen der organisierten Rechtsextremen mit von der Partie. Von der Pankower Kameradschaft Vereinte Nationalisten Nordost (VNNO), dem Märkischen Heimatschutz – Sektion Berlin, über die NPD und die Republikaner bis hin zu Mitgliedern der rechten Rocker-Gruppierung „Vandalen - Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ und dem Spektrum der rechten Hooligan-Szene.

Die organisierten Neonazis bestimmten kaum die öffentliche Debatte, freuten sich jedoch über die herrschende Stimmung. Eine Grenze zwischen den BürgerInnen und den anwesenden Neonazis war bei den Protestaktionen hauchdünn oder gar nicht spürbar. Gleichwohl hat die Bürgerinitiative ipahb mehrere wirkungslos gebliebene Versuche unternommen, sich von rechten AktivistInnen auf ihren Demonstrationen abzugrenzen.[10] Doch die auf Überfremdungsängste und nationalistische Ausgrenzung zielenden Argumentationsmuster sind weitgehend identisch. Dies wurde schon auf der NPD-Demonstration sichtbar, die zwei Tage nach der Bürgerversammlung am 1. April unter dem Motto „Nein zur Moschee in Pankow“ vom S-Bahnhof Wollankstraße zum S-Bahnhof Pankow zog. Auf dem Leittransparent prangte eine Moschee und eine Sprechblase mit der Aussage: „Denn heute gehört uns Kreuzberg und morgen die ganze Welt. Pankow aufgepaßt!“ Dahinter liefen etwa 130 Neonazis aus NPD und JN, dem Kameradschaftsspektrum und der Strausberger Sektion des Märkischen Heimatschutzes.

Auf der Zwischenkundgebung nahm NPD-Funktionär Jörg Hähnel Bezug auf die Bürgerversammlung und bekräftigte, dass die Pankower nichts von dem Bauvorhaben halten würden. Zum NPD-Aufmarsch waren nur einzelne Heinersdorfer BürgerInnen gekommen. Eine Handvoll von ihnen stieß zu den GegendemonstrantInnen an der Pankower Kirche, wo die BVV, das Bezirksamt, die evangelische Kirchengemeinde und das Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt zu einer Kundgebung aufgerufen hatten.

Wie positiv die NPD die aufgeheizte, rassistische Stimmung u. a. auf der Bürgerversammlung bewertete, zeigt die Gründung eines „Ortsverband Pankow“ im April 2006, mit dem sie weitere Aktionen gegen den Moscheebau ankündigte. Diese Gründung sei das „Spiegelbild einer Entwicklung, welche die NPD weiter in die Mitte des Volkes treibt“, erläuterte der Kreisvorsitzende Pankow Jörg Hähnel. Ihr anfängliches Vorhaben, eine eigene Kampagne zum Moscheebau zu organisieren, wie mit der oben erwähnten Demonstration, gab die NPD im Verlauf der Proteste zugunsten einer Teilnahme an den Bürgerprotesten auf, die ihnen genügend Anknüpfungspunkte boten. Der weitere Verlauf des Protestes, wie die Unterschriftensammlung der ipahb gegen den Moscheebau oder eine Demonstration unter dem Motto „Keine Moschee in Pankow!!! – Bürgeraktion gegen Überfremdung unseres Bezirkes“, an der

ca. 500 Menschen teilnahmen, ließ es zunehmend als sinnvoll erscheinen, einen Strategiewechsel vorzunehmen: weg von der eigenen NPD-Kampagne hin zur so genannten „Wortergreifungsstrategie“[11], also der Teilnahme an Veranstaltungen, ohne sich offensiv als VertreterIn der rechten Szene oder der NPD erkennen zu geben, um so die Inhalte mitbestimmen zu können ohne „stigmatisiert“ zu werden. Die Aktionen erstreckten sich von der Unterzeichnung der Unterschriftensammlung der ipahb auf dem Weißenseer Blumenfest durch zahlreiche KameradschaftsaktivstInnen bis hin zur Teilnahme des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt sowie dem Landesvorsitzenden Eckart Bräuniger und weiteren an der ipahb-Demonstration am 14. September 2006.

Auch die Republikaner (REP) griffen das Thema dankbar auf. Anfang Mai wurden zahlreiche Flugblätter in Briefkästen gesteckt mit dem Motto „Wir lassen die Kirche im Dorf... und die Moschee in Istanbul“, in denen sie den Islam mit einem „Mehr an Gewalt und Kriminalität“ gleichsetzen. Des Weiteren beteiligten sich auch die REP an zahlreichen Protestaktionen gegen den Moscheebau. Auch wenn die Republikaner bei den Protesten gegen den Moscheebau eine deutlich geringere Rolle als die NPD einnahmen, nutzten sie das Thema für ihren Wahlkampf zu den BVV- und Abgeordnetenhaus-Wahlen im September. Für die BVV-Wahlen gab es Wahlabsprachen zwischen der NPD und den Republikanern, letztere kandidierten in Pankow. Auch hier wirkte sich der Moscheebaukonflikt auf die Wahlergebnisse aus. In den zu Heinersdorf gezählten Stimmbezirken konnten die Republikaner im Vergleich zu 2001 ihre Stimmen auf 180 verdoppeln. Im Großbezirk Pankow erhielten sie 4.822 Stimmen (3.1 %), und zogen mit einem Sitz in die BVV Pankow ein. Für die Abgeordnetenhaus-Wahlen lässt sich in Heinersdorf und den angrenzenden Stimmbezirken ein deutlicher Zuwachs für die NPD erkennen.

Die NPD hat die Potentiale, die für sie in vielen Argumentationsweisen und Haltungen der MoschegegnerInnen liegen, erkannt und versucht sie, insbesondere auch wahlstrategisch, für sich zu nutzen. Durch den Strategiewechsel hin zur „Wortergreifungsstrategie“ ist es ihr einmal mehr gelungen, mit ihrem völkischen und ethnopluralistischen Weltbild an verbreitete Argumentationslogiken anzuknüpfen und ihre Positionen dadurch salonfähiger zu machen. Wie stark fremdenfeindliche und rassistische, besonders auch anti-islamische, Weltbilder in der Gesellschaft auch jenseits einer rechten Szene verankert sind, zeigen die Proteste in Pankow deutlich.

Der Bau einer repräsentativen Moschee, und das ist allen Moscheebaukonflikten in der BRD immanent, scheint als ein Symbol für den Erhalt einer eigenen kulturellen Identität einer migrantischen Community zu fungieren, der der zunehmenden Forderung nach Assimilation[12] entgegensteht und weit verbreitete rassistische Interpretationsweisen in die Öffentlichkeit spült. Dass diese bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, zeigen das Spektrum der MoscheebaugegnerInnen und die Breite der Mobilisierung deutlich. In der aktuellen „Anti-Multi-Kulti-Debatte“ verfestigt sich ein ethnisch-kultureller Rassismus, der auch religiöse Identitäten einbezieht und der mit politischen Positionen der gesellschaftlichen Mitte in weiten Teilen kompatibel ist.[13] Der Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf ist ein Spiegel dieser Entwicklung.<<

Anmerkungen

1 Des weiteren fallen Bezeichnungen wie „Mekkaagentur“, „Treffpunkt von Selbstmordattentätern“ und „erster Baustein zu einer Islamisierung und Überfremdung Pankows“.

2 So in einem anonymen Flugblatt unter dem Titel „Keine Moschee in Pankow“ vom 31. März 2006, das im Rathaus Pankow ausgelegt wurde.

3 „Wann gehen die arbeiten, wenn die fünfmal am Tag beten?“, „Neuköllner Verhältnisse“, Verfall der „Deutschen Wertegesellschaft“, „Multikulti-Romantik“, „Deutsche müssen sich den Migranten aus dem Orient unterordnen“, „Islamisierung Ost-Berlins“ – das sind nur einige weitere Schlagworte, die im vergangenen Jahr im Verlauf der Proteste gegen den Moscheebau in Pankow-Heinersdorf permanent auftauchen.

4 Die Mehrdeutigkeit des Begriffs Islamophobie verweist auf ein Spannungsfeld der Begriffnutzung. Zum einen wird er von IslamistInnen verwendet, um Kritik am Islam und an seiner Auslegung als irrational und unbegründet zu charakterisieren und zum anderen wird er benutzt, um pauschalisierende und feindselige Einstellungen gegen muslimisch-gläubige Menschen zu bezeichnen. Eine Fokussierung auf islamophobe/islamfeindliche Phänomene in aktuellen Debatten darf nicht dazu führen, andere diskriminierende oder rassistische Strukturen und Argumentationen herunter zu spielen.

5 http://ipahb.de/index-Pateien/Page884.htm

6 Ebda.

7 Vgl. auch Briefe auf der Webseite der ipahb. Darüber hinaus nahmen an einer Demonstration VertreterInnen der Initiative „Pro Deutschland“ teil, die sich gegen den Bau von repräsentativen Moscheen in der BRD engagieren.

8 Berliner Morgenpost 6.01.2007; Märkische Allgemeine, 6.01.2007

9 Vgl. Webseite: http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page834.htm; gefunden am 17.01.2007

10 Die NPD reagierte auf die Abgrenzungsbemühungen mit dem Verweis, dass alle auf den Demonstrationen mitlaufen können sollten, die „sich mit der Zielrichtung der Veranstaltung identifizieren“, denn schließlich wollen „die Bürger nicht gegen „Rechts“ demonstrieren, sondern gegen den Moscheebau“

11 Zur Strategie der Wortergreifung siehe den Beitrag der MBR in dieser Publikation.

12 Vgl Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 5, Frankfurt a.M. 2007, S. 150/151 ff

13 Vgl. E. Seidel: Im Visier der Mehrheitsgesellschaft. In: monitor Nr. 25, Mai 2006

Die Wortergreifungsstrategie zwischen Anspruch und gewalttätiger Praxis

Der Wahlkampf der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) 2006.
Von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Lautstarke Störungen und gewaltsame Übergriffe beherrschten die Berichterstattung über den Wahlkampf der NPD in Berlin. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) differenziert dieses Bild und beschreibt die verschiedenen rechtsextremen Interventionen im öffentlichen Raum als Herausforderung für zivilgesellschaftliches Engagement.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) unterstützt und vernetzt alle BerlinerInnen, die in ihrem Wohn-, Arbeits- oder sozialem Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur engagieren möchten. Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten und Ressourcen entwickelt die MBR gemeinsam mit Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie der Kommunalpolitik und Verwaltung auf Bezirksebene situationsbezogene Handlungsstrategien, bietet Fortbildungen an und begleitet die Umsetzung von lokalen Aktionsplänen und Kommunalanalysen.

Wahlkampf und Wahlen in Berlin

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 17. September waren 2006 die mit Abstand wichtigsten Ereignisse für die rechtsextremen Strukturen in Berlin. Dass die NPD den Wahlen einen hohen Stellenwert beimaß, zeichnete sich bereits im Vorfeld ab. Ende 2005 bzw. Anfang 2006 wurden in Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Reinickendorf[1] drei neue Kreisverbände gegründet, die eine bezirksorientierte Basisarbeit begünstigen sollten. Zudem schaffte es die NPD bereits im Vorfeld des Wahlkampfes, mit verschiedenen Themen und Aktionen eine hohe mediale Aufmerksamkeit zu erlangen, die ein im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2005 und den Berliner Wahlen im Jahre 2001 neues Ausmaß erreichte. Dazu gehörte der Versuch der NPD, sich als Wortführerin der Protestbewegung gegen den Moscheebau in Berlin-Heinersdorf zu profilieren, die Beteiligung an der Mindestlohndebatte sowie die Ankündigung, in einem Neuköllner Wohnviertel mit einer „Kiezstreife gegen Kinderschänder“ vorzugehen.[2]

„Volksfrontkonzept“: Wahlabsprachen und Einbindung der Kameradschaftsszene

Entsprechend des seit Ende 2004 von der NPD verfolgten „Volksfront-Konzeptes“, das eine Bündelung aller „nationalen Kräfte“ in einem „Deutschland-Pakt“ vorsieht, hat der Berliner Landesverband 2006 sowohl Wahlabsprachen mit anderen rechtsextre-



19. 05.2006 / Berlin-Neukölln, U-Bahnhof Hermannplatz. In einem Wagen der U-Bahn Linie 7 wird eine Gruppe junger Punks von 6 rechten Jugendlichen angegriffen. Einer der Punks sowie eine unbeteiligte Frau werden dabei verletzt. Foto: Jörg Möller

men Parteien getroffen als auch erfolgreich seine Bemühungen fortgesetzt, AktivistInnen der Kameradschaftsszene in seine Strukturen einzubinden.

Die erstmals in Berlin praktizierten Wahlabsprachen zwischen den rechtsextremen Parteien NPD, Die Republikaner (REP) und Deutsche Volksunion (DVU)[3] verhinderten eine direkte Konkurrenzsituation und waren eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Einzug der NPD und der REP in insgesamt fünf Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). Der Wahlkampf der NPD wurde wie schon 2005 von KameradschaftsaktivistInnen unterstützt und sogar in nicht unerheblichem Maße getragen, insbesondere durch Plakatieraktionen und durch das Entfernen der Plakate demokratischer Parteien.

Bei der Umsetzung des „Volksfrontkonzeptes" bewegt sich die NPD allerdings in einem Spannungsfeld. Einerseits sollte es das Ziel auch der Berliner NPD sein, sich durch bürgernahe Themen und Strategien im Alltag der bezirklichen Bevölkerung strukturell zu verankern, will sie langfristig politisch und im Rahmen von Wahlen erfolgreich sein. Die Berliner NPD versucht sich zwar als bürgernah zu präsentieren, es gelingt ihr aber wegen fehlender „vorzeigbarer" Führungspersonen nicht. Andererseits muss sich gerade der an den gewaltbereiten KameradschaftsaktivistInnen (und ihren Anliegen und Themen) orientierte Berliner Landesverband gegenüber seinen Mitgliedern, AnhängerInnen und SympathisantInnen glaubwürdig als einzige und radikale „Opposition" gegenüber den „Systemparteien" präsentieren, die den gesellschaftlichen Wandel auf nationalsozialistisch-völkischer Grundlage vorantreiben will. In diesem Zusammenhang steht wohl, dass sich die NPD während des Wahlkampfes 2006 nicht vom gewalttätigen Vorgehen eines von „freien Kräften" getragenen rechtsextremen Personenzusammenhangs distanziert hat, der für die überwiegende Zahl der Störungs- und Verhinderungsaktionen von Wahlkampfveranstaltungen und -ständen demokratischer Parteien in Berlin verantwortlich war. Vielmehr nahm die NPD in der Regel eine anwaltliche Rolle gegenüber den häufig strafrechtlich relevant agierenden, parteiunabhängigen AktivistInnen ein und rief parallel zu den stattfindenden Aktionen immer wieder dazu auf, gezielt Veranstaltungen der politischen GegnerInnen aufzusuchen. Dieser Balanceakt der Einbindung unterschiedlicher Kräfte gelingt der NPD nur ungenügend.

Wortergreifung und provokative Formen der Intervention

Als „Wortergreifung" wird die von der NPD entwickelte Strategie bezeichnet, gezielt Veranstaltungen der politischen GegnerInnen aufzusuchen, um dort die Meinungsführerschaft zu übernehmen bzw. rechtsextreme Positionen in den öffentlichen Debatten zu verbreiten, diskutierbar zu machen und somit mittelfristig zu enttabuisieren. Die Strategie wurde vor dem Hintergrund der relativen gesellschaftlichen Ächtung der NPD und der rechtsextremen Weltanschauung im Allgemeinen entwickelt. *„In der direkten Konfrontation mit dem Gegner soll dieser nicht mehr in der Lage sein über Nationalisten, sondern nur noch mit ihnen zu diskutieren."*[4] Weiteres Ziel einer erfolgreich umgesetzten Wortergreifungsstrategie ist, sich als gleichberechtigte, scheinbar harmlose, jedenfalls aber „normale" GesprächspartnerInnen zu profilieren und Veranstaltungen zu gesellschaftlich relevanten Themen argumentativ zu „entführen".

Verfügen jedoch die rechtsextremen AktivistInnen nur über eingeschränkte Fähigkeiten zur Umsetzung dieser Strategie oder reagieren die VeranstalterInnen professionell auf die Anwesenheit von Rechtsextremen, erweist sich die Umsetzung der Wortergreifung als nicht möglich. Unter diesen Bedingungen wandeln sich dann die Aktionsformen der öffentlichen Intervention rechtsextremer Gruppen: Vorrangiges Ziel ist nicht mehr die Beteiligung an Diskussionen, sondern Diskussionen ohne Beteiligung Rechtsextremer bzw. Veranstaltungen, von denen Rechtsextreme explizit aus-



23.06.2006 / Berlin-Neukölln. Ein 38-jähriger Mann nigerianischer Herkunft wird gegen 14.30 im Joachim-Gottschalk-Weg von einem 61-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit zwei leeren Bierflaschen vom Balkon aus beworfen. Scherben der zersplitternden Flaschen treffen ein 10-jähriges Mädchen am Fuß. Das Kind wird leicht verletzt. Foto: Jörg Möller

geschlossen sind, zu stören oder zu verhindern. Je nach Anlass und vorgefundener Situation reicht das Spektrum des Auftretens dann von bloßer Präsenz über Störungen und Provokationen der politischen GegnerInnen bis hin zu Einschüchterungsversuchen und der Verhinderung von Veranstaltungen durch verbale Bedrohungen und zum Teil militant-gewalttätiges Auftreten.

Diese seit mehreren Jahren auch von Berliner Rechtsextremen praktizierten umfangreichen Formen der öffentlichen Intervention erreichten im Jahr 2006 eine neue Qualität. Zum einen waren Informationsstände, Veranstaltungen und WahlhelferInnen fast aller demokratischen Parteien von entsprechenden Störaktionen und Konfrontationen betroffen, zum anderen ereigneten sich die Vorfälle erstmals im gesamten Berliner Stadtgebiet, also auch in West-Berlin.

Neben den überwiegend erfolglosen Versuchen, über die „Wortergreifung" eher unauffällig zu intervenieren im Rahmen der politischen Öffentlichkeit während des Wahlkampfes, wurde von einem kleinen Kreis rechtsextremer AktivistInnen und Kader aggressiv geprägte Störaktionen bei Wahlkampf- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Dabei wurde auf die Sprache der Einschüchterung und Gewalt zurückgegriffen. Parallel dazu konnte 2006 ein erhöhtes Aufkommen rechtsextremer Straßengewalt festgestellt werden. Auch in der Hochphase des Wahlkampfes setzten die an dem Label „Autonome Nationalisten Berlin" (ANB) orientierten AktivistInnen neben der Unterstützung des NPD-Wahlkampfes auf gewalttätiges Vorgehen gegenüber politischen GegnerInnen. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war der Angriff von 15 bewaffneten KameradschaftsaktivistInnen unter der Führung des berlinweit bekannten rechtsextremen Kaders René Bethage auf einen Infostand der Linkspartei.PDS an der „Rudower Spinne" in Berlin-Neukölln. Der gleiche Personenkreis versuchte, unter Beteiligung ranghoher NPD-Kader wie Eckart Bräuniger, auf dem traditionellen SPD-Familienfest ebenfalls an der „Rudower Spinne", durch massive Präsenz zu intervenieren und öffentlichen Raum zu besetzen. Zusätzlich kam es während des Wahlkampfes zu einigen Übergriffen auf WahlhelferInnen der demokratischen Parteien durch militante Rechtsextreme.

Fokus Jung- und ErstwählerInnen

Im Fokus der NPD standen vor allem Jung- und ErstwählerInnen. Das wurde besonders in dem Kampagnentitel „Als erstes wählst du national!", und in einer breit angelegten Verschickung von Wahlwerbung an Privatadressen von Jugendlichen deutlich. Zudem gab es seit Februar 2006 unter dem Motto: „Rote Lehrer, wir sind euer Schrecken" das Angebot der Jungen Nationaldemokraten (JN), auf Anfrage in den Geschichts- oder Politikunterricht zu kommen. Dieses Angebot richtete sich an rechtsextrem(-orientierte)e Jugendliche, die sich argumentativ nicht gegenüber ihren LehrerInnen durchsetzen können. Die Ankündigung der NPD wie bereits während des Bundestagswahlkampfes 2005 die „Schulhof-CD" mit dem Titel „Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!" zu verteilen, sorgte für große Verunsicherung bei vielen LehrerInnen, auch wenn 2006 die CDs nur vor wenigen Schulen in Berlin tatsächlich verteilt wurden. Der Kampagne lagen verschiedene strategische Überlegungen zugrunde: Mit der Herabsetzung des Wahlalters für die Bezirksverordnetenwahlen auf 16 Jahre sah die NPD die Chance, diese jungen Menschen für sich zu gewinnen, da gerade sie eher empfänglich sind für „rebellische" Inhalte, die sich pauschal „gegen die da oben", die demokratischen Parteien und das gesamte System richten. Erreicht werden sollte, dass sich die Jugendlichen mit der NPD als einem „Opfer der Demokratie" identifizieren und sie als „wirkliche" Alternative zu den anderen Parteien wählen. Die Ergebnisse der im September 2006 kurz vor den Bezirksverordnetenwahlen durchgeführten „U-18 Wahlen" belegen, dass die NPD mit ihrer Kampagne um die Gunst der Jung- und ErstwählerInnen Erfolg hatte. Nach diesen Ergebnissen wäre sie in vier Bezirken viertstärkste, in Marzahn-Hellersdorf sogar zweitstärkste politische Kraft geworden und wäre in 7 Bezirksverordnetenversammlungen eingezogen. Für Gesamtberlin hätte weniger als ein Prozentpunkt zum Sprung ins Abgeordnetenhaus gefehlt.[5]

„Kampf um die Rathäuser": Die NPD drängt in öffentliche Räume

Ein weiteres Feld, in dem die NPD im Jahr 2006 die öffentliche Intervention erprobte, war der im Wahlkampf ausgerufene „Kampf um die Rathäuser". Die NPD versuchte dabei, Räumlichkeiten in Rathäusern oder bezirkseigenen Gebäuden im gesamten Stadtgebiet anzumieten, um darin Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten. Bei diesen Veranstaltungen war zum wiederholten Male die enge Verbindung der NPD zu den Kräften der „Freien Kameradschaften" klar erkennbar. KameradschaftsaktivistInnen besuchten nicht nur die Wahlkampfveranstaltungen der NPD, sondern schützten sie auch.

Mit ihrem *„Kampf um die Rathäuser"* wählte die NPD eine sehr offensive Strategie, um eine breite mediale und öffentliche Wahrnehmung zu erreichen. Die wiederholten Versuche der NPD, öffentliche Veranstaltungen in bezirkseigenen Räumlichkeiten durchzu-

führen, kann als Teil der rechtsextremen Normalisierungsbestrebungen interpretiert werden, d.h. als Versuch, sich der Berliner Bevölkerung als „normale“ und damit wählbare Partei zu präsentieren, die lediglich jene Rechte einfordert, die ihr als Partei zustehen. Durch Beharrlichkeit soll dabei, ähnlich wie bei der Durchführung von Aufmärschen im Rahmen des „Kampfes um die Straße“, ein Ermüdungseffekt bei den demokratischen Gegenkräften erzielt und somit eine schleichende Normalisierung rechtsextremer Präsenz im öffentlichen Raum erreicht werden.

Die Reaktionen der Bezirksverwaltungen auf diese Bestrebungen der NPD waren nicht einheitlich und führten, wenn auch ungewollt, in einigen Fällen zur Beschneidung der demokratischen Rechte aller Parteien. So wurden in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Spandau öffentliche Gebäude zu „wahlkampffreien Zonen“ und damit zu politikfreien Räumen erklärt. Derartige Reaktionen auf den Versuch der NPD, sich mittels formaljuristisch zustehender Rechte öffentlichen Raum zu nehmen, konnten von der NPD insofern als Erfolg gewertet werden, als sie es auf diese Weise geschafft hatte, dass die demokratischen Parteien sich selbst in ihren demokratischen Rechten einschränkten. Darüber hinaus konnte sich die NPD erneut als „Opfer demokratischer Willkür“ präsentieren. Positiv hervorzuheben ist, dass sich VertreterInnen aller demokratischen Parteien zu gemeinsamen Protesten gegen die Wahlkampfveranstaltungen der NPD in öffentlichen Gebäuden entschlossen, so z. B. am 16. August im Rathaus Schöneberg. Mit diesem gemeinsamen Auftreten konnte deutlich gemacht werden, dass in Berlin die Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes von den demokratischen Kräften als Problem erkannt und ernst genommen wird, und dass auch gemeinsam dagegen vorgegangen wird.

Für 2007 kündigte der NPD-Vorsitzende Eckart Bräuniger an, die Bemühungen um Veranstaltungen in bezirkseigenen und öffentlichen Gebäuden, noch zu verstärken. Dies ist ein Signal an die AnhängerInnen, aber auch eine Machtdemonstration gegenüber den DemokratInnen. Die von der NPD verfolgte Strategie, sich der Demokratie samt ihrer Rechte zu bedienen, um sich gegenüber den BürgerInnen als scheinbar normale, vor allem aber wählbare Partei in der Berliner Landschaft zu etablieren, wird damit fortgesetzt. Welchen Charakter derartige „öffentliche“ Veranstaltungen der NPD haben, ist spätestens seit dem 26. Februar 2007 klar geworden: Eine Veranstaltung der NPD-Fraktion im Rathaus Lichtenberg wurde ausschließlich von Angehörigen der rechtsextremen Szene besucht und von AktivistInnen des Kameradschaftsspektrums geschützt. Diese Veranstaltung, die offiziell zur Vorstellung der Arbeit der Lichtenberger NPD-Fraktion gedacht war, zeigt beispielhaft die rechtsextreme Besetzung eines öffentlichen Gebäudes.

Handlungsempfehlungen im Umgang mit öffentlichen Veranstaltungen von Rechtsextremen

Zunächst bleibt festzuhalten, dass es in der bezirklichen Öffentlichkeit in Berlin eine zunehmende Sensibilisierung für Bestrebungen der NPD gibt, den öffentlichen Raum für sich zu vereinnahmen. In diesem Zusammenhang ist die Verhinderung von NPD-Veranstaltungen durch die Berliner Bezirksämter als positives Zeichen zu werten.

Allerdings ist es darüber hinaus notwendig, mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln eine weitergehende juristische, aber auch inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Agieren und den Positionen der Rechtsextremen zu führen. Zudem müsste das bereits beschriebene, uneinheitliche Vorgehen im Umgang mit den Raumanfragen der NPD überwunden werden. Entscheidend ist ein *gemeinsames* und *einheitliches* Vorgehen der demokratischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es ist wichtig, dass die zivilgesellschaftlich-demokratische Öffentlichkeit in eine Auseinandersetzung mit den raumgreifenden Strategien der Rechtsextremen tritt. Der von der NPD intendierten Vereinnahmung und Besetzung des öffentlichen Raumes sollte offensiv begegnet werden – dafür bleibt das Untersagen jeglicher politischer Veranstaltungen als Antwort auf den „Kampf um die Rathäuser“ ungenügend, denn hier werden die freiheitlich-demokratischen Grundrechte aller eingeschränkt. Darüber hinaus wird der NPD auf diese Weise eine Steilvorlage gegeben, sich erneut als „Opfer der Systemparteien“ darzustellen. Um diesen vertrauten Selbstinszenierungen der NPD entgegenzuwirken, wäre es sinnvoll, zum Einen inhaltlich eine breite öffentliche Diskussion um den verfassungsfeindlichen und rechtsextremen Charakter der Partei anzustoßen, und zum Anderen auf dieser Grundlage alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um rechtsextreme Veranstaltungen zu unterbinden. So kann der Öffentlichkeit vermittelt werden, dass NPD-Veranstaltungen keine Normalität des parlamentarischen Betriebs sind, weil die extrem-rechten Inhalte dieser Partei gegen jeden demokratischen Konsens verstoßen. Die Bezirke sollten sich zutrauen, alle juristischen Mittel zu nutzen, um Veranstaltungen rechtsextremer Gruppierungen im öffentlichen Raum mit einer offensiv inhaltlichen Begründung zu verhindern.[6]

Der anlässlich des Berliner Wahlkampfes 2006 gegründete „Runde Tisch der Parteien“ hat sich zu diesen Formen der Auseinandersetzung eindeutig bekannt; diese Bestrebungen gilt es zu stärken und weiter auszubauen!

Mediale Berichterstattung

Die Medien haben umfassend über den Wahlkampf der NPD, die fast wöchentlichen Störversuche sowie von Übergriffen Berliner Rechtsextremer im Wahlkampf berichtet. Auch wenn diese Berichterstattung durchweg negativ ausfiel, ist es der NPD damit gelungen, das von ihr angestrebte, möglichst breite Medienecho zu erreichen. Die PressevertreterInnen bemühten sich bei der Berichterstattung insbesondere auch darum, Zusammenhänge zwischen dem NPD-Wahlkampf und militanten Störaktionen sowie Übergriffen darzustellen (selbst bei einer öffentlichen Wahlveranstaltung im Schöneberger Rathaus kam es zu einer Bedrohung seitens eines NPD-Mitgliedes gegenüber einem Fernsehteam des Rundfunks Berlin-Brandenburg). Angesichts des offensiven und z.T. aggressiven Vorgehens der Rechtsextremen dürfte dies zumindest jene Teile der potentiellen Wählerschaft abgeschreckt haben, die zwar aus Protest einer rechtsextremen Partei ihre Stimme geben würden, Gewalt in der politischen Auseinandersetzung aber ablehnen. Diese Erfahrungen aus dem vergangenen Wahlkampf unterstreichen die besondere Verantwortung der Medien zur Aufklärung über die menschenverachtende Programmatik der NPD und rechtsextreme Gewalt als deren logische, ideologie-immanente Konsequenz.

Der relative Wahlerfolg der NPD in Berlin ist daher vor allem auf die Stimmabgabe von „ÜberzeugungswählerInnen“ zurückzuführen – und nicht auf Protestwahlverhalten. Von überzeugten Rechtsextremen und AnhängerInnen der NPD wurde die hohe Aufmerksamkeit der Medien für die Übergriffe und ihre Folgen eher als Erfolg und als Indiz für die Stärke der NPD interpretiert und haben also eher zur Stimmabgabe *motiviert*. Zumindest gegenüber ihren AnhängerInnen ist es der NPD somit gelungen, sich selbst als „wehrhaftes Opfer“ zu stilisieren und das gewaltsame Vorgehen als Konsequenz demokratischer Ausgrenzung zu legitimieren. Gerade wegen des aggressiven, gewalt-akzeptierenden Vorgehens der NPD im Wahlkampf ist es ihr gelungen, ihre AnhängerInnen, vor allem in Ost-Berlin, zur Wahl zu mobilisieren. Hier zeigt sich das Dilemma, in dem sich Medien in ihrer Berichterstattung über Rechtsextremismus befinden. Jede Aufklärung über die NPD bedeutet auch, ihre Inhalte und ihre Position bekannter zu machen.



23.05.2006 / Berlin-Hellersdorf. Auf das Interkulturelle Projekt Babel e.V. wird ein Brandanschlag mit zwei Molotowcocktails verübt. An den Eingang wird mit schwarzer Teerfarbe ein etwa zwei mal zwei Meter großes Hakenkreuz und der Schriftzug „white power“ geschmiert. Foto: Jörg Möller

Ergebnisse der Wahl

Zwar gelang es der NPD nicht, wie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, ins Berliner Abgeordnetenhaus einzuziehen. Dafür ist sie jedoch inzwischen mit insgesamt neun Bezirksverordneten in vier Berliner Bezirken auf kommunaler Ebene vertreten. Die Republikaner sind mit einem Verordneten in die Pankower BVV eingezogen. Die NPD konnte im Vergleich zu den Wahlen im Jahre 2001 in Pankow, Lichtenberg, Neukölln, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf durchschnittlich 3 Prozentpunkte zulegen. Durch den Einzug in die BVVen hat die NPD regional eindeutig an Relevanz und Einfluss auf politische Diskurse gewonnen, und sie ist darüber hinaus in diesen Bezirken in der Lage, über kommunalpolitische Plattformen ihre rechtsextremen Positionen in weitere Teile der herkunftsdeutschen Bevölkerung zu tragen.

Es lässt sich bereits jetzt feststellen, dass der Wahlerfolg der NPD die Attraktivität der Partei in Berlin, vor allem aber das Selbstbewusstsein ihrer AktivistInnen und AnhängerInnen, weiter steigerte. Neben der finanziellen Absicherung der Arbeit in den Kreisverbänden gewährleistet der Einzug in die BVVen der NPD den Zugang zu bezirklichen Gremien/Ausschüssen und Informationen – insbesondere über kommunale Projekte und Aktionen gegen Rechtsextremismus, der ihnen bislang verwehrt war, sowie die Möglichkeit, während der kommenden fünf Jahre an öffentlichen Diskussionen zu kommunalen Themen teilzunehmen.

Eine weitere Folge des Wahlergebnisses und des Einzugs in die BVVen ist die Möglichkeit der NPD, ihren Status als „wählbare“ Partei nach dem aggressiv geführten Wahlkampf wieder zu verbessern. Durch das Aufgreifen scheinbar unideologischer Themen und Anfragen in den BVVen und Ausschüssen wird die Partei versuchen, sich als normale Partei zu etablieren und den Status als (noch) nicht verbotene Partei zu nutzen. Gleichzeitig muss die NPD aber weiterhin eine erhebliche Binnenwirkung in das gewaltbereite rechtsextreme Spektrum entfalten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht die NPD mittlerweile über alle Gräben und Spaltungen im rechtsextremen Lager hinweg als „Gravitationsfeld im Rechtsextremismus“. Mit sozialrevolutionären Thematiken, die mit antikapitalistischer Diktion vorgetragen werden, knüpft die NPD an weit verbreitete Ressentiments an („unten gegen oben“; „Volksgemeinschaft“ vs. demokratische Parteien/FinanzkapitalistInnen/ „Ausländer“/USA-Israel) und stellt den systemüberwindenden Charakter der parteieigenen Programmatik ins Zentrum ihrer Agitation. Auch dies könnte mittel- und langfristig zur Erschließung neuer Mobilisierungspotenziale für den (Berliner) Rechtsextremismus führen.

Wahlkampfunabhängige Interventionen im öffentlichen Raum

Ein Hauptaktionsfeld militanter Rechtsextremer ist die Androhung und Ausübung von Gewalt gegen wirkliche oder vermeintliche politische GegnerInnen im öffentlichen Raum. Auffällig viele Gewalttaten konnten – wie bereits im Jahr 2005 – in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Pankow festgestellt werden.[7] Dabei lässt sich ein regelrechtes „Revierverhalten“ der rechtsextremen GewalttäterInnen ausmachen. Es haben sich in Berlin manifeste Angsträume[8] etabliert, in denen gewaltbereite Rechtsextreme einem Dominanzstreben Ausdruck verleihen. Der von großer medialer Aufmerksamkeit begleitete Übergriff auf den PDS-Politiker Giyasettin Sayan vom 19. Mai 2006 fand, dieser Tendenz folgend, in einem seit langem bekannten Angstraum statt, dem Weitlingkiez in Berlin-Lichtenberg. Dieser wird von rechtsextremen KameradschaftsaktivistInnen als ihr „Revier“ betrachtet. Entsprechend versuchen die rechtsextremen GewalttäterInnen solche Sozialräume von Menschen freizuhalten, die aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, sexuellen Orientierung, politischen Haltung oder ihrer Zugehö-

rigkeit zu alternativen und nicht-rechten Jugendkulturen nicht in das rechtsextreme Weltbild passen. Eine Reihe weiterer Übergriffe während des Berliner Wahlkampfes lässt sich ebenso in diesen Kontext einordnen (s.o.) wie die Fortführung rechtsextremer Kampagnen gegen Jugendeinrichtungen, die sich eindeutig gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus positionieren. Eine neue Qualität rechtsextremer Gewalt zeichnet sich insofern ab, als bereits in 2005 und verstärkt in 2006 Stadtteile mit links-alternativem Image gezielt von Rechtsextremen aufgesucht wurden, um dort (vermeintlich) linke oder alternative Jugendliche und junge Erwachsene zu bedrohen und anzugreifen. Vor allem organisierte Rechtsextreme und Angehörige angebundener Szenen wie dem Hooligan-Milieu nutzen diese Stadtteile vermehrt als Ausflugsziel für gewalttätige und politisch zielgerichtete Freizeitaktivitäten. Während es in Bezirken wie Lichtenberg und Treptow-Köpenick darum geht, die relative sozialräumliche Dominanz zu erhalten und möglichst auszubauen, geht es in Stadtteilen wie Friedrichshain und Prenzlauer Berg neben dem Aktions- und Eventfaktor auch darum, die bestehende sozialräumliche Hegemonie linker und alternativer Kräfte zu brechen.

Dies ist Ausdruck eines gewachsenen rechtsextremen Selbstbewusstseins, dass sich zum einen auf die Wahlerfolge zurückführen lässt, zum anderen aber auch darauf, dass Rechtsextreme aufgrund ihrer Mimikry-Strategie immer seltener auch als solche erkannt werden und sich daher selbst in alternativ geprägten Wohnvierteln immer ungehinderter bewegen können.

Ausblick – Die NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen

Die Berliner NPD hat sich durch ihre intensive Kooperation mit dem aktionsorientierten Kameradschaftsspektrum, trotz der Schwäche der eigenen Parteistruktur, zu einem derzeit alternativlosen Machtfaktor innerhalb des Berliner Rechtsextremismus entwickelt. Durch ihren Einzug in vier Bezirksverordnetenversammlungen wird die NPD zusätzliche Außenwirkung entfalten. BVV-Verordnete der NPD nutzen die Versammlungen und Ausschüsse entweder für gezielte Provokationen und bemühen sich, Anliegen des Berliner Kameradschaftsspektrums aufzugreifen, oder sie versuchen sich in pragmatisch angelegter „Realpolitik“, d.h. sie greifen vermeintlich bürgernah Anliegen der kommunalen Öffentlichkeit auf und stellen scheinbar unideologisch Forderungen. Je nach Grad der politischen Erfahrung der NPD-Verordneten tun sie dies mehr oder weniger erfolgreich. Exemplarisch wird diese Doppelstrategie in der BVV-Fraktion der NPD in Lichtenberg umgesetzt, die einerseits über eine Verordnete verfügt, die sich um seriöses und bürgernahes Auftreten bemüht und genuines Interesse an Kommunalpolitik verkörpern kann und andererseits über einen in aktionsorientierte Zusammenhänge eingebundenen Verordneten, der glaubhaft die Anliegen und Themen von KameradschaftsaktivistInnen vertreten kann.

Ob die derzeitige Ausstrahlungskraft der NPD auf Rechtsextrem-Orientierte und aktionsorientierte Rechtsextreme weiter anhält, und vor allem, ob es der NPD gelingt, sich als wählbare und scheinbar demokratische Partei in den Köpfen der Berliner Bevölkerung zu etablieren, wird wesentlich davon abhängen, wie die demokratischen Parteien in den BVVen mit der NPD umgehen. Eine konsequente inhaltliche Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden und antidemokratischen Programmatik der NPD ist ebenso wie eine konsequente Abgrenzung von deren VertreterInnen Voraussetzung dafür, dass die NPD mit ihrer „Normalisierungsstrategie“ mittel- und langfristig erfolglos bleibt und der Spagat zwischen dem Auftreten als „völkischer Kummerkasten“ der Bezirksbevölkerung einerseits und der Zusammenarbeit mit gewalttätigen Rechtsextremisten andererseits zur Zerreißprobe wird. <<

Anmerkungen

1 Der Kreisverband Nord der NPD umfasst Reinickendorf, Wedding, Tegel und den Norden des Bezirks Mitte.
2 Zu den Interventionen der NPD in Heinersdorf siehe den Beitrag der Netzwerkstelle moskito in dieser Publikation, zu den weiteren Aktivitäten der NPD den Beitrag des apabiz.
3 Die DVU trat zu den Abgeordnetenhauswahlen gemäß Absprache nicht an. In den Bezirken gelangten insgesamt drei DVU-Mitglieder über die NPD-Listen in die BVVen.
4 Pressemitteilung des Bundesvorstandes der Junge Nationaldemokraten (JN), http://www.npd.de/Index.php?sek=0Âpfad_id=7Âtcmsint_id=1Âtdetail=34, eingesehen 13.02.2007
5 Amtliches Endergebnis (vorläufig) der „U-18 Wahlen“ in Berlin, in: http://ed95.s5.domainkunden.de/u18_auswertung/u18_backend/chart.asp?wahlkreis=Berlin, eingesehen am 16.03.2007
6 Die MBR entwickelte zum Umgang mit Raumanfragen seitens Rechtsextremer einen „Muster-Raumnutzungsvertrag“. Dieser könnte nach eingehender Prüfung durch die Rechtsämter zum Bestandteil eines berlinweit einheitlichen Maßnahmepakets im Umgang mit solchen Raumanfragen werden. Bezug über: info@mbr-berlin.de.
7 Siehe den Text und die Recherchen von Reach Out in dieser Publikation.
8 Angsträume sind Orte des (halb)öffentlichen Raumes, an denen potenzielle Opfer von Rechtsextremen Angst vor Bedrohung oder körperlicher Gewalt haben müssen, und die deshalb gar nicht oder mit Vorsicht und Angst betreten werden. Sie können über längere Zeit existieren – ein Beispiel hierfür ist der Lichtenberger Weitlingkiez – oder situativ und temporär bestehen. Vgl. dazu MBR 2004/2006.

Diskriminierung in Berlin

Aus der Mitte der Gesellschaft

Von Florencio Chicote (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB)

Im September 2004 begab sich der Schwarze Kreuzberger Herr A. in eine Kneipe in Berlin-Kreuzberg, um ein Fußballspiel zu sehen und ein Bier zu trinken. Die Angestellte weigerte sich, ihn zu bedienen, mit der Begründung, dass es sich um eine geschlossene Gesellschaft handele. Herrn A. war klar, dass dies ein Vorwand war. Er verließ zunächst das Lokal und sprach mit den Kunden, die draußen vor der Kneipe saßen. Diese bestätigten ihm, dass dies eine öffentliche Kneipe sei. Gemeinsam mit zwei anderen Kunden begab sich Herr A. erneut in die Kneipe, um sich zu beschweren. Wieder wies ihn die Tresenkraft an, das Lokal zu verlassen, mit der Begründung, dass es hier keinen Platz für ihn gäbe und benachrichtigte die Polizei. Herr A. erkannte, dass es sich hierbei um eine Diskriminierung aufgrund seiner Hautfarbe handelte. Die Polizei, die in der Zwischenzeit hinzukam, verwies Herrn A. erneut aus dem Lokal mit dem Hinweis auf das Hausrecht.

Herr A. zeigte die Tresenkraft wegen ihres beleidigenden Verhaltens an[1]

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) des TBB ist ein Projekt des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg und verfügt über eine spezialisierte Beratungsstelle, der Beratungsstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung, an die sich Menschen nichtdeutscher Herkunft sowie Schwarze Menschen wenden können, wenn sie aufgrund ihrer (zugeschriebenen) ethnischen Herkunft, Sprache, Hautfarbe, sexuellen Identität, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechtes, Alters und/oder einer Behinderung diskriminiert worden sind. Das Problemfeld der alltäglichen rassistischen (u.a.) Ungleichbehandlung und Ausgrenzung sowie die Rahmenbedingungen der Anti-Diskriminierungsarbeit werden vom ADNB beleuchtet.



25.05.2006 / Berlin-Charlottenburg. Bushaltestelle. Eine Frau malayischer Herkunft wird kurz nach Mitternacht an einer Bushaltestelle am Savignyplatz von einer Gruppe männlicher Jugendlicher rassistisch beleidigt. Einer aus der Gruppe läuft der Frau hinterher und gibt unverständliche, laute, grölende Töne von sich. Als der Ehemann indischer Herkunft den Täter fragt, ob er ein Problem habe, wird er unvermittelt und heftig mit beiden Händen an die Brust geschlagen, so dass er mit dem Hinterkopf auf den Boden fällt und sich zudem Schürfwunden an Ellbogen und Händen zuzieht. Zufällig hält an der roten Ampel ein Polizeiwagen. Als die Polizisten aussteigen, um den Vorfall aufzunehmen, flüchtet der Täter.
Foto: Jörg Möller

Der Fall von Herrn A. erregte im März 2006 nicht nur das Interesse der Lokalpresse, sondern auch des Bundestages, als dieser über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) debattierte. Dieser Fall macht noch mal deutlich, dass selbst an Orten wie dem multikulturellen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, in denen viele BerlinerInnen niemals eine Ungleichbehandlung vermuten würden, es dennoch zu diskriminierenden Handlungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes kommen kann. Am 24. März 2006 kam es zur strafrechtlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten. Die Richterin verurteilte dabei die Tresenkraft wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe.

Der Fall von Herrn A. ist kein Einzelfall. Wie die Ergebnisse der Umfrage des ADNB des TBB *Wie steht es mit Diskriminierung in Berlin?* und die Erfahrungen der *Beratungsstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* zeigen, erleben gerade in Berlin Menschen mit Migrationshintergrund und Schwarze Menschen neben der öffentlichen Verwaltung insbesondere beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Gütern Ungleichbehandlungen aufgrund ihrer (zugeschriebenen) ethnischen Herkunft und/oder Hautfarbe.

Jede Form der Diskriminierung ist eine Barriere, die den Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe versperrt. Betroffene verfügen meist bereits über eine eigene Biografie an Diskriminierungserfahrungen. Die angesammelten Erfahrungen, in denen die Betroffenen aufgrund persönlicher und unveränderlicher Merkmale, also Teilidentitäten, Ungleichbehandlung und psychische wenn nicht gar auch physische Gewalt erlebt haben, prägen ihre Sichtweise auf die Gesellschaft und das eigene Selbstwertgefühl.

Die Erfahrungen aus der *Beratungsstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung* des ADNB des TBB zeigen ferner, dass die Betroffenen auf ihre erlebte Diskriminierung mit der Entwicklung von Vermeidungsstrategien und Selbst-Ausgrenzungen reagieren. Eine gleichwertige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben findet nur eingeschränkt statt. Stattdessen macht sich Angst, Resignation und Rückzug breit. Es kommt

Rassistisches Bossing und Mobbing

Herr S. ist türkischer Herkunft, arbeitet seit vielen Jahren in einem Bauunternehmen und seit längerer Zeit wird er von Seiten des Gruppenführers und eines weiteren Kollegen mit ausländerfeindlichen Parolen wie „Neger“ und „stinkender Türke“ beleidigt. Er wird mit Sprüchen wie „warte mal die nächste Wahl ab, dann wirst du vergast“ und „wir wollen eine rein deutsche Kolonne“ konfrontiert und eingeschüchtert. Ferner berichtet Herr S., dass von seinem Kollegen im gemeinschaftlichen Bauwagen die Fotomontage eines betenden Muslims angebracht wurde, welcher von einer Ziege begattet wird. Herr S. fühlt sich aufgrund der Vorfälle in seiner Menschenwürde zutiefst verletzt. Mehrmals habe er die beiden Kollegen gebeten, die Anfeindungen zu unterlassen, jedoch ohne Erfolg. Ferner wendete er sich an den Betriebsrat. Auch das blieb ohne Erfolg.

Die verschiedenen und über längere Zeit andauernden Geschehnisse am Arbeitsplatz haben für Herrn S. ein rassistisches Klima geschaffen und blieben nicht ohne psychologische Folgen für ihn. Herr S. ist nun schon seit Monaten krank geschrieben und nicht arbeitsfähig.

Ein Beschwerdebrief des ADNB des TBB an die Geschäftsführung blieb unbeantwortet. Ein weiterer Brief an den Betriebsrat wird beantwortet mit dem Hinweis, die Vorfälle nicht zu kennen und die Anmerkung, dass die Kollegen die Geschehnisse abstreiten. Herr S. stellt Strafanzeige gegen die beiden Kollegen. Die Ermittlungsergebnisse stehen noch aus. Mit Unterstützung der BeraterInnen des ADNB wendet er sich an die Gewerkschaft, um gerichtlich gegen den Arbeitgeber vorzugehen[2]

zur Vermeidung bestimmter Orte, jeder Kontakt mit Beamtinnen oder Beamten löst Angst und Befürchtungen aus.

Wenngleich meist Diskriminierungen an Einzelbeispielen festgemacht werden, sind in der Summe stets bestimmte Gruppen davon betroffen. In der Einwanderungsstadt Berlin leben zahlreiche ethnische und kulturelle Minderheiten, die diese Stadt zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben. Diese Menschen zeichnen sich nicht nur durch ihre unterschiedliche Herkunft, sondern zusätzlich durch weitere Merkmale, wie u.a. Geschlecht, Hautfarbe, Aussehen, Sprache, Religion oder Weltanschauung, sexuelle Orientierung oder Identität, einer Behinderung und/ oder das Alter aus. In großen Bereichen werden diese Minderheiten jedoch weiterhin nicht als Teil dieser Gesellschaft wahrgenommen und behandelt. Sie werden als "anders", als "fremd", einfach als "nichtdeutsch" wahrgenommen, selbst wenn sie bereits seit mehreren Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft haben oder sogar als Deutsche geboren wurden. Sie erleben die verschiedensten Formen von Diskriminierung, sowohl durch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft als auch durch Angehörige anderer Minderheiten. Die von Diskriminierung Betroffenen verfügen in der Regel bereits über vielfältige Erfahrungen mit Diskriminierung, die mit Gefühlen von Ohnmacht und Resignation wenn nicht gar "Normalität" einhergehen, denn bislang gab es keine, insbesondere rechtlichen Möglichkeiten, um sich gegen die erlebte Ungleichbehandlung zur Wehr zu setzen.

Diskriminierung entspringt aus der Mitte der Gesellschaft

Bereits im Jahre 2003 veröffentlichte die EU-Kommission die Ergebnisse einer europaweiten Umfrage (Eurobarometer 57.0/Mai 2003) zu Diskriminierung unter den damaligen 15 Mitgliedstaaten. Ein Ergebnis war unter anderem, dass im europäischen Durchschnitt 82% der Befragten Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung, sexuellen Identität, des Alters, Geschlechtes oder einer Behinderung ablehnten, wobei Deutschland West dabei an letzter Stelle mit 68% aufgeführt worden ist. Bedeutet das im Rückschluss, dass ca. 1/3 der Bevölkerung Diskriminierung nicht ablehnt oder gar gut heißt?

Das ADNB des TBB interessierte sich daraufhin besonders für die Frage nach dem Erleben von Diskriminierung. So startete das ADNB des TBB im Jahr 2004 eine Fragebogen-Umfrage unter Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund (siehe: Antidiskriminierungsreport 2003-2005. Wie steht es mit Diskriminierung in Berlin?) mit Unterstützung des Migrationsrates Berlin-Brandenburg und dem Beauftragten für Integration und Migration des Senats von Berlin. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit 2006 vorgestellt.

Gefragt wurde nach Diskriminierungserfahrungen aufgrund der ethnischen Herkunft, Hautfarbe und Religion in den letzten vier Jahren in verschiedenen Lebensbereichen: Beim Zugang zu Dienstleistungen, Gütern, Wohnraum oder zur Arbeit, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, bei Ämtern und Behörden wie der Polizei, im Bereich Gesundheit und Bildung etc. Die Ergebnisse geben ein Stimmungsbild wieder, das den Grad an Lebensqualität unter den Befragten sowie an Akzeptanz in der Gesellschaft aus ihrer Wahrnehmung und ihrem Erleben aufzeigt.

Bezieht man den Diskriminierungsindikator[3] mit ein, erlebten



die Befragten im Durchschnitt in 45% der für sie relevanten Lebensbereiche eine Diskriminierung. Ein Drittel der Befragten hat dabei in fast allen der für sie relevanten Lebensbereiche mindestens eine Diskriminierung erfahren. Ferner geht aus den Ergebnissen hervor, dass insbesondere äußerliche Merkmale wie Hautfarbe oder Geschlecht das Erleben einer Diskriminierungssituation wahrscheinlicher machten.

Die meisten Befragten gaben an, in den letzten vier Jahren Diskriminierung am häufigsten im Bereich der Arbeitssuche erlebt zu haben, gefolgt von den öffentlichen Verkehrsmitteln und dem räumlichen Umfeld (alle über 50%). Am wenigsten wurden Diskriminierungen im Gesundheitsbereich erlebt. Nichtsdestotrotz liegen die anderen Bereiche zwischen 22% und 50%, und zeigen dadurch Problemlagen sowie einen dringenden gesellschaftlichen und politischen Handlungsbedarf auf.

Die weitere Betrachtung, differenziert nach Geschlecht, gibt nochmals einen tieferen Einblick in die Bereiche, in denen das Geschlecht eine Rolle zu spielen scheint. Unter den Befragten fühlten sich Männer durchschnittlich häufiger diskriminiert. Dabei scheint nach den Ergebnissen der Umfrage insbesondere in den Bereichen Freizeit, Polizei und Ausländerbehörde das Merkmal "männliches Geschlecht" und im Bereich Sozialamt das Merkmal "weibliches Geschlecht" eine wesentliche Rolle zu spielen.

Ein weiteres Ergebnis bezieht sich auf den Wohnort der Befragten und die Diskriminierungserfahrungen in den verschiedenen Bereichen. Hier ist festzustellen, dass gerade im Bereich des sozialen Nahraums Unterschiede zwischen Ost- und West-Bezirken bestehen. So wurden von den Befragten, die im Ostteil der Stadt (ohne die sog. Mischbezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg) wohnen, im sozialen Nahraum deutlich mehr Diskriminierungen erlebt.

Nur die Spitze eines Eisbergs: Erfahrungen der Beratungsstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung des ADNB des TBB

Die Erfahrungen aus der Beratungspraxis bestätigen die Ergebnisse der obigen Umfrage. Sie zeigen, dass Menschen (mit zugeschriebener) nicht-deutscher Herkunft in allen Bereichen des alltäglichen Lebens Diskriminierungen erleben können bzw. auch schon erlebt haben. Viele der Betroffenen geben an, Diskriminierung bereits als alltäglichen Zustand anzusehen und als solchen hinzunehmen. Diskriminierungserfahrungen werden dabei als "normal" betrachtet. Sie berichten in diesen Situationen von Gefühlen wie Hilflosigkeit, Scham, Wut, Würdeverlust verbunden mit Resignation und Ohnmacht.

In dem ersten *Antidiskriminierungsreport Berlin 2003-2005* dokumentiert die *Beratungsstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* des ADNB des TBB ihre Erfahrungen aus der Beratungspraxis mit einer statistischen Aufbereitung der eingegangenen Diskriminierungsmeldungen in diesem Zeitraum. Für Ende 2007 ist ein neuer *Antidiskriminierungsreport Berlin* geplant, der die Erfahrungen aus den beiden Jahren 2006 und 2007 aufzeigen und die eingegangenen Diskriminierungsmeldungen dokumentieren wird. Für das Jahr 2006 kann jedoch festgehalten werden, dass im Vergleich zu den Jahren davor, die gemeldeten Diskriminierungen leicht und die Zahl der von Diskriminierung Betroffenen erheblich zugenommen haben. Die Beratung erfolgte sowohl persönlich als auch schriftlich oder telefonisch. So gingen im Gesamtjahr 2006 insgesamt 53 Meldungen ein, mit einer Anzahl von insgesamt 87 Betroffenen. Von den 53 Anfragen wurden 44 als Diskriminierungsmeldungen in Berlin behandelt (78 Betroffene für Berlin: 59 männlich, 19 weiblich – 2005: 34 männlich, 15 weiblich), 5 weitere an andere Stellen im Bundesgebiet weitergeleitet, da sie keinen Berlinbezug hatten. Die anderen Meldungen ließen sich nicht an Betroffenen konkret festmachen, da sie von engagierten BürgerInnen gemeldet worden sind und die Öffentlichkeit an sich betrafen.

Schaut man sich die Meldungen konkreter an und kategorisiert sie nach Bereichen, so stand der Dienstleistungsbereich an erster Stelle mit der höchsten Anzahl an Meldungen, gefolgt von dem Bereich Bildung (insbesondere Schule), Arbeitplatz, Polizei, Nachbarschaft und Wohnungssuche. Bündelt man diese Bereiche nach Oberkategorien, so ergibt sich, dass die meisten Meldungen dem Bereich der öffentlichen Verwaltung zu zuzuordnen sind, gefolgt vom Dienstleistungsbereich, dem Gesamtbereich Arbeit und dem Wohnbereich. Hierbei ist insbesondere



14.01.2006 / Berlin-Friedrichshain. Vier Spanier werden auf der Warschauer Brücke von vier Neonazis in Richtung Warschauer Straße gejagt. Als andere Leute zur Hilfe kommen, werden auch diese attackiert und mit Steinen beworfen. Gleichzeitig kommen fünf weitere Neonazis zur Gruppe der Angreifer hinzu. Nach dem Angriff entfernt sich die Gruppe in Richtung Frankfurter Tor. Foto: Jörg Möller

auf eine Sammelbeschwerde von Inhaftierten mit Migrationshintergrund in der JVA zu verweisen.

Zu den Beratungssuchenden zählten Menschen türkischer, afrikanischer, arabischer, albanischer, peruanischer, vietnamesischer, chilenischer, kubanischer, amerikanischer, indischer, singhalesischer, pakistanischer und ägyptischer Herkunft sowie Schwarze EuropäerInnen. Neben der ethnischen Herkunft haben auch die Sprache, die Hautfarbe, das Geschlecht, eine Form von Behinderung, die sexuelle Identität und die Religion eine Rolle gespielt, sei es als ausschlaggebendes Merkmal oder im Sinne der Mehrfachdiskriminierung potenzierend. Festzustellen war auch ein vergleichsweise hoher Zuwachs insbesondere bei den männlichen Beratungssuchenden.

Viele Betroffene suchten die Beratungsstelle des ADNB des TBB in einem traumatisierten Zustand auf. Angst war durchweg vorhanden und wurde meist generalisiert, wodurch das Erlebte direkte negative Auswirkungen auf ihren Alltag und ihre gesellschaftliche Teilhabe hatte. Neben Vermeidungsstrategien beobachten die BeraterInnen bei den Betroffenen u.a. depressive Zustände, psychische Instabilitäten, Krankheit, Arbeitsausfall oder gar den Verlust der Arbeitsstelle.

Zum Aufsuchen der Beratungsstelle bzw. zur Meldung der erlebten Diskriminierung kam es in der Regel erst, wenn für die Betroffenen entweder etwas sehr Wichtiges und Existentielles auf dem Spiel stand, ein finanzieller Schaden drohte, physische Gewalt gegen sie angewendet wurde, die Polizei involviert war oder eine Anzeige bzw. polizeiliche Ermittlungen gegen die Betroffenen eingeleitet worden sind. Die Hürde, überhaupt etwas zu unternehmen und sich zu wehren, schien bei vielen sehr hoch zu liegen, während die Hoffnung, etwas gegen die erlebte Ungleichbehandlung tun zu können, als schwindend gering wahrgenommen wurde.

Ausblick: Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und seine Relevanz für Berlin

Am 18. August 2006 trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland kommt mit diesem Gesetz ihrer europarechtlichen Verpflichtung nach, vier von der EU verabschiedete Richtlinien gegen Diskriminierung umzusetzen. Deutschland wurde bereits vom Europäischen Gerichtshof wegen der nichtfristgerechten Umsetzung der beiden ersten EU-Richtlinien verurteilt. Zwar erhalten von Diskriminierung Betroffene nun ein Instrument in die Hand, um ihr Recht auf Gleichbehandlung einzuklagen, unabhängige Antidiskriminierungsstellen in Deutschland kritisieren jedoch an vielen Stellen das AGG entweder weil es weit hinter den EU-Richtlinien zurückbleibt oder die Sichtweise und das Interesse der Betroffenen zu wenig berücksichtigt.

Das AGG sieht beispielsweise vor, dass Menschen nicht-deutscher Herkunft auch zukünftig von Hausverwaltungen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden dürfen, um eine ausgewogene und sozial-kulturelle Mischung zu gewährleisten. Diese Ausnahme ist nicht durch die EU-Richtlinien abgedeckt. Im Gegenteil, gerade diese unterschiedliche Behandlung bei der Vermietung von Wohnraum stellt eine rassistische Diskriminierung dar, die nun durch das Gesetz legitimiert wird. Ferner müssen laut AGG Betroffene, um Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche geltend machen zu können, dies innerhalb von zwei Monaten tun. Doch weder ist diese Fristsetzung im Sinne der Betroffenen, noch ist sie konform mit den EU-Richtlinien, die eine Schlechterstellung des geltenden Rechtes verbietet – hier galten bisher 6 Monate. Zusätzlich steht diese zu knapp bemessene Frist dem eigentlichen Ziel des Gesetzes entgegen, vorrangig eine außergerichtliche Einigung anzustreben.

Auf ein breites Unverständnis stößt auch die Verwendung des Begriffs der „Rasse“ im AGG.

So heißt es schon in Paragraf 1 (Ziel des Gesetzes): „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“[4]

Die gesellschaftlichen Diskussionen sowie zahlreiche Medienbe-



richte zeigen, dass der Begriff undifferenziert und ohne jegliche Erklärung verwendet wird und den Glauben an die Existenz „menschlicher Rassen“ dadurch nur begünstigt. Auch die Vernachlässigung der Merkmale Staatsangehörigkeit und Sprache beim Diskriminierungsschutz, sowie der nicht nachvollziehbare, unterschiedliche Diskriminierungsschutz im zivilrechtlichen Teil, der klar zu einer Hierarchisierung der Diskriminierungsmerkmale beiträgt, sind zu kritisieren. Während im arbeitsrechtlichen Teil Diskriminierungen untersagt sind, wenn die diskriminierende Person nur ein Diskriminierungsmerkmal annimmt, muss im zivilrechtlichen Teil das Diskriminierungsmerkmal auch tatsächlich vorliegen. Diese Inkonsistenz stellt ein Einfallstor für Diskriminierung dar und verhindert einen effektiven Schutz für all jene, die aufgrund äußerlicher Merkmale bestimmten Gruppen zugeordnet werden. Ferner müssen Betroffene, um ihre Ansprüche durchzusetzen, selbst Indizien beweisen, die eine Benachteiligung aufgrund eines Diskriminierungsgrundes vermuten lassen. Die Erfahrungen aus der Beratungspraxis zeigen jedoch, dass sich die Diskriminierungssituationen in der Regel durch ein starkes Machtungleichgewicht zwischen Diskriminierenden und Diskriminierten auszeichnen, die sich auf die Beweisführung direkt auswirkt. Daher ist eine echte Beweislastumkehr zu fordern.

Das AGG stellt auch Berlin und seine Verwaltung vor neue Herausforderungen: Wie muss in Zukunft ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin handeln, wenn er oder sie von einem Jugendlichen mit Migrationshintergrund gerufen wird, dem der Zugang in einen Club oder eine Diskothek aufgrund seiner ethnischen Herkunft verwehrt wird, wenn doch das AGG über dem Hausrecht einzuordnen ist? Welche Maßnahmen wird die öffentliche Verwaltung ergreifen, um mittelbare bzw. indirekte Diskriminierungen aufzudecken, wenn es bisher noch keine statistische Datenerfassung der geschützten Merkmale gibt? Das sind nur einige Fragen, denen sich sowohl Politik, Verwaltung als auch die Berliner Einwanderungsgesellschaft in der kommenden Zeit stellen müssen. Ein solch umfassendes Gesetz wie das AGG kann seine sensibilisierende Kraft nur dann entfalten, wenn es von Maßnahmen begleitet wird, die die gesamte Gesellschaft gegen Diskriminierung mobilisieren und benachteiligten Gruppen die Partizipation auf gleicher Augenhöhe in der Gesellschaft ermöglichen.

Allzu oft wird rassistische Diskriminierung ausschließlich gleichgesetzt mit rassistischen, gewalttätigen Übergriffen auf MigrantInnen und Schwarze Menschen durch Rechtsextreme oder rechtsextrem orientierte Personen. Doch die Fallbeispiele wie auch die Umfrageergebnisse zeigen, dass Diskriminierung aus der Mitte der Gesellschaft hervorgeht und dass gewisse Vorurteilsstrukturen sowohl durch die Gesellschaft als auch die Betroffenen im alltäglichen Leben scheinbar als „normal“ betrachtet und hingenommen werden. Damit Antidiskriminierungsarbeit wirksam wird, um von Diskriminierung Betroffene auf ihrem Weg zur Gleichbehandlung zu unterstützen, bedarf es neben spezialisierten Beratungsangeboten eines gesellschaftlichen Klimas, das klar jegliche Formen von Diskriminierung ablehnt und Gleichbehandlung zu einem Leitprinzip macht. <<

Anmerkungen:

1 Das Fallbeispiel stammt aus der Broschüre ADNB des TBB (Hg.): Antidiskriminierungsreport Berlin 2003-2005. Wie steht es mit Diskriminierung in Berlin? Berlin 2006. S. 10.
2 Ebd., S. 19.
3 Addiert man die Diskriminierungserfahrungen aus allen Bereichen und teilt sie durch die gültigen Antworten (alle „ja“ und „nein“-Antworten), erhält man einen Diskriminierungsindikator, der die Stärke der Diskriminierung in den für eine befragte Person relevanten Bereichen misst.
4 http://bundesrecht.juris.de/agg/BJNR189710006. html, eingesehen am 16.04.2007



29.07.2006 / Berlin-Prenzlauer Berg. Ein Mann kamerunischer Herkunft wird auf dem Weg von der Diskothek „DT“ zum S-Bahnhof Greifswalder Straße aus einer zehn- bis zwölfköpfigen Gruppe heraus rassistisch beleidigt, zusammengeschlagen und getreten. Er erleidet schwerste Verletzungen am Kopf und muss wochenlang stationär im Krankenhaus.
Foto: Jörg Möller

Organisierter Rechtsextremismus in Berlin 2006

Wahlerfolg trotz Schwächen

Die Berliner rechtsextreme Szene ist 2006 in einer Entwicklung begriffen, die sich zwischen der Anbindung an die NPD und JN einerseits und der Auflösung von Kameradschaftsstrukturen mit gleichzeitig wachsender Straßengewalt anderseits abspielt. Dabei scheint sich die NPD trotz ihrem Mangel an aktiven Parteikadern für die bewegungsorientierten Neonazi- und Mischszenen derzeit als einzige übergreifende Struktur zu etablieren – schließlich hat sie sich in Berlin gegenüber dem gewaltbereiten Spektrum besonders weit geöffnet. Um den organisierten Rechtsextremismus und seine Aktivitäten zu betrachten, ist es ob der ständigen Veränderungen notwendig, sich an Gruppen, Orte und Namen von Einzelpersonen zu halten.

Vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)

Das Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt der Verein ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv und führt Bildungsveranstaltungen durch. Das apabiz liefert einen Überblick über die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus im vergangenen Jahr, in dem es vor allem um die bewegungsorientierte Neonaziszene und ihre Verbindungen aber auch Abgrenzungen zu NPD und JN geht.

Dass bestimmte Parteien, Gruppierungen, Netzwerke oder Medien dem politischen Rechtsextremismus zuzurechnen sind, mag in vielen Fällen unstrittig sein. Eine Übereinkunft, welche Organisationen insgesamt diesem Feld zuzurechnen sind, gibt es jedoch nicht einmal ansatzweise – weder in der Wissenschaft noch in der Politik. Noch unübersichtlicher wird die Eingrenzung jener Bereiche, die einem jugendkulturell geprägten, vorwiegend bewegungsorientierten Spektrum zugehören. Viele Akteure dieses Bereiches geben sich kein fixiertes Programm, obwohl sie sich deutlich einer politischen Agenda verpflichten. Manche BeobachterInnen des Rechtsextremismus neigen dazu, diesen Begriff selber politisch zu missbrauchen. Diese Tendenz erhöht die Schwierigkeiten bei einer genauen Analyse.[1] Ein Bericht wie der vorliegende muss daher seinen Blickwinkel und die zugrunde gelegten Definitionen verdeutlichen: was verstehen wir unter ‚rechtsextrem' – und was unter ‚organisiert'?[2]

Theoretische Grundlage unserer Arbeit sind die aktuellen Ergebnisse der Rechtsextremismus-Forschung. Eine Gruppe namhafter SozialwissenschaftlerInnen hat 2006 folgenden Definitionsversuch als Konsens vorgeschlagen: "Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen."[3]

Für die Arbeit über rechtsextreme Organisationen und Milieus benutzen wir einen Arbeitsbegriff, dessen Eckpunkte wir schon im Handbuch Deutscher Rechtsextremismus 1996 formulierten.[4] Im Kern plädieren wir:

> erstens für die deutliche Unterscheidung zwischen rechtsextremen und neonazistischen Organisationen. Beide teilen weitestgehend die gleichen ideologischen Grundlagen, bei letzteren kommt ein offener, positiver Bezug zum Nationalsozialismus hinzu und/oder ein militantes Agieren mit dem Ziel, ein faschistisches Regime zu errichten und

> zweitens für die deutliche Unterscheidung zwischen rechtsextremen Gruppierungen einerseits und denjenigen national- bzw. rechtskonservativen Gruppierungen andererseits, die eine deutliche Sympathie zu rechtsextremen Inhalten aufweisen.

25.05.2006 / Berlin-Zehlendorf. Ein Mann, der eindeutig als Rechter zu erkennen ist, uriniert an die Mauer eines Gartenlokales. Von den Gästen wird er aufgefordert, dies sein zu lassen, was er nicht tut. Auch als der Besitzer des Lokals ihn auffordert sich zu entfernen, folgt er nicht dieser Aufforderung, sondern beleidigt, unterstützt von seinen Freunden und Freundinnen, den Besitzer und die Gäste rassistisch. Einer Familie, die das Lokal fluchtartig verlassen will, wird von den Angreifern der Weg versperrt. Die inzwischen eingetroffene Polizei nimmt ausschließlich die Aussagen der Provokateure entgegen. Die Sichtweise der Geschädigten wird nicht zur Kenntnis genommen. Im Gegenteil: der Besitzer des Lokals wird von den Polizisten angegriffen. Erst nach einer Drohung, diesen Vorfall in die Presse zu bringen, lassen die Polizisten ihn los. Ein Angestellter des Lokals wird in Handschellen gelegt und dabei verletzt. Auch ihm und den Gästen wird keine Gelegenheit gegeben, den Sachverhalt zu schildern. Foto: Jörg Möller



Ihre politische Arbeit ist dann relevant, wenn politisch-ideologisch und/oder strukturell Berührungspunkte zum Rechtsextremismus bestehen, ohne dass die Organisationen selbst als rechtsextrem zu qualifizieren wären.

Politische Organisierung ist ein Prozess, in dem sich Menschen bewusst und gewollt zusammenschließen, um bestimmte Vorstellungen und Ziele im gesellschaftlichen oder politischen Bereich durch- bzw. umzusetzen. Dieser Prozess umfasst mehr als eine formale Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Partei. Die nach außen hin lose erscheinenden Netzwerke der Kameradschafts- und Rechtsrock-Szene(n) weisen in ihrem Inneren zum Teil einen hohen Grad der Organisierung auf. Sie verfügen über gewachsene, arbeitsteilige und verdeckte Kommunikations- und Mobilisierungssysteme und sind darüber insbesondere in der Lage, selbst illegale Tonträger und Schriften in hoher Stückzahl zu produzieren und zu verbreiten sowie hunderte von Personen zu konspirativen Konzerten zu schleusen.

Berechtigterweise hat daher auch der Begriff der sozialen oder politischen Bewegung für die Beschreibung der dynamischsten Teile des bundesdeutschen Rechtsextremismus immer mehr Raum bekommen. Der Begriff der „politischen Bewegung“ versucht ein Spektrum zu fassen, dessen Akteure sich in unterschiedlichem Grad und mit unterschiedlicher Intensität einem gemeinsamen politischen Projekt verschreiben. Die Beziehungen untereinander sind dabei nicht, wie z. B. in Parteien, durch straffe formale Regeln bestimmt. Für „die gemeinsame Sache“ einzutreten, vereint.
Die Untersuchung und Darstellung rechtsextremer Organisationen alleine stellt immer nur einen kleinen Teil des gesellschaftlichen Phänomens „Rechtsextremismus“ dar. Sie sollte nach unserer Auffassung jedoch immer anderen Untersuchungsfeldern beiseite gestellt werden. Sie kann sich immerhin auf die vergleichsweise „harten Fakten“ der Primärquellen stützen, auch wenn diese Selbstzeugnisse unbedingt einer kritischen Würdigung bedürfen.

Der organisierte Rechtsextremismus in Berlin 2006 – einige zusammenfassende Thesen

In Bezug auf die Anzahl der Organisationen als auch die Zahl ihrer Anhängerschaft ist die Landschaft des Rechtsextremismus in Berlin in den vergangenen Jahren auffallend stabil. Selbst wenn es vor allem im Bereich der Kameradschaftsszene häufig zu Umbenennungen und vorgeblichen Neugründungen kommt, bleibt der Kern der aktiven Kader identisch. Dies verweist auf das erste wesentliche Defizit des Berliner Rechtsextremismus: *die Organisationen verfügen alle nur über eine dünne Schicht an Führungspersonal und aktiven Kadern*. Die maßgeblichen Veränderungen innerhalb dieses Spektrum zu beschreiben, bedeutet daher oft, die Bewegungen der verschiedenen Akteure untereinander und zueinander zu verdeutlichen.

Eine zweite Besonderheit in Berlin ist die vergleichsweise offene *Dominanz der neonazistischen Kräfte innerhalb des organisierten Rechtsextremismus*. Der Berliner Landesverband der NPD hat – auch 2006 – als einzige Kraft des Rechtsextremismus eine aktive Rolle gespielt und dieser ist seit Jahren schon mehrheitlich durch neonazistisch orientierte Personen dominiert. Andere rechtsextreme oder national- oder rechtskonservative, in Berlin in der Vergangenheit vor allem auch nationalliberale Personenkreise haben aktuell keine Ausstrahlungskraft oder gar ein organisatorisches Zentrum.
Die Erfolge der Berliner NPD im vergangenen Wahljahr sind dabei unter zwei Aspekten zu sehen: einerseits profitiert sie ganz maßgeblich von ihrem allgemeinen Bekanntheitsgrad und von Erfolgen in anderen Bundesländern. Andererseits ist sie bisher kaum oder gar nicht kommunal verankert. Sie verfügt weder über die Mitgliederbasis noch über ein Führungspersonal, das sich als fähig erwiesen hat, lokale Repräsentanz aufzubauen (siehe die NPD in Heinersdorf). *Der Berliner Rechtsextremismus verfügt nach wie vor nicht über integrierende Persönlichkeiten, die für eine populistische Variante des Rechtsextremismus notwendig wären.* Die Erfolge sind *momentan* keine Erfolge einer Berlin-spezifischen Politik.
Die neonazistische Kameradschaftsszene hat keine erfolgreichen Projekte oder Strukturen vorzuweisen. Eine starke polizeiliche Repression und politische Perspektivlosigkeit hat zum Zusammenbruch der wichtigeren Kameradschaften geführt. Die Reste der Szene ergehen sich in gewalttätigem Aktionismus und/oder haben sich der NPD angenähert.

Der parteiförmige Rechtsextremismus

Die führende Kraft in der rechtsextremen Parteienlandschaft ist der Berliner Landesverband der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)[5]. Sowohl Die Republikaner (REP) als auch die Deutsche Volksunion (DVU) fristen in der öffentlichen Wahrnehmung nur ein Randdasein. Durch die Wahlabsprachen zur



25.05.2006 / Berlin-Kreuzberg, U-Bahnhof Hallesches Tor. Ein 31-jähriger Mann libanesischer Herkunft wird aus einer Gruppe von neun Männern rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen.
Foto: Jörg Möller

Zweitstimmenanteil der rechtsextremen Parteien zur Abgeordnetenhauswahl Berlin 2006: NPD 2,6%. REP 0,9%. Offensive D 0,1%.

Wahlbezirk	NPD	REP	BVV-Status	BVV-Abgeordnete
Mitte		2,4	/	
Friedrichshain-Kreuzberg		1,6	/	
Pankow		3,1	1 Abg.	Michael Rauschenbach
Spandau		2,3	/	
Steglitz-Zehlendorf		1,5		
Tempelhof-Schöneberg	2,1		/	
Neukölln	3,9		2	Thomas Vierk Jan Sturm
Treptow-Köpenick	5,3		3 Abg. (Fraktion)	Udo Voigt Eckart Bräuniger Fritz Liebenow
Marzahn-Hellersdorf	6,4		3 Abg. (Fraktion)	Wolfgang Chieduch Karl-Heinz Burkhardt Matthias Wichmann
Reinickendorf		2,5	/	
Lichtenberg	6,0		3 Abg. (Fraktion)	Manuela Tönhardt Jörg Hähnel Torsten Meyer

Bezirksverordnetenwahl sind jedoch erstmals alle drei rechtsextremen Parteien in Berlins Bezirksversammlungen vertreten. Das täuscht über die zum Teil erheblichen strukturellen Probleme dieser Parteien hinweg.

Personell ist die NPD nach wie vor schlecht aufgestellt. Sie verfügt im Gegensatz zu den Landesverbänden in anderen Bundesländern kaum über erfahrene oder „vorzeigbare“ Kader. Die NPD-Führungspersonen in Berlin bewegen sich sehr nahe an der militanten und offen neonazistisch auftretenden Kameradschaftsszene.
Auch der Berliner NPD-Vorsitzende Eckart Bräuniger ist alles andere als ein Beispiel für praktizierte Bürgernähe. Weder entspricht er dem Bild eines „Saubermannes“ noch ist er in der Bevölkerung verankert. Ähnliches gilt für das Personal der NPD in den Bezirksverbänden. Zu den BVV-Wahlen traten beliebige NPD-Kader oder bisher überwiegend unbekannte und farblose NachwuchsaktivistInnen an.[6] Das stand jedoch dem Wahlerfolg 2006 nicht im Wege. Dies legt den Schluss nahe, dass die NPD als Milieupartei *wegen* der sichtbaren Affinität zu militanten Neonazis und deren Gewalttätigkeit als einzige wählbare Option wahrgenommen wird.
Die Schwächen des Berliner Landesverbandes dürften der Bundespartei Sorge bereiten, die die Eroberung der „Reichshauptstadt“ Berlin[7] als bedeutendes strategisches Ziel sieht. Die Bundesführung unterstützt dabei den Kurs der Berliner KameradInnen sowohl personell als auch symbolisch: Im November wurde erstmals ein Bundesparteitag der NPD in Berlin abgehalten. Im Bundesvorstand der Partei sind die BerlinerInnen mit ihrer engeren Führungsriege vertreten.[8]
Das gesamte Jahr 2006 ordnete der Berliner Landesverband der NPD dem bevorstehenden Wahlkampf unter. Jenseits des Wahlkampfes waren in der ersten Jahreshälfte kaum größere Aktivitäten der NPD in Berlin zu beobachten.

Große öffentliche Resonanz fand ein im Februar vom neugegründeten Stützpunkt Neukölln der Jungen Nationaldemokraten (JN) verteiltes Flugblatt, in dem angekündigt wurde, dass die JN künftig mit uniformierten „Kiezstreifen“ in einer Rudower Siedlung vor „Kinderschändern“ schützen wolle. Geplant waren unter anderem Ausweiskontrollen bei Männern, die auf Spielplätzen alleine mit kleinen Kindern unterwegs sind. Nach einem großen Medienecho erließ der Berliner Innensenat ein Verbot dieser Aktion.[9]
Im März trat die NPD mit zwei Kleinstaufmärschen an die Öffentlichkeit: Am 18. März wurde am S-Bahnhof Westend unter dem Motto „Keine Pariser Zustände in Berlin – Berlin ist eine deutsche Stadt“ demonstriert und ein Wochenende später in Köpenick gegen den Rot-roten Senat. Beide Aufmärsche wurden dabei ausschließlich vom engsten Umfeld der Berliner Szene besucht und hatten mit jeweils unter 100 TeilnehmerInnen so gut wie keine Außenwirkung und werden auch parteiintern sicher nicht als Erfolg eingestuft.
Im Frühjahr 2006 versuchte sich die NPD an der rassistisch konnotierten Kampagne einer Heinersdorfer Bürgerbewegung zu beteiligen und zusammen mit dieser gegen einen Moscheeneubau in Berlin-Pankow mobil zu machen.[10]
Ende März erschienen mehrere Anhänger der NPD bei einer öffentlichen Bürgerversammlung und probten ihre Strategie der Wortergreifung,[11] die im Verlauf des Jahres noch öfter zum Einsatz kam. Der erhoffte Schulterschluss mit der Heinersdorfer Bevölkerung blieb allerdings aus. Dass dieses Thema von der NPD nicht

erfolgreicher ausgeschlachtet werden konnte, hatte seine Ursachen sowohl in der personellen Schwäche der NPD vor Ort als auch in dem Auftreten der Bürgerinitiative, die an sich kaum noch einen Argumentationsspielraum nach rechts offen ließ. Alle NPD-Aktionen mussten mangels eigener Basis von AktivistInnen aus der Kameradschaftsszene unterstützt werden, die sich jedoch mehr als Bürgerschreck gefielen.

Der Wahlkampf der NPD

Ab dem Juni standen die Zeichen für die NPD auf Wahlkampf.[12] Abgesehen von diversen Infoständen in den Bezirken, in denen die NPD antrat, kam es dabei zu wenig spektakulären Aktionen. Auffallend waren lediglich die Versuche, Veranstaltungen der anderen Parteien mit Wortergreifungen zu stören und zu dominieren. Die gesamte Kampagne wirkte dabei eher unmotiviert und wenig bis gar nicht auf Berlin oder die bezirklichen Gegebenheiten zugeschnitten. So wurde immer noch gegen die Hartz IV-Reformen plakatiert und zum Teil mit Plakaten aus anderen Wahlkämpfen geworben. Die Tatsache, dass der NPD nur bei den kommunalen BVV-Wahlen eine realistische Chance eingeräumt wurde, spiegelte sich inhaltlich in der Wahlkampagne kaum wider.

Den gesamten Wahlkampf konnte die NPD nicht ohne die Unterstützung der Kameradschaftsszene durchführen. Diese waren am Rande des Wahlkampfes für eine Serie von Übergriffen auf politische Gegner verantwortlich, die die Berichterstattung über den Wahlkampf der NPD wochenlang dominierte. Einer der Höhepunkte dieser Eskalation war der Überfall auf einen Stand der PDS.Linkspartei in Rudow im Beisein einiger JournalistInnen und der nächtliche Angriff auf einen Politiker der PDS.Linkspartei im Lichtenberger Weitlingkiez. Trotz der durchgehend negativen Medienberichterstattung schaffte die NPD den Einzug in vier BVVen und konnte die Wahl als Erfolg verbuchen.

In Berlin gewann die NPD vor allem im Osten der Stadt fast flächendeckend über 5% der Stimmen und schaffte damit recht mühelos den Sprung in alle Bezirksverordnetenversammlungen, zu deren Wahl sie mit einer eigenen Liste angetreten war. Von der auf 3% herabgesenkten Sperrklausel profitierte die NPD nur im Westberliner Bezirk Neukölln.[13]

Die Jungen Nationaldemokraten: Scharnier zur Kameradschaftsszene

Nachdem es viele Jahre lang keine erwähnenswerten JN-Strukturen in Berlin gab, setzte sich vergangenes Jahr ein Trend fort, der bereits Ende 2005 mit der überraschenden Wahl des Berliner Kameradschaftsaktivisten Markus Loszczinsky in den Bundesvorstand der JN eingeleitet wurde. Einzelpersonen aus der Kameradschaftsszene stärkten durch ihren Eintritt die Berliner JN, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Berliner Landesverband der NPD ausübt. Trotzdem verfügt die JN in Berlin nicht über einen nennenswerten Mitgliederstamm. Im bundesweiten Vergleich ist die Irrelevanz der Berliner JN deutlich sichtbar. Von den insgesamt drei Stützpunkten (Neukölln, Treptow-Köpenick und Pankow) trat 2006 nur der in Neukölln einmal öffentlich in Erscheinung (siehe oben).

Die Nähe der NPD/JN zur Kameradschaftsszene drückt sich auch im sogenannten Koordinations-(KO-)Treffen der Berliner Neonaziszene aus. Dieser sich regelmäßig treffende Delegiertenkreis soll unter Beteiligung aller relevanten Gruppen die Neonaziaktivitäten koordinieren und Kampagnen abstimmen. An diesem Treffen nahm die NPD von Beginn an teil und stellte mitunter sogar die eigenen Räumlichkeiten zur Verfügung. Neben der Planung von Aufmärschen waren immer wieder auch Schulungen der Kameradschaftsszene Thema dieser Treffen. Die NPD machte hier diverse Angebote. So schulte Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt während eines dieser Treffen die Anwesenden zu Rechtsfragen.

Der einzige größere Aufmarsch im Jahr 2006 dürfte zu einem nicht geringen Teil auf diese Zusammenarbeit zurückzuführen sein. Am 21. Oktober meldete die NPD eine Demonstration zur JVA Tegel an, um für die Freilassung des Sängers der Band Landser, Michael Regener, zu demonstrieren. Etwa 1000 Neonazis aus mehreren Bundesländern folgten diesem Aufruf. Während einer Zwischenkundgebung spielten drei Bands Live-Musik.[15]

Diese Akzentsetzung zeigt deutlich, welche Schwerpunkte der Berliner Landesverband im Gegensatz zu anderen Landesverbänden setzt: Nähe zum militanten Neonazismus statt Bürgernähe. Auch der mittlerweile jährlich im Dezember stattfindende Aufmarsch im Berliner Südosten, bei dem ein „nationales Jugendzentrum“ gefordert wird, fand diesmal mit offizieller Beteiligung der NPD statt. So war Udo Voigt Hauptredner der Veranstaltung, die von Kameradschaftsaktivisten angemeldet und durchgeführt wurde. Für das Jahr 2007 hat die Partei die bundesweite Organisation dieses Aufmarsches angekündigt.

Die Berliner Kameradschaftsszene

In der neonazistischen Kameradschaftsszene setzten sich die Auflösungserscheinungen aus dem Jahr 2005 auch im vergangenen Jahr weiter fort. Dazu trugen neben dem hohen Repressionsdruck maßgeblich auch der Ausstieg einiger führender Mitglieder sowie ein Mangel an Perspektive bei. Ende des Jahres 2006 waren in Berlin nur noch zwei Kameradschaften wahrnehmbar: je eine in Pankow und in Rudow. Die Berliner Kameradschaften, die bisher schon kaum eine Rolle in bundesweiten Kampagnen und Diskussionen spielten, gerieten 2006 in die Bedeutungslosigkeit. Dennoch ist der Aktionismus einzelner Mitglieder aus diesem Spektrum nach wie vor hoch: das zeigt sich an der hohen Zahl an Gewalttaten, an denen AktivistInnen aus der Kameradschaftsszene beteiligt waren.[16]

Auch wenn die Kameradschaftsszene 2006 sicherlich den bisherigen Tiefpunkt ihres Organisierungsstandes erreicht hat und auf eigene Akzente wie Demonstrationen oder andere offensive Aktionen fast vollständig verzichtet hat, ist die Gefahr, Opfer eines gewalttätigen Übergriffes aus diesem Spektrum zu werden, eher gestiegen. Die politische Bedeutungslosigkeit kompensieren die Reste der Kameradschaftsszene durch einen gewalttätigen Aktionismus, in dem sie sich von keinerlei Strukturen kontrollieren lassen. Die zahlenmäßig recht große Berliner Neonaziszene ist immer noch in der Lage, ein hohes Maß an Straßengewalt zu entwickeln und bestimmte Gebiete wie den Lichtenberger Weitlingkiez auch zeitweilig zu dominieren und Angsträume zu erzeugen. Der sichtbare Niedergang der Kameradschaftsszene begann mit der Auflösung der hiesigen Sekti-

on des Märkischen Heimatschutzes (MHS). Nachdem das führende Mitglied Gabriel Landgraf schon Ende 2005 der Organisation den Rücken kehrte und dies öffentlich verkündete, schmiss die Berliner Gruppierung das Handtuch und löste sich kurzerhand auf. Kurz nach der Berliner Gruppe löste sich dann im November 2006 auch die Brandenburger Sektion und damit die Kerngruppe des MHS nach knapp fünf Jahren offiziell auf.[17]
Ähnliche Probleme hatte die Kameradschaft Tor (KS Tor), die trotz des Verbotes im Jahre 2005 noch bis Anfang 2006 Aktivitäten zeigte. Hier verstärkte gleich zu Anfang des Jahres eine großangelegte Razzia wegen der Weiterführung der verbotenen Organisation den Repressionsdruck. Im April des Jahres begann die in der KS Tor führende Aktivistin Rieke Herder der Szene den Rücken zu kehren, was Ende des Jahres in ihrem Ausstieg mündete. Des weiteren musste sich eine große Anzahl von AktivistInnen dieses Spektrums wegen verschiedener Gewalttaten und Anschlägen vor Gericht verantworten. Die Prozesse endeten mit der Inhaftierung mehrerer Neonazis.

Das gesamte Jahr 2006 waren die Mitglieder der ehemaligen Kameradschaft Tor an keiner politischen Kampagne beteiligt. Einzig wahrnehmbare politische Erscheinungsformen aus diesem Spektrum waren diverse Plakat- und Aufkleberaktionen zum Gedenken an die SA-Kultfigur Horst Wessel. Die Kameradschaft fiel hauptsächlich durch Straßengewalt und Sachbeschädigungen auf. Der Kernbereich dieser Aktionen war der Lichtenberger Weitlingkiez.

VNNO und ANB

In Berlin-Pankow existieren noch Reste von organisierten Kameradschaftsaktivitäten. Hier sind es die bis zu zehn AktivistInnen der Kameradschaft Vereinigte Nationalisten Nordost (VNNO), die 2006 weiter eine gewisse Präsenz zeigten. Beispielsweise erschienen sie mit eigenen Transparenten auf Demonstrationen und versuchten gemeinsam mit dem Stützpunkt Nord-Ost der Berliner JN, in die Mobilisierungen gegen den Moscheebau in Pankow-Heinersdorf einzugreifen. Die große Nähe zur NPD fällt in der Pankower Kameradschaftsszene besonders stark auf: der Anführer der VNNO, Jörg Hähnel, sitzt auch in der Lichtenberger BVV und ist Kreisverbandsleiter der NPD-Pankow. Da er durch seine Ämter in der NPD offenbar ausreichend beschäftigt ist, ließ er das Engagement bei den VVNO schleifen, was zu einem merklichen Rückgang von deren Aktivitäten führte.

Neben Pankow ist der Neuköllner Stadtteil Rudow die einzige Region in Berlin, in der zumindest Ansätze von organisiertem Handeln der Kameradschaftsszene erkennbar waren. Bemerkenswert an der Rudower Kameradschaftsszene ist, dass sie die einzige Berliner Struktur ist, die in einem signifikanten Ausmaß Nachwuchs rekrutieren konnte. So scharen sich hier ungefähr ein Dutzend Jungnazis um zwei Aktivisten.[18] Die Gruppierung tritt unter verschiedenen Namen in der Öffentlichkeit auf und benutzt bei Schmierereien und Plakataktionen das einstmals Berlin-weit verwendete Label Autonome Nationalisten Berlin (ANB). Die ehemals sehr aktive Kameradschaftsszene in Berlin-Treptow unter der Führung von René Bethage war 2006 kaum noch aktiv. Viele ehemalige AktivistInnen haben ihren Aktionsradius in andere Bezirke verlegt oder organisieren sich unter dem Dach der JN.

Die Berliner Rechtsrock- und Rockerszene

Neben den bekannten Organisationsstrukturen von Parteien und Kameradschaften haben sich in den letzten Jahren Netzwerke herausgebildet, in denen sich neonazistische Einzelpersonen und Mitglieder verschiedener Subkulturen gemeinsam betätigen. Diese Netzwerke im Rocker- und Hooliganmilieu orientieren sich sowohl an den Freizeitinteressen als auch an den teilweise ausgeprägten kommerziellen Interessen der Beteiligten. Der Grad der ideologischen Motivation der Mitglieder dieser Subkulturen ist sehr unterschiedlich.[19] Die betroffenen Subkulturen berufen sich meistens darauf, dass ihnen die ideologischen Präferenzen ihrer Mitglieder gleichgültig sind.[20] Deshalb verhallen öffentliche Hinweise auf neonazistische Einflüsse in diesen Szenen überwiegend folgenlos.

Typischerweise sind die Strukturen dieser Szenen für die ideologisch motivierte Neonaziszene nur mit Abstrichen nutzbar. Zu sehr stehen hier die Erzielung von kommerziellen Erfolgen und die Bedürfnisse der diversen Subkulturen im Vordergrund. Allerdings ist dieser Bereich aufgrund seiner jugendkulturellen Prägung besonders für rechts orientierte Jugendliche attraktiv. Zuletzt geht auch immer ein Teil der verübten Gewalttaten mit rechtsextremer Motivation auf das Konto von AnhängerInnen dieser Szenen.

Bikerszene: Gremium MC

Vor allem die Berliner Rechtsrock-Szene ist personell und strukturell aufs Engste mit dem Rocker-Milieu verbunden. Ihre Protagonisten schrecken bei internen Fehden auch vor schweren Gewalttaten nicht zurück, wie die Ereignisse um Alexander Bahls zeigen (siehe unten). Ein Personenzusammenschluss aus verschiedenen Protagonisten des Rechtsrockmilieus und den Rockern des Gremium MC Berlin war im Jahr 2006 in Berlin besonders auffällig. Der europaweit aktive Rockerclub hatte 2006 den Club Asgard in Berlin-Marzahn übernommen und als Clubhaus umgebaut.[21] Auch nach dem Umbau fanden dort bis mindestens März 2006 weiterhin Konzerte statt. Betreiber des Club Asgard bereits seit Juli 2002 war der als Neonazi und Rechtsrock-Aktivist einschlägig bekannte Lars Burmeister, der auch Mitglied beim MC Gremium ist.[22] Als diese Verbindungen Mitte des Jahres öffentlich wurden, wurde der Club Asgard nicht mehr offiziell als Anschrift von Gremium MC geführt. Ebenfalls 2006 eröffneten zwei Tattooläden mit eindeutig ex-



26.05.2006 / Berlin Wedding. S-Bahnhof Gesundbrunnen. Ein Mann aus Guinea wird von einem 38-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einem Feuerwerkskörper beworfen. Foto: Jörg Möller

trem rechten Hintergrund in Marzahn und Treptow, die sich beide mit Emblemen des Gremium MC schmückten.

Fußball: BFC Dynamo

In Berlin fällt die aktive Fanszene um den Berliner Fußballclub (BFC) Dynamo immer wieder durch rassistische Aus- und Überfälle und ihre Zusammenarbeit mit der rechten Szene auf. Insbesondere das ehemalige BFC-Vorstandsmitglied André Sommer betreibt seine kommerziellen Aktivitäten immer wieder an der Schnittstelle zwischen der Hooligan-Szene und extrem rechten Strukturen. Er verfügt über Einfluss innerhalb des Vereins bis in die Führung hinein. Der Geschäftsmann Sommer hält die Rechte am Logo des Vereins und besitzt in Berlin einen Laden für Hooliganbekleidung sowie zwei Gaststätten. Beide Gaststätten fielen wiederholt durch die rechte Klientel auf und waren teilweise das Ziel polizeilicher Razzien.

Eng arbeitet Sommer mit dem aus Hamburg stammenden Lars Georgi zusammen. Georgi, der bereits einen großen Rechtsrockversand und diverse Naziläden besaß, hat 2006 versucht, mit eigenen rechten Subkulturmarken wie z. B. „Sport Frei" Geschäfte zu machen. Sowohl Georgi als auch Sommer sind Mitglieder im Rockerclub Hells Angels.[23] Eine rechte Hooliganszene macht vor allem in Berlin-Friedrichshain von sich reden. Hier sind es Mischszenen aus Fussballhools und rechten Jugendlichen, die vor allem rund um das Szene-Lokal Jeton für eine Vielzahl von Übergriffen verantwortlich sind. Während der WM eröffnete eine Führungsperson der BFC-Fanszene eine Kneipe für einschlägiges Publikum im Friedrichshainer „Partykiez". Auch aus dieser Kneipe kam es immer wieder zu Angriffen auf PassantInnen und vermeintliche politische GegnerInnen durch das einschlägige Publikum.

Rechtsrock: Wenige Aktivitäten

Die Ostberliner Kameradschaft der Vandalen war in den letzten Jahren hauptsächlich durch die Mitgliedschaft des Sängers der Band Landser – Michael Regener – aufgefallen. Politisch spielte sie in der Szene keine große Rolle. Im Oktober 2005 eröffneten Aktivisten dieser Gruppierung den Lifestyle-Laden Parzifal in Berlin-Adlershof. Der Betreiber des Geschäfts, Alexander Bahls, ist Mitglied der Vandalen und Bandleader von Spreegeschwader, der bekanntesten Berliner Nazirockband. Bahls sitzt seit Oktober 2006 im Gefängnis. Ihm wird ein bewaffneter Überfall auf einen ehemaligen Geschäftspartner aus dem Rechtsrockbusiness in Wismar vorgeworfen. Ziel der Gewaltaktion war wohl das Eintreiben von Schulden. Seither ist der Laden geschlossen.

Durch die momentane Haft von Michael Regener und Alexander Bahls ist die Rechtsrockszene in Berlin zwei ihrer prominentesten Mitglieder beraubt. Auch um die Kameradschaft Spreewacht (KSW), deren Mitglieder eng mit der Neonaziband Legion of Thor verbunden sind, ist es nach einem szeneinternen Streit recht ruhig geworden. Machte diese Gruppierung noch Mitte des Jahres 2006 mit einem eigenen Clubhaus in der Nähe des Weitlingkiezes von sich reden, gehen derzeit keine erwähnenswerten Aktivitäten mehr von diesem Spektrum aus.

Ein kleiner Ausblick

Die Wahlerfolge und die Arbeit in den BVVen wird der NPD einen erheblichen Schub im Parteiaufbau ermöglichen. Sie wird darin massiv von der Bundespartei personell und strukturell unterstützt, obwohl das Reservoir der NPD auch auf Bundesebene nahezu ausgeschöpft scheint. Der Trend hin zur NPD wird in Berlin sicher bestehen bleiben. Der Niedergang der REP hat sich mit dem Austritt des Landesvorsitzenden Peter Warnst und seiner Annäherung an die NPD weiter fortgesetzt.

Das rechtsextreme Spektrum jenseits der NPD verfügt über keine attraktiven Berliner Strukturen. Parteigründungsaktivitäten sind nicht bekannt; eventuell könnten sich Teile von neuen rechtsextremen Strömungen wie „PRO Deutschland"[24] angesprochen fühlen.

Andere Akteure im Feld des organisierten Rechtsextremismus sind zur Zeit nicht erkennbar. Die Kameradschaftsszene wird im derzeitigen Zustand zunächst keine Rolle als eigenständige Kraft neben der NPD spielen können oder wollen. Da die Loyalität gegenüber Parteien in diesem Spektrum allerdings bisher eher schwach ausgeprägt war, muss die Mitarbeit innerhalb der NPD nicht von Dauer sein. Sie ist jedoch momentan alternativlos.<<

Anmerkungen

1 Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2005, S. 13 ff.
2 Dieser Artikel enthält nur Teile unseres gesamten Berichts, der in Kürze auf unserer Homepage nachzulesen ist. Die Debatte über die Ursachen des Rechtsextremismus ist hier kein Thema.
3 Decker, Oliver und Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte. Berlin 2006. S. 20.
4 Vgl. Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 145 f.
5 Zu Ideologie und Geschichte der NPD siehe apabiz (Hg.): Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Berlin 2005.
6 Im Bezirk Lichtenberg ging kurz vor der Wahl ein Schreiben an alle Mitglieder, in dem händeringend nach Kandidaten gesucht wurde.
7 Bundesvorsitzender Voigt begrüßte die NPD-Mitglieder auf dem Bundesparteitag in Berlin mit den Worten „Kameradinnen und Kameraden, ich begrüße euch in der Reichshauptstadt!".
8 Jörg Hähnel (Medien), Stella Palau (Familie), Eckart Bräuniger (Büroleitung Parteizentrale).
9 Das Verbot wurde mit Amtsanmaßung und dem Uniformverbot begründet. Bei Zuwiderhandlung droht der NPD ein Bußgeld von 500,- Euro.
10 Siehe dazu den Beitrag der Netzwerkstelle moskito in dieser Publikation.
11 Zur Strategie der Wortergreifung siehe den Beitrag der MBR in dieser Publikation.
12 Zum Wahlkampf der NPD siehe ausführlich den Beitrag der MBR in dieser Publikation.
13 In Pankow überließ die NPD den Republikanern das Feld.
14 Manuela Tönhardt ist im September 2006 zur NPD übergetreten.
15 Hungrige Wölfe, Agitator und Faktor Deutschland.
16 Siehe dazu den Beitrag von ReachOut in dieser Publikation.
17 „Wir beabsichtigen, jeder nach seinem Interesse, nun den parlamentarischen Weg zu gehen", kündigte MHS-Anführer Gordon Reinholz Anfang November in einem Rundschreiben an. Noch im gleichen Monat nahm er am NPD-Bundesparteitag in Berlin-Reinickendorf teil. Vgl. monitor Nr. 28, S. 4-6.
18 Patrick Weiss und Sebastian Krzyzanowski.
19 Vgl. N.N.: Von Mischszenen und Grenzverschiebungen. In: AIB Nr. 65, Winter 2005, S. 6ff.
20 Beispielhaft die Reaktionen des Gremium MC auf die unten dargestellten Aktivitäten in: N.N.: Von der Partei ins Business. In: AIB Nr. 73, Herbst 2006, S. 12-15.
21 Zum Club Asgard vgl. F. Schuhmann: Was nicht sein kann, das nicht sein darf. In: monitor Nr. 22 (Oktober 2005), S.4f.
22 Lars Burmeister war u. a. Landesvorsitzender der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Er war u. a. als Sänger an der Band „White Aryan Rebels" (WAR) beteiligt, für deren CD „Noten des Hasses" er 2002 zu einer 22-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt wurde.
23 Vgl. N. N.: Sport als Deckmantel. In: AIB Nr. 73, Herbst 2006, S. 24-25.
24 Pro Deutschland ist eine Gründung der Mitglieder der rechtsextremen Gruppierung Pro Köln, die im dortigen Stadtparlament vertreten ist und vor allem mit ausländerfeindlichen und anti-islamischen Kampagnen, u. a. gegen einen Moscheebau, an die Öffentlichkeit.

Schattenbericht

Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin 2006

Von ReachOut

Diese Auflistung beinhaltet Meldungen regionaler und überregionaler Zeitungen und Agenturen, des Pressedienstes der Polizei, Meldungen Berliner Antifagruppen, des Pankower Registers, des Schwulen Überfalltelefons „maneo" und eigene Berichte. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wissen, dass ein erheblicher Teil rassistisch/rechtsextrem motivierter Taten nicht als solche bezeichnet wird. Zudem müssen wir davon ausgehen, dass die Mehrzahl der Angriffe, Bedrohungen und „Pöbeleien" nicht bekannt wird.

#148
31. Dezember 2006 · Berlin-Spandau Ein 38-jähriger Zeitungsbote nigerianischer Herkunft wird von drei Männern im Alter zwischen 17 und 19 Jahren rassistisch beschimpft und angegriffen. Einer der Männer wirft eine Bierflasche nach dem Zeitungsboten, der aber ausweichen kann. Die Angreifer stoßen den Zeitungswagen. Als der 19-jährige Angreifer versucht den Geschädigten ins Gesicht zu schlagen, flüchtet der und ruft die Polizei. Die Täter werden festgenommen.

| Pressemeldung der Polizei, 31.12.2006
| Tagesspiegel Newsticker, 31.12.2007
| Taz, 2.1.2007
| Berliner Morgenpost, 2.1.2007

#147
22. Dezember 2006 · Berlin-Hohenschönhausen Ein 29-jähriger Mann wird im Ortsteil Malchow in der Wustrower Straße von zwei Männern zuerst als „Zecke" beleidigt und dann mit einer Glasflasche gegen den Kopf geschlagen. Die Angreifer flüchten.

| Pressemeldung der Polizei, 22.12.2006
| Antifa Hohenschönhausen

#146
19. Dezember 2006 · Berlin-Pankow · S-Bahnhof Buch Ein 28-Jähriger wird von vier Männern im Alter von 20 bis 28 Jahren zu Boden geschlagen, bewusstlos getreten und beraubt. Er wird mit schweren Verletzungen in die Intensivstation eingeliefert.
Die Täter sollen vor der Tat „Sieg Heil" gerufen haben. Sie werden festgenommen.

| Pressemeldung der Polizei, 20.12.2006
| Tagesspiegel Newsticker, 20.12.2006\p

#145
18. Dezember 2006 · Berlin-Lichtenberg · S-Bahnhof Karlshorst
Ein alternativer Jugendlicher wird gegen 23 Uhr von zwei Neonazis angepöbelt, mit einer Flasche beworfen und verfolgt. Der Jugendliche kann fliehen.

| Antifa Hohenschönhausen

#144
17. Dezember 2006 · Berlin-Lichtenberg Ein 42-jähriger, aus Burkina Faso stammender Mann wird von einem 25-Jährigen in der Treskowallee zuerst rassistisch beleidigt und dann mit einer Flasche angegriffen. Der 42-Jährige kann den Schlag abwehren. Der Angreifer wird festgenommen und am gleichen Tag wieder frei gelassen.

| Pressemeldung der Polizei, 17.12.2006
| Tagesspiegel, 18.12.2006

#143
15. Dezember 2006 · Berlin-Lichtenberg Eine Frau vietnamesischer Herkunft wird in der Weitlingstraße ohne ersichtlichen Grund von einen Mann angegriffen und geschlagen. Als ein Anwohner sich einmischt, wird dieser bedroht.

| Antifa Hohenschönhausen

#142
12. Dezember 2006 · Berlin-Hohenschönhausen Ein 19-jähriger Mann nigerianischer Herkunft wird in der Demminer Straße von zwei Männern im Alter von 17 und 25 Jahren rassistisch beleidigt, verfolgt und mit einem Messer bedroht. Die Angreifer werden festgenommen und kurze Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt.

| Taz, 14.12.2006

#141
11. Dezember 2006 · Berlin-Wedding Eine dunkelhäutige Frau wird auf ihrem Nachhauseweg kurz vor ihrer Haustür von einer Frau rassistisch beleidigt und angegriffen. Ein Taxifahrer kommt zur Hilfe. Die Angreiferin entkommt.

| www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, 13.12.2006

#140
9. Dezember 2006 · Berlin-Pankow Vier alternative Jugendliche (zwei männlich, zwei weiblich) werden am Pastor-Niemöller-Platz bedroht und mit Flaschen angegriffen. Sie werden vermutlich von der selben Gruppe von 10-12 Leuten angegriffen, die auch den Kurt-Lade-Club und dessen Gäste angegriffen haben.

| Eigener Bericht
| Antifa Pankow

#139
9. Dezember 2006 · Berlin-Pankow In der Nacht zum Samstag werden Mitarbeiter/innen und Gäste des Kurt-Lade Klubs bedroht. Gegen 23.30 Uhr postiert sich eine Gruppe von ca. 8 Personen vor dem Jugendklub und beschimpft die anwesenden Gäste. Alle sind schwarz gekleidet und einige in der Gruppe haben sich mit Kapuzen und Schals vermummt. Alle Gäste des Klubs werden hereingebeten und die Türen verschlossen. Währenddessen versucht die Gruppe draußen die Werbetafel des Klubs zu beschädigen. Anschließend entfernt sich die Gruppe zunächst unter lautem rufen „Wir kriegen euch ihr scheiß Zecken" und mit Händeklatschen.
Gegen 1:00 Uhr erscheint die Gruppe erneut. Sie ist auf ca. 10- 15 Personen angewachsen. Die sich im Eingangsbereich des Jugendklubs aufhaltenden Gäste und das Haus werden mit Steinen beworfen. Erneut werden alle Gäste in den Klub gebeten und die Türen verschlossen. Die Veranstaltung im Klub wird abgebrochen und die Mitarbeiter/innen verständigen die Polizei. Es wird Anzeige wegen versuchter Körperverletzung und Sachbeschädigung erstattet. Die Polizei postiert Fahrzeuge direkt vor der Einrichtung und in der näheren Umgebung, um den sicheren Heimweg der Klubgäste zu gewährleisten.

| Kurt Lade Klub
| Pankower Register

#138
8. Dezember 2006 · Berlin-Lichtenberg Der Besitzer eines Imbissgeschäftes und sein Bruder werden von zwei Männern aus der nahegelegenen Kneipe „Kiste" rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt. Die Geschädigten setzen sich zur Wehr. Die Angreifer flüchten in die „Kiste" und werden von der Polizei festgenommen.

| Eigener Bericht
| Pressemeldung der Polizei, 8.12.2006
| rbbonline,8.12.2006
| Berliner Morgenpost, 9.12.2006
| Der Tagesspiegel, 9.12.2006
| Berliner Zeitung, 12.12.2006
| Antifa Hohenschönhausen

#137
3. Dezember 2006 · Berlin-Treptow · S-Bahn Zwei dunkelhäutige Männer werden in der S-Bahnlinie 41 aus einer Gruppe von Hooligans und Rechten heraus rassistisch beleidigt. Die Gruppe beginnt ein volksverhetzende Lied zu singen. Ein 26-Jähriger verbittet sich dieses Verhalten. Daraufhin werden er und seine Begleiterin verbal angegriffen. Am Treptower Park steigen sowohl die Angreifer als auch der 26-Jährige und seine Begleiterin aus. Er wird von drei Männern aus der Gruppe beleidigt und zu Boden gestoßen und von einem 20-Jährigen aus der Gruppe gegen den Kopf getreten. Ein weiterer Angreifer versucht den am Boden Liegenden zu schlagen. Die Begleiterin und andere Zeugen verhindern weitere Tätlichkeiten der Angreifer. Die Frau kann die Polizei benachrichtigen. Der 20-Jährige wird festgenommen.
| Pressemeldung der Polizei,3.12.2006
| Berliner Morgenpost, 4.12.2006
| Berliner Zeitung, 4.12.2006
| Tagesspiegel, 4.12.2006
| Taz, 4.12.2006
| Berliner Kurier, 4.12.2006

#136
28. November 2006 · Berlin-Kreuzberg · U-Bahnhof Yorckstraße Eine 27-Jährige türkischer Herkunft wird gegen 14 Uhr 55 auf dem U-Bahnhof Yorckstraße von einem Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. Der Angreifer tritt und schubst sie und zieht an ihren Haaren. Als sie mit dem Mobiltelefon die Polizei verständigen will, schlägt er ihr das Telefon aus der Hand.
| Pressemeldung der Polizei, 29.11.2006

#135
26. November 2006 · Berlin-Lichtenberg Ein Mitglied der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung wird gegen 6 Uhr morgens am Eingang zum U-Bahnhof Lichtenberg als „Linksfaschist“ beschimpft und mit einer Glasflasche gegen den Kopf geschlagen.
| Pressemeldung der Polizei, 26.11.2006
| Berliner Morgenpost, 27.11.2006
| Tagsspiegel, 27.11.2006
| Berliner Kurier, 27.11.2006
| Berliner Zeitung, 28.11.2006
| ND, 28.11.2006
| Junge Welt, 28.11.2006
| Die Welt, 28.11.2006

#134
25. November 2006 · Berlin-Hellersdorf In der Umgebung des Klub U5 werden BesucherInnen eines Punk-Rock-Konzerts zuerst angesprochen und gefragt, ob es im Klub voll sei und das Bier billig sei. Dann werden sie von einer männlichen Person unvermittelt mit Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Nach dem gleichen Muster finden drei Angriffe im Laufe des Abends statt.
| Antifaschistischen Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#133
21. November 2006 · Berlin-Pankow An einer Grundschule im Ortsteil Pankow wird ein Junge dunkler Hautfarbe von mehreren Mitschülern mit Springseilen an einen Baum gefesselt. Dabei wird er mit weiteren Springseilen auf die Beine und Füße geschlagen und es werden rassistische Bemerkungen gemacht. Zusätzlich filmt einer der Schüler alles mit seinem Handy. Als eine Lehrerin den Vorfall bemerkt, schreitet sie ein und informiert die Schulleitung. Diese reagiert auf den Vorfall und ruft u.a. die Polizei. Die Polizei erstattet Anzeige.
| Die Linke. PDS Pankow
| Pressemitteilung des Rates für MigrantInnen Pankow, 27.12.2006
| Pankower Register

#132
20. November 2006 · Berlin-Reinickendorf Ein 37-Jähriger iranischer Herkunft wird etwa um 0 Uhr 30 in der Roedernallee von mehreren unbekannten Personen zuerst rassistisch beleidigt, später angegriffen und verletzt.
| Pressemeldung der Polizei, 20.11.2006
| Berliner Morgenpost, 21.11.2006

#131
18. November 2006 · Berlin-Friedrichshain Mehrere Personen werden in der Sonntagstraße von einer Gruppe von etwas zehn Neonazis angegriffen und verletzt.
| Antifa Friedrichshain

#130
17. November 2006 · Berlin-Köpenick Ein 37-jähriger Mitarbeiter des Landeskriminalamtes, Aufgabenbereich „Politisch Motivierte Straftaten“ wird angegriffen, zusammengeschlagen und unter Laub verscharrt. In der Nähe des Tatortes werden frisch plakatierte Aufrufe zum Naziaufmarsch in Halbe entdeckt.
| Pressemeldung der Polizei, 17.11.2006
| Berliner Morgenpost, 18.11.2006
| Spiegel Online, 17.11.2006
| Die Welt, 18.11.2006
| Tagesspiegel, 18. und 19.11.2006

#129
12. November 2006 · Berlin-Treptow Ein 21-jähriger Musiker wird gegen 2.40 Uhr in der Schnellerstraße von zwei Neonazis angegriffen und beschimpft. Einer der Täter warf dem jungen Mann, der dabei war Equipment seiner Band in ein Auto zu verladen, aus etwa zwei Metern Entfernung eine Glasflasche an den Kopf. Zudem wurde der junge Mann als „Scheiss Zecke“ beschimpft.
| Pressemeldung der Polizei, 12.11.06
| Eigener Bericht

#128
10. November 2006 · Berlin-Mitte Gegen 22:40 Uhr wird ein 23-jähriger Mann aus Sierra Leone in der Alten Schönhauser Straße zunächst rassistisch beschimpft und anschließend geschlagen und getreten.
Zwei Männer kommen ihm aus Richtung Rosa-Luxemburg-Platz entgegen und beschimpfen ihn als „Scheiss-Neger“. Daraufhin wechselt der junge Mann die Straßenseite. Gleich darauf hört er Stiefelschritte hinter sich. Als er sich umdreht, wird er ins Gesicht geschlagen. Die Angreifer treten den am Boden Liegenden weiter ins Gesicht. Eine/r der PassantInnen verständigt die Polizei. Als diese eintrifft und der Verletzte auf englisch sagt, die Täter seien schon weg, fährt die Polizei wieder davon, ohne sich um den Mann zu kümmern.
Der Schwerverletzte muss stationär im Krankenhaus behandelt werden.
| Eigener Bericht

#127
8. November 2006 · Berlin-Friedrichshain Am Abend werden drei Jugendliche auf dem S-Bahnhof Ostkreuz von vier Neonazis angegriffen und erheblich verletzt. Die Angreifer hatten zuvor „Wir sind die Jungs aus der Reichshauptstadt“ skandiert.
| Antifa Friedrichshain

#126
3. November 2006 · Berlin-Lichtenberg Gegen 18.45 Uhr werden ein 19-Jähriger und eine 17-Jährige in der Straße am Tierpark von einer Gruppe von 6-8 Neonazis angegriffen. Der Mann wird mehrfach geschlagen und getreten. Die Frau wird zu Boden gestoßen.
| Pressemeldung der Polizei, 04.11.06
| Tagesspiegel, 05.11.06
| Eigener Bericht

#125
3. November 2006 · Berlin-Friedrichshain In der Kopernikusstraße greift ein Mann vier Jugendliche an und beleidigt sie als »Zeckenpack«. Er trägt eine Jacke mit der Aufschrift »Ambrosius Bier Bar«.
| Antifa Friedrichshain

#124
31. Oktober 2006 · Berlin-Charlottenburg
Ein 22-jähriger Ghanaer wird gegen 14.45 Uhr auf dem Bahnsteig der Linie U9 im U-Bahnhof Zoologischer Garten von einem Mann mehrfach rassistisch beschimpft. Als der Ghanaer fluchtartig den Bahnsteig verlässt, folgt ihm der Mann und wirft mit einer Glasflasche nach dem Bedrohten, die ihn jedoch verfehlt und auf dem Boden zerspringt. Der 22-jährige rutscht auf den Scherben der Flasche aus und stürzt zu Boden, wo er von dem Hund des Angreifers gebissen wird. Als der Täter flüchten will, wird er von Polizeibeamten festgenommen.
| Pressemeldung der Polizei, 31.10.06
| Berliner Zeitung, 01.11.06
| Tagesspiegel, 01.11.06
| Eigener Bericht

#123
29. Oktober 2006 · Berlin-Friedrichshain Gegen 4 Uhr stürmen mehrere Neonazis aus dem U-Bahnhof Frankfurter Allee und greifen wahllos vorbeilaufende Passanten an. Ein Autofahrer wird dabei von den Angreifern mit Reizgas besprüht.
| Pressemeldung der Polizei, 29.10.06
| Berliner Morgenpost, 20.10.06
| Taz, 30.10.06

#122
27. Oktober 2006 · Berlin-Friedrichshain Eine Frau wird am S-Bahnhof Warschauer Straße von mehreren Neonazis angegriffen. Ein Passant, der zur Hilfe kommt, wird ebenfalls verletzt.
| Antifa Friedrichshain

#121
16. Oktober 2006 · Berlin-Lichtenberg Ein alternativer Jugendlicher wird in der Nähe des Nöldner Platzes von drei schwarz gekleideten Nazis zusammengeschlagen. Er wird am Oberkörper verletzt und muss im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter können fliehen.
| Antifa Hohenschönhausen

#120
14. Oktober 2006 · Berlin-Friedrichshain Eine Person wird von sechs Jugendlichen am Boxhagener Platz angepöbelt und geschlagen.
| Antifa Friedrichshain

#119
10. Oktober 2006 · Berlin-Spandau Ein 37-Jähriger kamerunischer Herkunft wird im Buschower Weg rassistisch beleidigt und mit einer Fahrradkette geschlagen. Der Täter kann aufgrund von Zeugenhinweisen ermittelt und festgenommen werden.
| Pressemeldung der Polizei, 12.10.2006
| Berliner Morgenpost, 13.10.2006

#118
26. September 2006 · Berlin-Treptow Spieler des jüdischen Vereins TuS Makkabi werden bei einem Spiel beim VSG Altglienicke von Zuschauern beschimpft, beleidigt und bedroht. Das Spiel wird vorzeitig abgebrochen, weil die Mannschaft vom TuS Makkabi vom Platz ging. Spieler von Makkabi gaben an, dass Parolen wie „Hier regiert die NPD", „Synagogen brennen" und „Auschwitz ist wieder da" gegrölt worden seien. Stammspieler haben Angst, in östlichen Stadtbezirken zu spielen. Polizisten in Zivil begleiten die Mannschaft während des Ligaspiels.
| ddp, 5.10.2006
| Diverse Presse

#117
24. September 2006 · Berlin-Lichtenberg Zwei Jugendliche werden gegen 0.45 Uhr in einer Lichtenberger Parkanlage am Archibaldweg von drei Tätern unvermittelt angegriffen, zu Boden geworfen und mehrfach geschlagen sowie getreten. Nach Auskunft der Polizei handelt es sich bei den Tätern um Angehörige der rechten Szene.
| Pressemeldung der Polizei, 24.09.06

#116
16. September 2006 · Berlin-Friedrichshain Im Laufe des Vormittags greifen am Frankfurter Tor mehrere rechte BFC Hooligans Punks an. Diese können sich erfolgreich wehren.
| Antifa Friedrichshain

#115
16. September 2006 · Berlin-Pankow Gegen 12.15 Uhr kommt es am S-Bahnhof Pankow zu einem Angriff durch drei rechte Aktivisten auf einen Wahlkampfstand der Berliner WASG. Wahlkampfmaterial, Zeitungen und Flugblätter werden vom Stand gerissen und auf dem Bahnhofsvorplatz verstreut. Ein WASG-Mitglied wird von den Tätern mehrmals getreten.
| Pankower Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt
| Pankower Register

#114
15. September 2006 · Berlin-Lichtenberg Gegen ca. 22.00 Uhr kommt derselbe Mann, der am 9. September an dem Angriff auf das Imbisslokal beteiligt war, um sich angeblich zu entschuldigen. Die Ehefrau des Imbissbesitzers fordert den Mann auf, das Lokal zu verlassen. Daraufhin kommen aus der Kneipe „Kiste" zwei weitere Männer zum Imbisslokal und beleidigen und bedrohen die Frau.
| Eigener Bericht

#113
9. September 2006 · Berlin-Marzahn Zwei Wahlhelfer, die gegen 22 Uhr in Alt-Marzahn Plakate aufhängen, werden von zwei Männern, die sie der rechten Szene zuordnen können, angepöbelt. Als die beiden Wahlhelfer die Flucht ergreifen, stürzt einer der jungen Männer und wird daraufhin von einem der Angreifer mehrfach gegen den Kopf getreten. Als sie von dem Wahlhelfer ablassen, flieht dieser in ein nahegelegenes Haus und ruft die Polizei. Beide Täter werden in unmittelbarer Nähe festgenommen.
| Pressemeldung der Polizei, 09.09.06
| Rundfunk Berlin-Brandenburg, 09.09.06
| Tagesspiegel, 10.09.06

#112
9. September 2006 · Berlin-Lichtenberg Zwischen 1 Uhr und 1.30 Uhr werden der Besitzer und die Gäste eines Imbisslokals in der Weitlingstraße von drei Männern aus der benachbarten Kneipe „Kiste" bedroht, rassistisch beleidigt und angegriffen. Die Täter werden festgenommen.
| Eigener Bericht

#111
6. September 2006 · Berlin-Marzahn Zwei vermeintlich linke Jugendliche werden gegen 17.30 Uhr in der Raoul-Wallenberg-Straße von einem äußerlich der rechten Szene zuzuordnenden Mann mit einem Schlagring angegriffen.
| Antifaschistischen Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#110
5. September 2006 · Berlin-Friedrichshain Ein dunkelhäutiger Radfahrer wird gegen 1.45 Uhr in der Landsberger Allee von zwei Jugendlichen rassistisch beschimpft. Als ein Passant darauf aufmerksam wird und die Jugendlichen auffordert, den Mann in Ruhe zu lassen, gehen die beiden auf den Zeugen zu. Dabei singen sie die erste Strophe des Deutschlandliedes und rufen mit ausgestreckter Hand „Heil Hitler". Einer der Jugendlichen zieht ein Messer und droht dem Mann ihn abzustechen. Der Jugendliche kann von seinem Freund beruhigt werden, während der Zeuge die Polizei alarmiert. Beide Täter werden noch am Tatort festgenommen.
| Pressemeldung der Polizei, 05.09.06

#109
3. September 2006 · Berlin-Köpenick Ein 45 jähriger Punk wird gegen 23 Uhr in der Seelenbinderstraße von einem 25 jährigen Neonazi angepöbelt. Als er die Beschimpfungen ignoriert, wird er von dem Neonazi angegriffen und ins Gesicht geschlagen. Der Täter wird noch am Tatort von der Polizei festgenommen.
Pressemeldung der Polizei, 03.09.06

#108
2. September 2006 · Berlin-Friedrichshain In der Eldenaerstraße wird eine junge Frau von 3 Männern mit dem Spruch „Zecken haben hier nichts verloren" bedroht. Als die Frau weiter geht, wird sie mit Glasflaschen beworfen.
| Antifa Friedrichshain

#107
2. September 2006 · Berlin-Kreuzberg Gegen 2.35 Uhr wird ein junges Paar in der Urbanstraße von zwei Jugendlichen gefragt, ob sie „Kanaken" seien. Ohne die Frage zu beantworten, geht das Paar an den beiden Personen vorbei, die kurz danach eine Glasflasche auf das Paar werfen. Beide werden dabei am Kopf verletzt und müssen im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter können entkommen.
| Pressemeldung der Polizei, 03.09.06
| Tagesspiegel, 04.09.06

#106
27. August 2006 · Berlin-Treptow Am S-Bahnhof Schöneweide verständigen zwei Jugendliche zwei Zivilbeamte der Polizei, die dort gerade auf Streife sind und berichten ihnen, dass sie gerade von mehreren Neonazis angegriffen wurden. Zusammen mit den Jugendlichen laufen die Polizeibeamten in die Fluchtrichtung der Täter und können auch 4 von ihnen festnehmen. Dabei zieht einer der Neonazis einen Teleskopschlagstock, bedroht die Polizisten und schlägt gegen die Tür eines Wohnhauses. Daraufhin stürmen ca. 20 weitere Neonazis aus dem Haus, bewerfen die Polizisten und die Jugendlichen mit Flaschen und befreien die vier festgenommen Personen.
| Pressemeldung der Polizei, 26.08.06
| Berliner Morgenpost, 28.08.06
| Berliner Zeitung, 28.08.06
| Taz, 28.08.06

#105
26. August 2006 · Berlin-Treptow Gegen 23.45 Uhr werden zwei junge Punks an der Köpenicker Landstrasse/Bulgarische Strasse von einer 15-köpfigen Gruppe Neonazis angegriffen und verletzt. Die Täter können unerkannt entkommen.
| Treptower Antifa Gruppe

#104
26. August 2006 · Berlin-Mitte Ein 32-jähriger Kameruner wird gegen 8 Uhr in der Unterführung im S-Bahnhof Alexanderplatz von einer 4-köpfigen Gruppe Männer erst rassistisch beleidigt und ins Gesicht gespuckt. Beim Versuch einen der Männer zur Rede stellen, bedrohen diese ihn mit einer abgebrochenen Bierflasche. Als er versucht zu flüchten, werfen ihm die Männer mehrere Flaschen hinterher, die ihn zum Glück verfehlen.
| Pressemeldung der Polizei, 26.08.06
| Junge Welt, 28.08.06
| Taz, 28.08.06

#103
25. August 2006 · Berlin-Neukölln Ein Informationsstand der PDS, sowie des Bündnisses „Gemeinsam gegen Rechts" in der Nähe des U-Bahnhofs Rudow wird kurz vor 18 Uhr von 15 Neonazis angegriffen. Zuerst beschießen sie den Stand mit Leuchtspurmunition und greifen dann die Standbetreuer mit Teleskopschlagstöcken, Eisenrohren und Pfefferspray an.
| Pressemeldung der Polizei, 26.08.06
| Berliner Morgenpost, 27.08.06
| Berliner Kurier, 27.08.06
| Die Welt, 28.08.06
| BZ, 27,08.06
| Eigener Bericht

#102
25. August 2006 · Berlin-Treptow Nachdem mehrere Nazis zwei Jugendliche am S-Bahnhof Schöneweide jagen, versuchen Polizeibeamte die Schläger im Sterndamm festzunehmen. Zunächst gelingt es vier Rechte zu fassen. Diese werden jedoch von ca. 20 Kameraden durch Flaschenwürfe befreit. Daraufhin flüchteten die rechten Jugendlichen in ein Wohnhaus, wo sie kurze Zeit später festgenommen werden. Laut Polizeiangaben handelt es sich um der »rechten Szene zugehörige« Personen im Alter von 17 bis 21 Jahren.
| Treptower Antifa Gruppe

#101
23. August 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg Ein 33-Jähriger kamerunischer Herkunft wird abends von drei, als rechts erkennbaren Männern rassistisch beleidigt, bespuckt und mit einem Schirm geschlagen und an der Schulter und im Gesicht verletzt.
| Pressemeldung der Polizei, 24.8.2006
| Antifa Pankow

#100
19. August 2006 · Berlin-Marzahn · U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße Eine junge Frau, die gegen 0 Uhr den U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße betritt, wird aus einer ca. 15-köpfigen Gruppe Neonazis mit einer Glasflasche beworfen. Daraufhin flüchtet die Frau vom Bahnhof.
| Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#99
18. August 2006 · Berlin-Friedrichshain An der Tram-Haltestelle U-Bahnhof Warschauer Straße grölen mehrere Personen rassistische und NS-verherrlichenden Parolen. Mehrere Personen sprechen die Gruppe unabhängig voneinander an. Einige Personen werden geschlagen.
| Antifa Friedrichshain

#98
18. August 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg Ein Mann sudanesischer Herkunft aus Prenzlauer Berg wird an einem Imbiss Dänenstraße Ecke Prenzlauer Allee von einem Mann angespuckt und mit einer Bierflasche gegen die Schulter und ins Gesicht geschlagen. Er erleidet Verletzungen. Es kommen drei weitere Männer hinzu und schubsen und beleidigen den Mann. Er kann sich losreißen. Die Angreifer flüchten in Richtung Bahnhof und fahren mit der S-Bahn davon.
| Pressemeldung der Polizei, 19.8.2006
| BZ, 20.8.2006
| Berliner Zeitung, 21.8.2006
| Junge Welt, 21.8.2006
| Taz, 21.8.2006

#97
1. August 2006 · Berlin Friedrichshain Zwei Wahlhelfer der SPD werden beim Aufhängen von Plakaten aus einen Imbiss an der Ecke Holteistraße/Sonntagstraße mit Parolen wie „Hier ist Nazi-Deutschland, verschwindet“ bedrängt. Eine Person versucht einen der Wahlhelfer von der Leiter zu stoßen, kann jedoch flüchten bevor die Polizei eintrifft.
| Antifa Friedrichshain

#96
31. Juli 2006 · Berlin-Weißensee Drei Neonazis versuchen am Weißenseer Antonplatz einen alternativen Jugendlichen anzugreifen. Der Jugendliche schafft es in ein Taxi zu entkommen und mit diesem zu flüchten.
| Antifa Weißensee

#95
29. Juli 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg Ein Mann kamerunischer Herkunft wird auf dem Weg von der Diskothek „DT“ zum S-Bahnhof Greifswalder aus einer zehn bis zwölfköpfigen Gruppe heraus rassistisch beleidigt, zusammengeschlagen und getreten. Er erleidet schwerste Verletzungen am Kopf und muss wochenlang stationär im Krankenhaus behandelt werden.
| Eigener Bericht

#94
29. Juli 2006 ·Berlin-Mitte Gegen 19.50 Uhr beschimpft eine 15-köpfige Gruppe rechter Hooligans mehrere Punks die sich an der Weltzeituhr aufhalten. Wenige Momente später greifen die Hooligans drei der Punks an und verletzen diese leicht. 12 Täter werden von der Polizei festgenommen.
| Pressemeldung der Polizei, 30.07.2006
| Berliner Zeitung, 31.07.2006
| Berliner Morgenpost,31.07.2006
| Taz, 31.07.2006

#93
26. Juli 2006 · Berlin-Tiergarten Ein Homosexueller wird im Tiergarten von mehreren Männern angegriffen und mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen. Der Geschädigte konnte einen weiteren Schlag mit einem Ast abwehren und flüchten.
| Maneo, Schwules Überfalltelefon und Opferhilfe

#92
21. Juli 2006 · Berlin-Pankow Bei einem Punk-Festival in der Langhansstraße 23 werden gegen 22 Uhr fünf junge Punks von einer Gruppe von Rockern mit Schlagstöcken angegriffen, auf dem Boden liegend weiter geschlagen und schwer verletzt.
| Pressemeldung der Polizei, 22.07.2006
| Antifa Weißensee, 23.07.2006
| Indymedia, 23.07.2006

#91
18. Juli 2006 · Berlin-Lichtenberg · S-Bahnhof Karlshorst Eine 12-köpfige Gruppe von Neonazis greift am S-Bahnhof Karlshorst gegen 0.20 Uhr 4 alternative Jugendliche an. Die Täter sprühen einem der Jugendlichen Pfefferspray ins Gesicht, die anderen drei Jugendlichen werden mit Teleskopschlagstöcken traktiert. Die Neonazis können unerkannt flüchten.
| Chronik Karlshorst

#90
14. Juli 2006 · Berlin-Friedrichshain · Ein Jugendlicher wird von zwei Neonazis in der Revaler Straße mit einem Schlagstock angegriffen.
| Antifa Friedrichshain

#89
13. Juli 2006 · Berlin-Friedrichshain · Gegen 10.30 Uhr wird ein Mann ghanaischer Herkunft in der Bänschstraße von zwei Männern angegriffen. Er wird mit Fäusten u.a. ins Auge geschlagen und auf dem Boden liegend weiter getreten. Ein Zeuge, der den Angriff aus dem Fenster seiner Wohnung mitbekommt, benachrichtigt die Polizei. Die Täter können festgenommen werden.
| Eigener Bericht

#88
30. Juni 2006 · Berlin Prenzlauer Berg Ein Jugendlicher wird an der Kreuzung Greifswalder-/ Ostseestraße von einer Gruppe Nazis angegriffen.
| AIWP - Antifaschistische Initiative weinrotes Prenz’lberg

#87
29. Juni 2006 · Berlin-Pankow Eine vermeintlich linke Frau wird am S/U-Bahnhof nach einer antifaschistischen Kundgebung gegen die Gegner des Moscheebaus in Heinersdorf von Neonazis angegriffen.
| Antifa Pankow

#86
26. Juni 2006 · Berlin-Friedrichshain Zwei Homosexuelle werden im Volkspark Friedrichshain von sieben Männern angegriffen und verletzt.
| Antifa Friedrichshain

#85
25. Juni 2006 · Berlin-Kreuzberg · U-Bahnhof Möckernbrücke Ein Homosexueller wird aus einer Gruppe von zwei Männern und drei Frauen heraus schwulenfeindlich beleidigt. Einer der Männer stößt dem Geschädigten mit dem Kopf ins Gesicht und schlägt ihm mehrmals die Faust ins Gesicht.
| Maneo, Schwules Überfalltelefon und Opferhilfe

#84
24. Juni 2006 · Berlin-Friedrichshain Drei Männer werden in der Nähe des Märchenbrunnens von einer Gruppe - sechs Männer und eine Frau – schwulenfeindlich angepöbelt, geschlagen und getreten. Als einer der Geschädigten laut um Hilfe schreit, flüchten die Angreifer.
| Maneo, Schwules Überfalltelefon und Opferhilfe

#83
23. Juni 2006 · Berlin-Neukölln Ein 38-jähriger Mann nigerianischer Herkunft wird gegen 14.30 im Joachim-Gottschalk-Weg von einem 61-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit zwei leeren Bierflaschen vom Balkon aus beworfen. Scherben der zersplitternden Flaschen treffen ein 10-jähriges Mädchen am Fuß. Das Kind wird leicht verletzt. Gegen den Täter wird wegen Volksverhetzung und gefährlicher Körperverletzung ermittelt.
| Pressemeldungen der Polizei, 26.6.2006

#82
22. Juni 2006 · Berlin-Lichtenberg Ein 14-Jähriger vietnamesischer Herkunft wird in der Frankfurter Allee von drei Deutschen rassistisch beleidigt, geschlagen, getreten und beraubt. Der Jugendliche erleidet Verletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden. Der Staatsschutz ermittelt.
| Pressemeldungen der Polizei, 23.6.2006
| Tagesspiegel, 23.6.2006
| Berliner Morgenpost, 24.6.2006

#81
18. Juni 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg Eine afro-amerikanische Frau wird auf dem Flohmarkt von einem Standbetreiber rassistisch beschimpft, heftig am Arm gepackt und geschubst. Die Frau benachrichtigt die Polizei, die aber nicht kommt. Mit ihrer Freundin geht sie zu dem Organisator des Flohmarktes, der versucht den Standbetreiber zu beschwichtigen anstatt ihn zur Rede zu stellen. Der Standbetreiber beleidigt erneut die Frau rassistisch in Anwesenheit des Organisators. Die Frau erstattet Anzeige.
| Worldcup Racism Help Line
| Eigener Bericht

#80
13. Juni 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg Ein dunkelhäutiger Mann und seine Begleiterin werden an der Ecke Greifswalder-/Danziger Straße aus einem Auto heraus angepöbelt und bedroht.
| Antifa Pankow

#79
12. Juni 2006 · Berlin-Spandau Ein Mann tunesischer Herkunft wird an einem Imbiss in der Altstadt von 4-5- Männern angesprochen, ob er Araber

sei. Als er antwortete, dass er aus Tunesien käme, schüttet einer der Angreifer Bier auf ihn und schlägt ihn mit der Faust ins Gesicht. Die anderen Angreifer kommen dazu, schubsen ihn zu Boden, treten ihn und schlagen ihn mit einem Stuhl. Der Imbissbesitzer kommt dem Geschädigten zur Hilfe und versucht ihn vor den Schlägen zu schützen. Die Täter entkommen unerkannt.

| Eigener Bericht

#78
11. Juni 2006 · Berlin-Friedrichshain Ein 26-Jähriger wird in der Warschauer - Ecke Revaler Straße von vier Hooligans niedergeschlagen. Die Angreifer werden festgenommen.

| Pressemeldungen der Polizei, 11.6.2006
| Antifa Friedrichshain

#77
10. Juni 2006 · Berlin-Tiergarten Ein 28-jähriger homosexueller Mann wird von einem 20-Jährigen auf der „Fanmeile" ins Gesicht geschlagen und auf dem Boden liegend weiter mit der Faust geschlagen.

| Maneo, Schwules Überfalltelefon und Opferhilfe

#76
9. Juni 2006 · Berlin-Pankow Gegen 21 Uhr wird ein alternativer Jugendlicher von zwei Männern in der Nähe des Freibades durch den Ortskern des Stadtteils Pankow gejagt. Der Jugendliche kann den Männern entkommen.

| Pankower Register/Kurt Lade Klub

#75
5. Juni 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg Ein dunkelhäutiger, 40-jähriger Franzose wird gegen 21 Uhr 20 in der Schliemannstraße von einem 22-Jährigen durch Zeigen des Hitlergrußes beleidigt, verfolgt und mit einer Flasche beworfen. Ein Zeuge, der dem Franzosen zur Hilfe kommt, wird ebenfalls bedroht. Der Angreifer flüchtet, als der Zeuge die Polizei alarmiert. Der Angreifer wird in seiner Wohnung festgenommen.

| Pressemeldungen der Polizei, 6.6.2006
| Tagesspiegel, 6.6.2006
| Berliner Zeitung, 7.6.2006
| Berliner Morgenpost, 7.6.2006
| Jungle World, 14.6.2006

#74
28. Mai 2006 · Berlin-Lichtenberg · S-Bahnhof Lichtenberg
Zwei Jugendliche werden gegen 6.20 Uhr am S-Bahnhof Lichtenberg von acht Neonazis erst angepöbelt und dann geschlagen.

| Antifa Hohenschönhausen

#73
26. Mai 2006 · Berlin-Wedding · S-Bahnhof Gesundbrunnen
Ein Mann aus Guinea wird von einem 38-Jährigen rassistisch beleidigt und mit einem Feuerwerkskörper beworfen.

| Spiegel Online, 26.5.2006
| BerlinOnline, 26.5.2006
| Berliner Morgenpost, 27.5.2006
| Junge Welt, 27.5.2006
| Taz, 27.5.2006
| Tagesspiegel, 27.5.2006

#72
25. Mai 2006 · Berlin-Zehlendorf Ein Mann, der eindeutig als Rechter zu erkennen ist, uriniert an die Mauer eines Gartenlokales. Von den Gästen wird er aufgefordert, dies sein zu lassen, was er nicht tut. Auch als der Besitzer des Lokals ihn auffordert, sich zu entfernen, folgt er nicht dieser Aufforderung, sondern beleidigt, unterstützt von seinen Freunden und Freundinnen, den Besitzer und die Gäste rassistisch. Einer Familie, die das Lokal fluchtartig verlassen will, wird von den Angreifern der Weg versperrt. Die inzwischen eingetroffene Polizei nimmt ausschließlich die Aussagen der Provokateure entgegen. Die Sichtweise der Geschädigten wird nicht zur Kenntnis genommen, vielmehr wird der Besitzer des Lokals von den Polizisten angegriffen. Erst nach einer Drohung, diesen Vorfall in die Presse zu bringen, lassen die Polizisten ihn los. Ein Angestellter des Lokals wird in Handschellen gelegt und dabei verletzt.

| Eigener Bericht

#71
25. Mai 2006 · Berlin-Mitte Ein schwarzer Deutscher wird in einem Restaurant rassistisch von drei Deutschen beleidigt als er dem Wirt, der den drei betrunkenen Deutschen den Zutritt zum Lokal verwehrt, zu Hilfe kommt.

| Tagesspiegel, 27.5.2006

#70
25. Mai 2006 · Berlin-Friedrichshain In der Friedenstraße greifen etwa fünfzehn rechte Jugendliche PassantInnen an.

| Antifa Friedrichshain

#69
25. Mai 2006 · Berlin-Friedrichshain · S-Bahnhof Ostkreuz
Ein Jugendlicher wird von einer Gruppe von zwölf Neonazis angegriffen und mit einer Eisenkette im Gesicht verletzt. Drei der Täter/innen werden festgenommen.

| Pressemitteilung der Antifa Friedrichshain, 27.5.2006
| Junge Welt, 27.5.2006

#68
25. Mai 2006 · Berlin-Kreuzberg · U-Bahnhof Hallesches Tor
Ein 31-jähriger Mann libanesischer Herkunft wird aus einer Gruppe von neun Männern rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen. Die Täter werden kurzzeitig festgenommen.

| Spiegel Online, 26.5.2006
| BerlinOnline, 26.5.2006
| Berliner Morgenpost, 27.5.2006
| Junge Welt, 27.5.2006
| Taz, 27.5.2006
| Tagesspiegel, 27.5.2006

#67
25. Mai 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg In der Schönhauser Allee wird gegen 15.40 ein Mann türkischer Herkunft, von vier Männern getreten und geschlagen. Zu Beginn des Angriffs wird die Freundin des Geschädigten aus einer Gruppe von vier Männern heraus, die dem Äußeren nach der rechten Szene zuzuordnen sind, geschubst. Es gibt ein Handgemenge, in dessen Verlauf die Angreifer rassistische Parolen rufen. Der Geschädigte erleidet Prellungen an Kopf und Oberkörper und muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter werden festgenommen.

| Pressemeldung der Polizei, 25.5.2006
| BerlinOnline, 26.5.2006
| Spiegel Online, 26.5.2006
| Berliner Morgenpost, 27.5.2006
| Berliner Zeitung, 27.5.2006
| Junge Welt, 27.5.2006
| Taz, 27.5.2006
| Tagesspiegel, 27.5.2006
| Eigener Bericht

#66
25. Mai 2006 · Berlin-Charlottenburg · Bushaltestelle Eine Frau malaysischer Herkunft wird kurz nach Mitternacht an einer Bushaltestelle am Savignyplatz von einer Gruppe männlicher Jugendlicher rassistisch beleidigt. Einer aus der Gruppe läuft der Frau hinterher und gibt unverständliche, laute, grölende Töne von sich. Als der Ehemann indischer Herkunft den Täter fragt, ob er ein Problem habe, wird er unvermittelt und heftig mit beiden Händen an die Brust geschlagen, so dass er mit dem Hinterkopf auf den Boden fällt und sich zudem Schürfwunden an Ellbogen und Händen zuzieht. Zufällig hält an der roten Ampel ein Polizeiwagen. Als die Polizisten aussteigen, um den Vorfall aufzunehmen, flüchtet der Täter.

| Eigener Bericht

#65
24. Mai 2006 · Berlin-Hellersdorf · U-Bahnhof Cottbusser Platz
Nach einer antifaschistischen Demonstration gegen Rechte Gewalttaten werden am U-Bahnhof Cottbusser Platz acht linke Jugendliche von 3 Neonazis angegriffen.

| Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#64
23. Mai 2006 · Berlin-Hellersdorf Auf das Interkulturelle Projekt Babel e.V. wird ein Brandanschlag mit zwei Molotowcocktails verübt. An den Eingang wird mit schwarzer Teerfarbe ein etwa zwei mal zwei Meter großes Hakenkreuz und der Schriftzug „white power" geschmiert.

| Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf
| Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus »Polis«

#63
21. Mai 2006 · Berlin-Friedrichshain · S-Bahnhof Frankfurter Allee Drei alternativer Jugendliche werden von zwei Neonazis mit Schlagstöcken angegriffen und verletzt. Die Jugendlichen wehren sich mit Abwehrspray und können fliehen.

| Antifa Friedrichshain

#62
19. Mai 2006 · Berlin-Neukölln · U-Bahnhof Hermannplatz In einem Wagen der U-Bahn Linie 7 wird eine Gruppe junger Punks von 6 rechten Jugendlichen angegriffen. Einer der Punks sowie eine unbeteiligte Frau werden dabei verletzt.

| Autonome Neuköllner Antifa

#61
19. Mai 2006 · Berlin-Friedrichshain Eine Gruppe alternativer Jugendlicher wird im Volkspark unvermittelt von einer Gruppe von etwa 20 Neonazis (äußeres Erscheinungsbild) mit Schlagstöcken und Flaschen zusammengeschlagen. Acht der Angreifer werden in der Virchowstraße festgenommen.

| Antifa Friedrichshain

#60
19. Mai 2006 · Berlin-Lichtenberg Der Abgeordnete des Abgeordnetenhauses von Berlin Giyasettin Sayan wird bei einem Überfall am Freitagabend schwer verletzt. Er wird rassistisch beleidigt und niedergeschlagen. Giyasettin Sayan kommt mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus. Der Staatsschutz ermittelt.
| Pressemeldung der Polizei, 20.5.2006
| ddp, 20.5.2006
| Berliner Zeitung, 21.5.2005, 22.5.2006
| Berliner Morgenpost, 21.5.2006, 22.5.2006
| Frankfurter Rundschau, 22.5.2005
| Süddeutsche Zeitung, 21.5.2006, 22.5.2006
| Tagesspiegel, 21.5.2006, 22.5.2006
| Taz, 22.5.2006
| ND, 22.5.2006

#59
13. Mai 2006 · Berlin-Lichtenberg Nach dem Fußballspiel BFC Dynamo gegen den 1.FC Union wird ein alternativer Jugendlicher im Lichtenberger „Allee-Center" von mehreren BFC Fans beleidigt und geschlagen.
| Antifa Hohenschönhausen

#58
7. Mai 2006 · Berlin-Treptow Drei alternative Jugendliche werden gegen 3 Uhr auf dem S-Bahnhof Adlershof von derselben Gruppe Neonazis angegriffen, die zuvor schon am S-Bahnhof Baumschulenweg Jugendliche angegriffen hat. Die Neonazis schlagen die Jugendlichen mehrfach. Es gelingt den Angegriffenen zu flüchten.
| Treptower Antifa Gruppe

#57
7. Mai 2006 · Berlin-Treptow Als eine Gruppe alternativer Jugendlicher gegen 02:40 Uhr auf dem S-Bahnhof Baumschulenweg die Bahn verlassen will, werden sie von einer 10-köpfigen Gruppe Neonazis angegriffen. Die Angreifer schlagen und treten auf die Jugendlichen ein, bis diese vom Bahnhof flüchten können.
| Treptower Antifa Gruppe

#56
6. Mai 2006 · Berlin Friedrichshain Eine halbe Stunde nach dem u.g. Vorfall wird einem Mann am Wismarplatz mit einem Hammer das Schienbein gebrochen. Die beiden Täter werden festgenommen.
| Antifa Friedrichshain

#55
6. Mai 2006 · Berlin-Friedrichshain Mehrere alternative Jugendliche werden am Wühlischplatz von zwei Neonazis bedroht.
| Antifa Friedrichshain

#54
5. Mai 2006 · Berlin Friedrichshain Alternative Jugendliche werden im Volkspark Friedrichshain von etwa 50 Neonazis und Hooligans mit Flaschen und Steinen angegriffen. Beide Seiten tragen erhebliche Verletzungen davon.
| Antifa Friedrichshain

#53
3. Mai 2006 · Berlin-Wilmersdorf · U-Bahnlinie 9 Ein 24-jähriger Mann aus den Vereinigten Arabischen Emiraten wird gegen 5 Uhr von zwei Frauen rassistisch beleidigt, bespuckt und getreten. Die Frauen werden von einem BVG-Mitarbeiter festgehalten und der Polizei übergeben.
| Pressemeldung der Polizei, 3.5.2006

#52
April 2006 · Berlin-Friedrichshain · S-Bahnhof Frankfurter Allee Ein 37-Jähriger wird von vier Männern brutal zusammengeschlagen, weil er die Täter wegen »Sieg Heil«-Rufen zur Rede stellen wollte.
| Tagesspiegel, 2.11.2006
| Antifa Friedrichshain

#51
30. April 2006 · Berlin-Steglitz Eine 26-Jährige deutsch-israelische Studentin wurde nachts in einer Einkaufspassage nahe der U-Bahn-Station Rathaus Steglitz von einer Mädchengruppe überfallen. Grund war vermutlich, dass die junge Frau in hebräischer Sprache telefonierte. Ein Mädchen aus der Gruppe schlug der Studentin ohne Warnung ins Gesicht. Die Studentin sei von einem der Mädchen gefragt worden, welcher Nationalität sie sei. Die junge Frau ließ sich nach dem Angriff ihre Verletzungen von einem Arzt bescheinigen und erstattete Strafanzeige bei der Polizei.
| Tagesspiegel, 5.5.2006

#50
30. April 2006 · Berlin-Hohenschönhausen Ein junger Punk wird in der Tramlinie M5 zwischen den Stationen Hohenschönhauser Straße/Weißenseer Weg und Simon-Bolivar-Straße von Neonazis beleidigt und ins Gesicht geschlagen.
| Antifa Hohenschönhausen

#49
29. April 2006 · Berlin-Friedrichshain Eine junge Frau wird abends von drei Neonazis an der Frankfurter Allee Ecke Proskauer Straße angepöbelt und bedroht.
| Antifa Friedrichshain

#48
28. April 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg · S-Bahnhof Prenzlauer Allee Gegen 16 Uhr pöbeln drei angetrunkene Männer zwischen 28-35 Jahren einen Mann mit schwarzer Hautfarbe auf der Treppe im S-Bahnhof Prenzlauer Allee an. Sie brüllen in seine Richtung „Deutsche Jäger töten leise". Auf dem Bahnsteig befinden sich drei weitere Männer, die in die Rufe mit einstimmen. Der Schwarze flieht in den Eingang des nahegelegenen Supermarktes, während die Männer auf dem Bahnsteig weiter rufen.
| Initiative Offener Kiez – Bürger/innen gegen rechte Strukturen im Prenzlauer Berg

#47
28. April 2006 · Berlin-Neukölln Ein junger Mann, der dem Erscheinungsbild nach der linken Szene zuzurechnen ist, wird an der Bushaltestelle in der Nähe des U-Bahnhofes Rudow gegen 21:45 Uhr zuerst von zwei Nazis, die vom Imbiss kommen, beleidigt und bedroht. Dann jagen sie ihn über eine stark befahrene Kreuzung. Er erstattet Anzeige. Ein Zeuge stellt sich zur Verfügung. Die Täter flüchten im Auto. Drei am Imbiss zurück gebliebene Nazis werden von der Polizei überprüft. Der Imbiss ist seit Jahren als Treffpunkt bekannt.
| Eigener Bericht

#46
25. April 2006 · Berlin-Friedrichshain Ein schwuler Mann wird auf dem Boxhagener Platz schwulenfeindlich beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Auf dem Platz halten sich zu dieser Zeit mehr als 100 Menschen auf. Fünf bis sechs stehen spontan auf, um zu helfen. Nach lautstarker Aufforderung des Geschädigten kommen ein paar Leute dazu, so dass die Nazis sich etwas entfernen aber weiterhin auf dem Platz Biere trinken und Leute anpöbeln.
| Initiative für hedonistische Stadtentwicklung und kosmopolitische Kompetenz Antifa Friedrichshain

#45
25. April 2006 · Berlin-Lichtenberg Der Blumenladen einer Familie vietnamesischer Herkunft wird von Neonazis in Brand gesetzt.
| Pressemeldung der Polizei, 25.4.2006
| Taz, 23.5.2006

#44
23. April 2006 · Berlin-Treptow Zwei BesucherInnen eines linken Konzertes werden gegen 00:45 Uhr in der Vorhalle des S-Bahnhofes Schöneweide von einem Neonazi mit einer vollen Bierflasche beworfen. Als die Jugendlichen versuchen zu flüchten, stürzt einer von ihnen und wird von dem Neonazi mehrfach geschlagen und getreten. Als die Begleiterin des Jugendlichen versucht ihm zu helfen wird auch sie mehrmals von dem Angreifer geschlagen.
| Treptower Antifa Gruppe

#43
22. April 2006 · Berlin-Friedrichshain Eine schwarze Frau wird gegen 0 Uhr am S-Bahnhof Frankfurter Allee von sechs Neonazis festgehalten und mehrfach geschlagen und getreten. Dabei erleidet sie mehrere schwere Verletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden müssen. Die gerufene Polizei schreibt eine Anzeige wegen Ruhestörung gegen die junge Frau, weil diese sich wohl zu laut über den Angriff aufgeregt hatte. Die Täter werden nicht gefasst.
| Antifa Friedrichshain

#42
21. April 2006 · Berlin-Friedrichshain Ein Mann wird von drei Neonazis umstellt und beschimpft. Die Situation löst sich, weil zufällig eine Polizeistreife vorbei kommt.
| Antifa Friedrichshain

#41
19. April 2006 · Berlin-Friedrichshain · U-Bahnhof Warschauer Straße Ein 35 jähriger Mann jemenitischer Herkunft wird gegen 12:30 Uhr von zwei 27 und 28 Jahre alten Männern angegriffen. Einer der Täter schlägt dem Geschädigten eine Flasche auf den Kopf; der andere Angreifer bedroht ihn mit einem Klappmesser. Die Täter können festgenommen werden.
| Pressemeldung der Berliner Polizei, 19.5.2006 und 20.4.2006
| Tagesspiegel, 20.4.2006
| Berliner Morgenpost, 21.4.2006
| Antifa Friedrichshain
| Eigener Bericht

#40
15. April 2006 · Berlin-Mitte Zehn Punks werden von etwa 7 Nazis im Autonomen-Outfit gegen 17 Uhr angegriffen. Einem der Punks wird die Nase gebrochen und er muss ins Krankenhaus. Andere werden leicht verletzt u.a. durch Pfefferspray. Anzeige ist erstattet.
| Indymedia, 19.4.2006
| Pressedienst der Polizei, 19.4.2006

#39
9. April 2006 · Berlin-Treptow · S-Bahn Ein homosexuelles Freundespaar wird gegen 3 Uhr in der S-Bahn von einer Gruppe von sieben Männern angepöbelt, beleidigt, bespuckt, getreten und mit Fäusten geschlagen. Einer der Täter filmt den Angriff mit dem Mobiltelefon. Fahrgäste kommen zu Hilfe, hindern den Zug an der Weiterfahrt und verständigen die Polizei. Bei einem der Opfer werden im Krankenhaus eine Nasenbeinfraktur sowie Hämatome im Gesicht und am Körper festgestellt. Der andere Geschädigte erleidet Hämatome im Gesicht sowie Prellungen an Rippen und Beinen.
| Maneo, Schwules Überfalltelefon und Opferhilfe
| Tagesspiegel, 12.4.2006

#38
8. April 2006 · Berlin-Spandau · S-Bahnhof Drei junge schwarze Männer werden von etwa acht Männern, rassistisch beleidigt und dann mit Flaschen beworfen. Die Geschädigten laufen schnell zur Treppe, wo ihnen schon Polizisten entgegen kommen. Die Polizei nimmt die Geschädigten fest, obwohl ZeugInnen bestätigen, dass die Geschädigten nicht die Angreifer sind, sondern im Gegenteil angegriffen worden waren. Ob die Täter auch festgenommen werden, ist den Geschädigten nicht bekannt.
| Eigener Bericht

#37
5. April 2006 · Berlin-Weißensee Gegen 17.30 Uhr wird in der Pistoriusstraße eine Gruppe alternativer Jugendlicher von einem Neonazi angepöbelt. Dieser holt aus dem Kofferraum seines Autos einen Baseballschläger und fordert die Jugendlichen auf zurückzukommen, um sich mit ihm zu schlagen. Nachdem diese ihn ignorieren fährt er den Jugendlichen nach und beleidigt und bedroht sie erneut.
| Pankower Register/Antifa Weißensee

#36
1. April 2006 · Berlin Friedrichshain · Straßenbahnhaltestelle
Ein Mann bolivianischer Herkunft, ein schwarzer Mann und eine Frau türkischer Herkunft werden an der Landsberger-/Ecke Petersburger Allee von einer Gruppe von „Hockey-Fans" angegriffen und geschlagen.
| Antifa Friedrichshain
| Eigener Bericht

#35
24. März 2006 · Berlin-Hellersdorf Ein kleinwüchsiger, gehörloser Mann wird von sechs Personen angegriffen, weil er wahrnehmbar behindert ist. Die Angreifer schubsen den Mann, reißen ihn zu Boden, treten ihn und zerstören seine Brille. Zufällig kommt Polizei an den Tatort und nimmt die Täter fest. Nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung und einer Blutentnahme werden die Täter entlassen.
| Pressemeldung der Polizei, 24.3.2006
| Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#34
23. März 2006 · Berlin-Friedrichshain Ein Jugendlicher wird nachts am Frankfurter Tor von Neonazis zusammengeschlagen.
| Antifa Friedrichshain

#33
23. März 2006 · Berlin-Friedrichshain Ein Punk wird an der Samariterstraße von einem Neonazi beschimpft, bespuckt und mehrfach auf die Fahrbahn gestoßen.
| Antifa Friedrichshain

#32
17. März 2006 · Berlin-Friedrichshain Eine Gruppe Jugendlicher wird von vier Neonazis in der Neuen Bahnhofstraße mit Pfefferspray angegriffen und durch Schläge verletzt.
| Antifa Friedrichshain

#31
11. März 2006 · Berlin-Marzahn · U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße Gegen 3.30 Uhr wird ein linker Jugendlicher im Treppenaufgang des U-Bahnhofes Louis-Lewin-Straße von drei Neonazis angegriffen. Einer der Angreifer schlägt dem Jugendlichen ohne Vorwarnung mit der Faust ins Gesicht. Er erleidet dabei eine Platzwunde am Kopf die im Krankenhaus behandelt wird.
| Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#30
6. März 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg Eine Gruppe alternativer Jugendlicher wird gegen 21 Uhr in der Straßenbahn M10 von Nazis angepöbelt und geschubst. Zwei der Jugendlichen werden mit Fäusten geschlagen.
An der Straßenbahn-Haltestelle Kniprodestraße/Danziger Straße wird einer der alternativen Jugendlichen von vier der Nazis gegen das Wartehaus gedrückt und mit Fäusten geschlagen.
| Antifa Initiative Weinroter Prenzlauer Berg
| Pressemeldung der Polizei, 6.3.2006

#29
4. März 2006 · Berlin-Neukölln · U-Bahnhof Boddinstraße Im U-Bahnhof Boddinstraße wird ein schwarzer Mann von drei Neonazis aus der U-Bahn gezogen, niedergeschlagen und getreten. Dabei beleidigen die Täter das Opfer rassistisch. Die fliehen beim Eintreffen der Polizei einfach durch den zweiten Bahnhofseingang.
| Neuköllner Antifa

#28
4. März 2006 · Berlin-Weißensee Ein linker Jugendlicher wird gegen 1.30 Uhr von sechs Neonazis, im »Autonomen«-Outfit geschubst beschimpft und gejagt. Beteiligt ist ein bekannter Nazi-Kader.
| Antifa Weißensee

#27
4. März 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg An der Ecke Ostseestraße/Michelangelostraße wird er erneut von zwei »autonomen« Neonazis angepöbelt. Einer der beiden zeigt den »Hitlergruß«.
| Antifa Weißensee

#26
4. März 2006 · Berlin-Friedrichshain · S-Bahnhof Frankfurter Allee Eine Frau wird von einer Gruppe von etwa fünfzehn Jugendlichen zu Boden gestoßen und mit einem Fahrradschloss mehrfach ins Gesicht geschlagen. Die Geschädigte wird mit mehreren Platzwunden ins Krankenhaus gebracht.
| Pressemeldung der Polizei, 4.3.2006
| Der Tagesspiegel, 5.3.2006
| Berliner Zeitung, 6.3.2006
| Taz, 6.3.2006
| Die Welt, 6.3.2006
| Antifa Friedrichshain

#25
4. März 2006 · Berlin-Friedrichshain Zwei Männer werden in der Schreinerstraße von einer Gruppe von etwa fünfzehn Personen ohne ersichtlichen Grund angegriffen und zu Boden geschlagen. Den Opfern gelingt es wieder aufzustehen. Sie werden erneut mit einem Teleskopschlagstock und einer Flasche angegriffen. Beide Männer müssen mit Prellungen und Schnittwunden ins Krankenhaus gebracht werden.
| Pressemeldung der Polizei, 4.3.2006
| Der Tagesspiegel, 5.3.2006
| Berliner Zeitung, 6.3.2006
| Taz, 6.3.2006
| Die Welt, 6.3.2006
| Antifa Friedrichshain

#24
4. März 2006 · Berlin-Friedrichshain An der Straßenbahnhaltestelle Danziger Straße geraten gegen 0:30 Uhr ca. zehn alternative Jugendliche mit einer etwa gleichgroßen Gruppe Jugendlicher in Streit. Als die Straßenbahn einfährt, kommt es zunächst zu einer Rangelei zwischen den beiden Gruppen, in dessen Verlauf zwei alternative Jugendliche ins Gesicht geschlagen und mit rechtsextremen Parolen beschimpft werden.
| Pressemeldung der Polizei, 6.3.2006
| Antifa Friedrichshain

#23
25. Februar 2006 · Berlin-Hellersdorf Am U-Bahnhof Hellersdorf werden gegen 4.20 Uhr drei Hip Hopper aus einer Gruppe von 6 Personen angegriffen. Dabei rufen die Angreifer unter anderem: »Jetzt zeig ich Dir was ´nen richtiger Deutscher kann!« und »Scheiss Kanacke!«.
| Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#22
24. Februar 2006 · Berlin-Hellersdorf Zwei alternative Jugendliche, die auf dem Weg zu einem Konzert sind, werden in der U-Bahnlinie 5 zwischen den Bahnhöfen Cottbusser Platz und Hellersdorf aus einer Gruppe von 8-10 Neonazis angegriffen. Einer der Jugendliche erleidet eine Kopfplatzwunde, dem anderen wird ein Ohrring herausgerissen.
| Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#21
23. Februar 2006 · Berlin-Friedrichshain · U-Bahnhof Samariterstraße Eine Frau wird von vier Neonazis angegriffen und verletzt. Die Täter können fliehen bevor die Polizei eintrifft.
| Antifa Friedrichshain

#20
18. Februar 2006 · Berlin-Friedrichshain · S-Bahn Ein Paar wird aus nicht erkennbaren Gründen von sieben Neonazis angegriffen. Einer der Angreifer schießt mit einer Gaspistole. Als die Angreifer am Ostkreuz ein weiteres Mal angreifen wollen, können sie durch PassantInnen daran gehindert werden. Sicherheitspersonal greift nicht ein. Die Angreifer entkommen. Die Polizei kommt zu spät.
| Antifa Friedrichshain

#19
16. Februar 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg · S-Bahnhof Greifswalder Straße Ein linker Mann wird von einem bekannten Rechten im S-Bahnhof auf der Treppe mit der Schulter in den Bauch gerammt. Beim Weggehen droht der Angreifer, dass es beim nächsten Mal schlimmer werden würde.
| Eigener Bericht

#18
12. Februar 2006 · Berlin-Lichtenberg Gegen 4:30 Uhr greifen drei Personen in der U-Bahnlinie 5 in Richtung U-Bahnhof Hönow zwei als Linke erkennbare Jugendliche an. Ein zu Hilfe eilender Polizist wird, nachdem er sich auswies, von den Angreifern getreten und zu Boden gebracht. Die Täter werden kurz darauf von der Polizei festgenommen.
| Pressemeldung der Berliner Polizei, 12.02.06
| Tagesspiegel, 13.02.06
| Berliner Morgenpost, 13.02.06
| Berliner Zeitung, 13.02.06
| Antifa Hohenschönhausen

#17
11. Februar 2006 · Berlin-Hellersdorf · U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße Zwei Personen werden aus der U-Bahn heraus geschlagen und getreten. Die sieben Angreifer sind nicht als Nazis zu erkennen. Einer der Angreifer zeigt den Hitler-Gruß und brüllt „Sieg Heil".
| Antifaschistische Bündnis Marzahn/Hellersdorf

#16
6. Februar 2006 · Berlin-Prenzlauer Berg Ein junger Linker wird an der Tramstation Arnswalder Platz aus der Bahn gestoßen und mehrfach geschlagen und getreten.
| Antifa Pankow

#15
3. Februar 2006 · Berlin-Mitte Drei Frauen werden in der Rosenthaler Straße in der Nähe des Hackeschen Marktes aus einer Gruppe von sechs Männern und zwei Frauen heraus zuerst von einem der Männer gegen eine Hauswand gestoßen. Als die betroffene Frau sich verwundert umdreht, werden die Frauen sexistisch beleidigt. Erst jetzt registrieren sie, dass die Gruppe eindeutig wie Skinheads gekleidet ist. PassantInnen bleiben ebenfalls stehen bis die Skinheads sich entfernt haben.
| Eigener Bericht

#14
3. Februar 2006 · Berlin-Friedrichshain Eine Gruppe Frauen wird von acht Neonazis am Ostkreuz beschimpft und bespuckt.
| Antifa Friedrichshain

#13
1. Februar 2006 · Berlin-Lichtenberg · U-Bahnlinie 5 Ein alternativer Jugendlicher wird am frühen Abend in der U-Bahnlinie 5 von drei Neonazis angegriffen und verletzt.
| Antifa Hohenschönhausen

#12
30. Januar 2006 · Berlin-Weißensee Ein linker Jugendlicher wird in einem Dönerimbiss in der Langhansstraße/Roelkestraße von einem Mann angepöbelt mit den Worten „ Leute wie Dich sollte man zusammentreten ....". Der Jugendliche verlässt den Imbiss. Der Mann folgt ihm und wirft einen vollen Kaffeebecher nach ihm. Der Jugendliche wehrt sich mit Pfefferspray und rennt davon.
| Antifa Weißensee

#11
30. Januar 2006 · Berlin-Weißensee Um 0.15 Uhr pöbeln drei Jugendliche auf dem Antonplatz in Weißensee eine Punkerin an, nachdem sie gemeinsam aus der Tram M4 ausgestiegen sind. Sie rufen „Scheiß Zecke!" und „Geh doch mal arbeiten!" und werfen mit einer Bierflasche nach ihrem Kopf. Der Angegriffenen gelingt es auszuweichen und sie bekommt die Flasche auf die Schulter. Anschließend wird sie von den Jugendlichen ins Gesicht geschlagen. Als sie auf das Dach und die Motorhaube eines parkenden Taxis klopft und der Fahrer aussteigt, flüchten die drei Jugendlichen.
| Pankower Register/Antifa Weißensee

#10
29. Januar 2006 · Berlin-Lichtenberg · S-Bahnhof Karlshorst In den frühen Morgenstunden werden drei alternative Jugendliche am S-Bahnhof Karlshorst von einem der rechten Szene angehörenden Mann mit einem Messer bedroht. Die Jugendlichen können fliehen.
| Chronik Karlshorst

#9
28. Januar 2006 · Berlin-Friedrichshain Eine halbe Stunde später werden wieder vermeintlich linke Jugendliche in der S-Bahn am Bahnhof Frankfurter Allee von der gleichen Gruppe angegriffen. Einem Jugendlichen wird dabei das Knie zertrümmert.
| Antifa Friedrichshain
| Neues Deutschland 01.02.06
| Berliner Zeitung 01.02.06
| Taz, 1.02.06
| Junge Welt, 1.02.06

#8
28. Januar 2006 · Berlin-Friedrichshain In den frühen Morgenstunden werden zwei linke Jugendliche am U-Bahnhof Frankfurter Allee von etwa 15 rechten Hooligans angegriffen. Eine der Personen erleidet dabei eine Verletzung am Kopf. Als Ihnen zwei weitere Personen zur Hilfe eilen, werden diese mit Tritten und Schlägen attackiert. Eine Person wird von den Hooligans ins Gleisbett der U-Bahn geworfen, am Herausklettern gehindert und später weiter im Gleisbett geschlagen bis sie sich nicht mehr bewegt.
| Antifa Friedrichshain
| Neues Deutschland 01.02.06
| Berliner Zeitung 01.02.06
| Taz, 1.02.06
| Junge Welt, 1.02.06

#7
27. Januar 2006 · Berlin-Friedrichshain · S-Bahnhof Frankfurter Allee Ein Jugendlicher wird von etwa zehn Hooligans angegriffen. Es wird ihm ein Zahn ausgeschlagen.
| Antifa Friedrichshain

#6
27. Januar 2006 · Berlin-Friedrichshain · S-Bahnhof Frankfurter Allee Ein augenscheinlicher Linker wird von einer Gruppe Hooligans angepöbelt, in den Rücken getreten und ins Gesicht geschlagen.
| Antifa Friedrichshain

#5
21. Januar 2006 · Berlin-Friedrichshain Mehrere Linke werden am Frankfurter Tor von Neonazis angepöbelt und bedroht.
| Antifa Friedrichshain

#4
14. Januar 2006 · Berlin-Friedrichshain Vier Spanier werden auf der Warschauer Brücke von vier Neonazis in Richtung Warschauer Straße gejagt. Als andere Leute zur Hilfe kommen, werden auch diese attackiert und mit Steinen beworfen. Gleichzeitig kommen fünf weitere Neonazis zur Gruppe der Angreifer hinzu. Nach dem Angriff entfernt sich die Gruppe in Richtung Frankfurter Tor.
| Antifa Friedrichshain

#3
13. Januar 2006 · Berlin-Friedrichshain Aus einer Kneipe in der Warschauer Straße werden mehrere vermeintliche linke Personen angepöbelt und verfolgt.
| Antifa Friedrichshain

#2
7. Januar 2006 · Berlin-Friedrichshain In der Nähe des U-Bahnhofes Samariterstraße werden fünf Personen unabhängig von einander von einer Gruppe von sechs bis acht schwarz gekleideten und vermummten Neonazis angegriffen. Sie werden mit Flaschen, Steinen und Teleskopstöcken geschlagen und zum Teil schwer verletzt. Alle Geschädigten waren alleine unterwegs.
| Antifa Friedrichshain

#1
6. Januar 2006 · Berlin-Lichtenberg Eine Gruppe von 20 Neonazis, darunter mehrere Mitglieder der verbotenen Kameradschaft Tor greifen eine Veranstaltung des Antifaschistischen Jugendbündnisses ALKALIJ im soziokulturellen Zentrum UNDINE an. Jugendliche, die sich vor dem Gebäude befinden, werden von den Neonazis mit Steinen, Flaschen und Teleskopschlagstöcken angegriffen. Die alarmierte Polizei versucht die TeilnehmerInnen der Veranstaltung zu kriminalisieren, anstatt die Umgebung nach den AngreiferInnen abzusuchen.
| Antifa Hohenschönhausen

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) des TBB
c/o Türkischer Bund Berlin-Brandenburg
Tempelhofer Ufer 21
10963 Berlin
Tel.: (030) 61 30 53 28
adnb@tbb-berlin.de
www.adnb.de
Sprechzeiten der Beratungsstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung: Dienstag 15.00 bis 17.00 Uhr und Donnerstag 10.00 bis 12.00 Uhr, sowie nach telefonischer Vereinbarung.

apabiz - Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Öffnungszeiten: Donnerstag 15.00 bis 19.00 Uhr und nach Absprache
Tel./Fax: (030) 611 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de
www.turnitdown.de
www.whatwecando.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)
Chausseestr. 29
10115 Berlin
Tel.: (030) 240 45 - 430
Fax: (030) 240 45 - 319
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

[moskito] Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit
Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH
Fehrbelliner Straße 92
10119 Berlin
Tel.: (030) 443 83 459
Fax: (030) 443 71 71
moskito@pfefferwerk.de
www.pfefferwerk.net/stadtkultur/stadtteilarbeit/moskito.html

ReachOut
Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Oranienstr. 159
10969 Berlin
Tel.: (030) 695 68 339
Fax: (030) 695 68 346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Die Projekte werden gefördert durch das Bundesprogramm „CIVITAS – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (MBR, moskito und ReachOut),

durch das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Beauftragten für Integration und Migration des Berliner Senats (ADNB, apabiz, MBR und ReachOut) sowie durch das Bezirksamt Berlin-Pankow (moskito)





Impressum
Berliner Zustände 2006
Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung

Herausgeber: apabiz e.V., ADNB des TBB, MBR, Netzwerkstelle Moskito, ReachOut
ViSdP: U. Müller c/o apabiz e.V., Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin
Gestaltung: Peter Bisping, Druck: DT
Schutzgebühr: 2,- Euro

Wir danken dem Fotografen Jörg Möller für die Möglichkeit, seine Fotos aus der Ausstellung „Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ verwenden zu können. Die Ausstellung ist ein Projekt von ReachOut. Ein weiterer Dank geht an die Fördermitglieder des apabiz, deren Spenden uns die Erstellung dieser Publikation ermöglicht haben, sowie an die Arbeitsgruppe »Rechtsextremismus« in ver.di Berlin-Brandenburg (Agrexive), die uns bei den Druckkosten finanziell unterstützt hat.



Berliner Zustände 2006



apabiz - Antifaschistisches
Pressearchiv und Bildungszentrum
Berlin e.V.



ReachOut · Opferberatung und
Bildung gegen Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus



Netzwerkstelle [moskito]
gegen Fremdenfeindlichkeit



Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus in Berlin (MBR)



Antidiskriminierungsnetzwerk
Berlin (ADNB) des TBB